

Die Politische Meinung



ICH

Zum neuen Verhältnis von Politik und Individuum

ZUM SCHWERPUNKT Paul Nolte, Vom alten zum neuen Individualismus;
Jürgen Kaube, Das Normative in irritierten Zeiten; Juliane Schäuble,
Zwischen Hyper- und Antimoralismus; Christian Schüle, Wider die Entfremdung
des Einzelnen; Martin Emmer, Bürger im Netz

ZWISCHENRUF Jana Hensel, Finsterwalde aus der Retrospektive;
Eckart von Hirschhausen, Demokratie ist kein Zuschauersport!

ERINNERT Philipp Gassert, Die „anderen“ 68er

” Ich will mir also vorstellen, mit welchen neuen Merkmalen der Despotismus in der Welt auftreten könnte: ich sehe eine zahllose Menge einander ähnlicher und gleicher Menschen, die sich ohne Unterlaß um sich selbst bewegen, um sich kleine und vulgäre Freuden zu verschaffen, die ihre Seele ausfüllen. Jeder von ihnen sondert sich ab und verhält sich dem Schicksal aller anderen gegenüber wie ein Fremder. Seine Kinder und seine persönlichen Freunde sind für ihn die ganze Menschheit. Was seine übrigen Mitbürger anbetrifft, so befindet er sich zwar neben ihnen, aber er sieht sie nicht. Er berührt sie, aber er empfindet sie nicht. Er existiert nur in sich und für sich allein, und wenn ihm auch noch eine Familie geblieben ist, so kann man doch sagen, daß er kein Vaterland mehr hat.

Über ihnen allen aber erhebt sich eine ungeheure Vormundschaftsgewalt, die allein sich damit befaßt, ihre Annehmlichkeiten zu sichern und über ihr Ergehen zu wachen. Sie ist absolut, ins Einzelne gehend, regelmäßig, vorausschauend und milde. Sie wäre der väterlichen Gewalt zu vergleichen, wenn wie bei dieser das Ziel die Erziehung zum erwachsenen Menschen wäre; aber sie sucht im Gegenteil, den Menschen unabänderlich im Zustand der Kindheit zu halten. Sie sieht es gern, wenn die Bürger es sich gut gehen lassen, vorausgesetzt, daß sie an nichts anderes denken. Sie arbeitet gern für ihr Wohlergehen; aber sie will allein dafür tätig sein und allein darüber befinden. Sie sorgt für ihre Sicherheit, sieht ihre Bedürfnisse voraus und sichert sie, fördert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Angelegenheiten, leitet ihre Arbeit, regelt ihre Nachfolge, verteilt ihre Erbschaften; könnte sie ihnen nicht völlig die Last zu denken und die Mühe zu leben nehmen?

Aus: Alexis de Tocqueville: „Über die Demokratie in Amerika [1836]“, in: Alexis de Tocqueville: Das Zeitalter der Gleichheit. Auswahl aus Werken und Briefen. Zweite, neubearbeitete und erweiterte Auflage, Köln/Opladen 1967, S. 99f.

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Eine Regierungsbildung ging schief, ein zweiter Anlauf verspricht zwar erfolgreicher auszugehen, doch selbst ein positives Ergebnis dürfte keine Begeisterungstürme auslösen. Nicht allein Sozialdemokraten haben damit zu kämpfen, dass die Spannung zwischen den politischen Soll- und Istzuständen zunimmt. Längst hat sich daher eine Aussteigermentalität breitgemacht, die die beengenden Limitationen politischer Gegebenheiten hinter sich zu lassen fordert. Nichts erscheint ihr anachronistischer als die Akzeptanz der mageren Wirklichkeit; selbst der „Tod ist gar nicht so schlimm“ (Jakob Augstein).

Überdruß und Entrüstung sind keine Alleinstellungsmerkmale politischer Ränder. Auch anderswo adelt Nicht-Wollen offenbar mehr als konkretes Wollen. Eine Als-ob-Politik, die sich über die Mühen der Ebene erhebt, betört. Nur hat sie keinen Plan, wo der propagierte „Einfach-mal-weg-Freiflug“ vom „Weiter so“ niedergehen wird: In Großbritannien entschied sich die Mehrheit 2016 im EU-Referendum für einen Exit; was er bedeutet, weiß bis heute niemand.

Nüchternheit ist die beste Antwort auf ernüchternde Zeiten. Sie steht einer motivierenden Politik nicht im Wege, sondern ermöglicht sie erst. Nicht nur bei SPD-Vorsitzenden können forcierte Aufbruchenergien in Enttäuschung umschlagen. Problemlösung ist eine Seite, angesichts der eigentlich erfreulichen wirtschaftlichen Rahmendaten scheint der dennoch eskalierende Vertrauens- und Resonanzverlust zwischen Bürgern und Politik aber das gesellschaftspolitische Kernthema zu sein.

Diktaturen gliedern jeden Einzelnen in ihr „Wir“ ein, notfalls unter Zwang. Demokratien tun das glücklicherweise nicht, sind aber umso mehr darauf angewiesen, dass sich der Einzelne nicht zurückzieht. Bereits Alexis de Tocqueville sah in der Absonderung des Einzelnen eine Gefährdung demokratischer Ordnungen. Rund 200 Jahre später scheint das Abtauchen in die Eigenwelten der allgegenwärtigen Smartphones sinnbildlich geworden zu sein. Liegt es daran, dass gerade auch Protesthaltungen heute oft selbstbezogen und fast unpolitisch wirken?

Peter Sloterdijk spricht von „Selbstfindlingen“ – gut vorstellbar, dass diese nicht ohne Weiteres zu gemeinsamen Aufbrüchen taugen. Lamentieren hilft nicht, jedem nach dem Munde zu reden erhöht die Frustration. Es braucht die Anstrengung eines Dialogs, in dem Kritiker und Kritisierte genauer hinschauen und hinzuhören – die einen auf die Bedingungen und Limitationen politischen Handelns, die anderen auf die Beweggründe und Betroffenheit ihrer Kritiker.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Ich – zum neuen Verhältnis von Politik und Individuum

16 POLITIK UND ICH

Paul Nolte

Vom alten zum neuen Individualismus

23 ZU BILLIG ARGUMENTIERT?

Jürgen Kaube

Das Normative in irritierten Zeiten

33 ENTFREMDUNG

Heinrich Oberreuter

Über Defizite in der „kommunikativen Demokratie“

39 EINZIGARTIG

Christine Henry-Huthmacher

Wenn das Besondere zum Maßstab wird

50 ZWISCHEN HYPER- UND ANTIMORALISMUS

Juliane Schäuble

Über das rechte Maß in der öffentlichen Debatte

54 WIDER DIE ENTFREMDUNG DES EINZELNEN

Christian Schüle

Überlegungen zur Politik einer zeitgemäßen Ansprache

58 BÜRGER IM NETZ

Martin Emmer

Über die zwei Seiten der digitalen Zivilgesellschaft

68 VOM „STACHELSCHWEIN“ ZUM NEUEN „WIR“

Markus Vogt, Felix Geyer

Analysen im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Politik

73 INTERVIEW: FÜR EINEN

WELTOFFENEN ISLAM

Mouhanad Khorchide: Was es bedeutet, für ein modernes Islamverständnis einzustehen

79 MINDERHEIT UND MEHRHEIT

Dorothea Weltecke

Über Religionsfreiheit und Toleranz

88 HEIMAT LEBT

Ina Scharrenbach

Ein neues Politikfeld als Antwort auf Globalisierung und Digitalisierung

Zwischenruf

28 FINSTERWALDE AUS DER RETROSPEKTIVE

Jana Hensel

Vier Monate nach meinem offenen Brief an die Bundeskanzlerin

63 DEMOKRATIE IST KEIN ZUSCHAUERSPORT!

Eckart von Hirschhausen

Ernste Gedanken eines Arztes und Komikers

Spotlights

84 SEPARATISMUS UND POLITIKVERDROSSENHEIT

Francesco Palermo

Über Referenden in Autonomie- und Sezessionsprozessen

101 MEHR ALS HÄNDCHENHALTEN FÜR EUROPA

Patricia Andreae

Die Pulse of Europe-Bewegung

119 WEIT LINKS

Sascha Zastiral

Die Momentum-Bewegung in der britischen Labourpartei

Erinnert

105 DIE „ANDEREN“ 68ER

Philipp Gassert

Junge Christdemokraten, die Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition

114 ÄPFEL UND BIRNEN?

Sven Felix Kellerhoff

68er-Bewegung und aktueller Rechtspopulismus: erste Thesen zu Ähnlichkeiten und Unterschieden

Impulse

92 EINE ZÄSUR?

Hans Jörg Hennecke

Das „Jamaika-Aus“ im November 2017

96 VIEL LÄRM, WENIG POLITIK

Nico Lange

Donald Trump im Weißen Haus – Staffel 1

Gelesen

45 OHNMACHT UND TROTZ

Hanns Jürgen Küsters

Gegen-Demokratie fordert die repräsentative Demokratie heraus

109 ANDAUERENDE DEUTUNGSKÄMPFE

Judith Michel

Auswahlbibliographie „1968“

Aus der Stiftung

123 PERSONALIA UND PUBLIKATIONEN

128 FUNDSTÜCK



Ist das Ich das neue Wir?

Die Ego-Welten von Martin Liebscher

Martin Liebscher treibt die Idee des Selfies auf die Spitze. Seinen „Wimmelbildern“ gehen endloses Posieren und Fotografieren voraus, manchmal sind Tausende Fotoaufnahmen der eigenen Person nötig. Doch sind die digital zusammengefügte Collagen das Gegenteil hypertropher Selbstporträts: Je mehr Liebschers den Bildraum bevölkern, desto unpersönlicher werden sie. Offenbar führt die Übersteigerung des Ichs zu seiner Selbstauflösung.

Liebschers wir-loses Massen-Ich nimmt in unserer Fotostrecke vor allem die Rolle eines teils gelangweilten, teils skeptischen und gereizten Publikums ein, das dem Auftritt der eigentlichen Bühnendarsteller wenig freudig entgegenseht. Zuweilen geht es schon zur Revolte über. Mit solchen Erwartungen möchte niemand konfrontiert sein. Aber möglicherweise lauert auf der Bühnenseite ja ein noch größerer Überschuss an Selbstwahrnehmung.

Da wie dort bringt es nichts Gutes hervor, von sich selbst umzingelt zu sein. In seinen nicht nur humorvollen Inszenierungen nimmt Martin Liebscher auf ironische Art Abstand von sich selbst. Liegt darin nicht ein Mittel, um wieder verstärkt die Verbundenheit mit den anderen und dem Allgemeinen zu erfahren, die die *res publica* voraussetzt?

Fotos: © Martin Liebscher, c/o Martin Asbæk Gallery, Kopenhagen

Ich

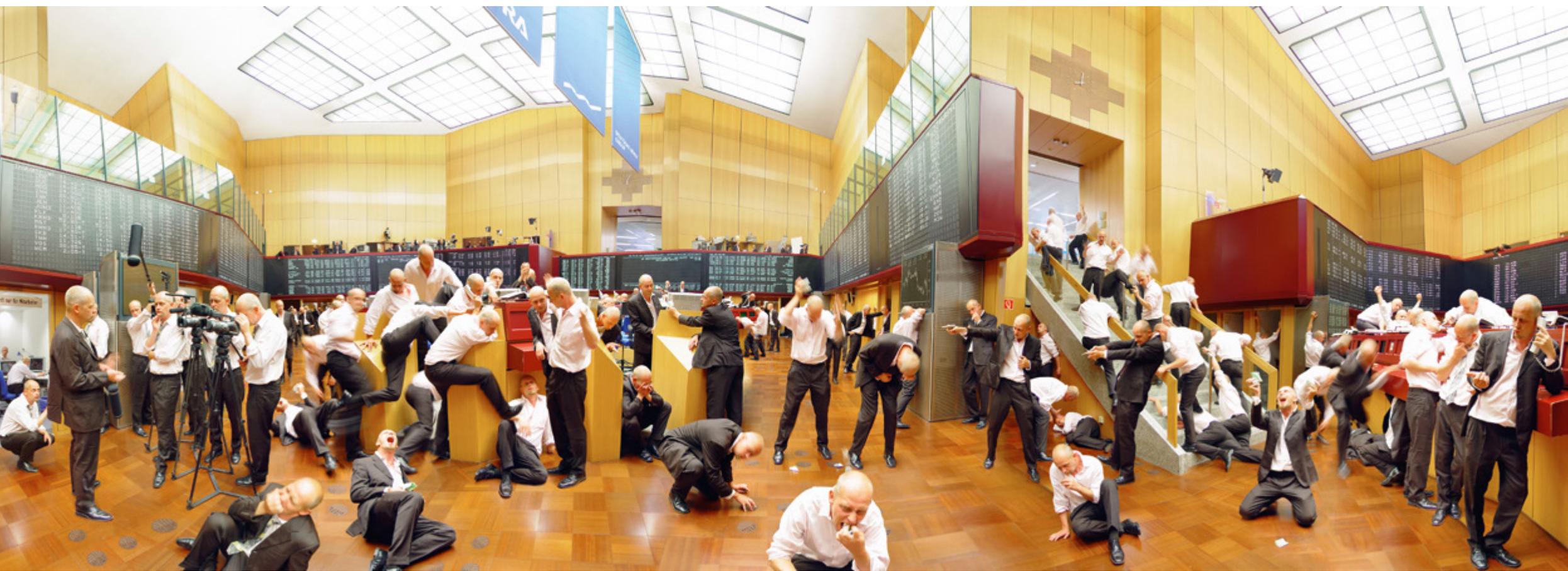
Zum neuen Verhältnis von Politik und Individuum











Politik und Ich

Vom alten zum neuen Individualismus

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern,
Historiker, Professor für Neuere
Geschichte/Zeitgeschichte
am Friedrich-Meinecke-Institut
der Freien Universität Berlin.

Ich, ich, ich! Wo bleibt das Wir, die Solidarität, der Altruismus? Die Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts ist auseinandergerissen in ihre Atome. Das hedonistische Ich, das neo-liberale Ich, das digitale Ich: Der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt auf der Strecke

ebenso wie das Bewusstsein, dass Politik gemeinsame Sache ist statt eine Projektion milliardenfacher Selbstbespiegelungen.

Die Klagen über den zunehmenden Egoismus sind so alt wie die bürgerliche Gesellschaft. Es erscheint fast paradox, dass wir heute erschrocken den Wandel zu einer radikal-individualistischen Gesellschaft diagnostizieren: als hätten unsere Großeltern noch in einer freundlichen, allseits das Eigeninteresse zugunsten des größeren Ganzen zurückstellenden kommunitären Ordnung gelebt. Gewiss, manche Großeltern sind mit Propagandaformeln wie „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ aufgewachsen. Aber auch darin kam nur eine verspätete Reaktion auf etwas zum Ausdruck, das selbst die nationalsozialistische Brutalität nicht mehr dauerhaft rückgängig machen konnte.

Das klassische liberale Verständnis von Gesellschaft und Politik, das sich im 18. Jahrhundert unter den westlichen Eliten durchsetzte, war revolutionär, weil es von Individuen ausging statt von ständischen Verbänden, weil es diesen Individuen manifeste Interessen nicht nur zubilligte, sondern sie für gut befand, und weil es behauptete, gerade daraus könne eine bessere, eine moderne Politik entstehen: In der öffentlichen Arena treffen die individuellen Überzeugungen und Interessen aufeinander; auf dem Marktplatz der Demokratie werden sie verhandelt und entweder Kompromisse geformt oder es wird nach dem Mehrheitsprinzip entschieden.

DER UR-INDIVIDUALISMUS

Natürlich hat sich seit den Zeiten eines John Locke, Jean-Jacques Rousseau oder James Madison vieles verändert. In mindestens dreierlei Hinsicht blieb der liberale Individualismus der frühen bürgerlichen Gesellschaft hinter den Verhältnissen und Erwartungen unserer Zeit zurück.

Erstens unterstellte er eine soziale Selektivität: Längst nicht jeder war befähigt und ermächtigt, auf dem Markt von Öffentlichkeit und Politik eigene Interessen geltend zu machen. Das galt nur für die weißen Männer, die über einen gewissen ökonomischen Status verfügten. Schon im 19. Jahrhundert erweiterte sich der Kreis dieser öffentlich Ich-Fähigen erheblich, blieb jedoch vor der Einführung des Frauenstimmrechts auf eine Minderheit der (erwachsenen) Bevölkerung beschränkt.

Auch diese Minderheit wurde, *zweitens*, keineswegs so „individuell“ gedacht, wie wir das heute gewohnt sind. Diese Individuen traten vor allem als Angehörige gesellschaftlicher Großverbände in Erscheinung: als Kaufmann oder als Handwerker, als Farmer oder als Fabrikbesitzer; später dann auch als Lohnarbeiter. Dazu kamen kulturelle Zuordnungen, vor allem in konfessioneller Hinsicht, und die Eigendynamik der politischen Parteibildungen, welche den Einzelnen fest im liberalen, konservativen oder später auch im sozialistischen Lager verankerten.

Drittens blieb der Individualismus abgefedert durch Vorstellungen vom Gemeinwohl, dem jenseits der mannigfaltigen Ich-Artikulation Geltung zu verschaffen sei. Solche Konzepte von altruistischer Tugend und dem „gemeinen Besten“ kursierten auf dem europäischen Kontinent in integralistischen, zum Teil etatistischen Varianten, von Rousseaus *volonté générale* bis zu Hegels Idee von der staatlichen Bürokratie als dem „allgemeinen Stand“. Im angelsächsischen Raum standen sie in der Tradition des Klassischen Republikanismus, der zur interessellosen Tugendhaftigkeit des Bürgers in einer zunehmend kommerzialisierten Welt mahnte. Dieses Spannungsverhältnis hat sich in der Gegenwart erhalten. Es bildet den historischen Resonanzraum des üblichen Redens über Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt,

und es grundiert die Kritik am liberalen Individualismus: eine Grundspannung der Moderne, die wir in digitaler und globalisierter, multi-ethnischer und konsumistischer Zeit lediglich anders interpretieren als in den drei Jahrhunderten zuvor.

DAS PRIVATE IST POLITISCH GEWORDEN

Die anderen Voraussetzungen des bürgerlichen Ur-Individualismus aber haben sich zum Teil radikal verändert. In seinem Entwurf über die „Risikogesellschaft“ hat Ulrich Beck vor mehr als drei Jahrzehnten beschrieben, wie sich die „Großgruppengesellschaft“ am Ende des 20. Jahrhunderts zunehmend auflöst. Gewiss ist die Vorstellung, auch noch die sozialen Klassen der hochindustriellen Gesellschaft seien wie vormoderne Stände gewesen, überspitzt: Kollektive, zu denen man in der Regel sein Leben lang gehörte; Ordnungen, die eine bestimmte Lebensführung, einen Habitus bis hin zu Stil- und Kleidungspräferenzen vorgaben. Aber die historische Zäsur, irgendwo zwischen den späten 1960er- und den 1980er-Jahren, ist unübersehbar. In Deutschland schlägt sie unmittelbar auf die politische Artikulation durch, weil die Parteien hier fester als anderswo in solchen Milieustrukturen verankert waren. Das ist die Hauptursache für die Krise der Sozialdemokratie.

Für den Eintritt in eine neue Ära der radikalisierten Individualitäten, in eine „Gesellschaft der Singularitäten“, wie sie jüngst Andreas Reckwitz beschrieben hat, waren sozialkulturelle Transformationen jedoch mindestens ebenso wichtig. Auch hier beschäftigt uns heute nicht etwas, das erst vor wenigen Jahren begonnen hat. Die Spur führt vielmehr in die 1960er-Jahre und damit in eine kulturelle Revolution. Seither erfanden sich die westlichen Gesellschaften als Ordnungen expressiver Subjektivität neu; von einer „expressiven Revolution“ hat der amerikanische Soziologe Talcott Parsons früh gesprochen. Erst damit wurde das moderne Individuum in aller Entschiedenheit als das „Subjekt“ entworfen, das uns heute mit seinen Rechten und Ansprüchen geläufig ist: jenseits einer Artikulation materiell-ökonomischer Interessen oder ideologisch-politischer Überzeugungen; als ein aus eigenen Lebenserfahrungen konstituiertes und legitimes Ich, das seine höchst eigene innere Verfasstheit nach außen stellt: expressiv und emotional.

Dazu gehört der Anspruch auf Authentizität, der die Narrative des eigenen Lebens so kennzeichnet wie ihren Anspruch auf politische Geltung: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, nehmt mich ernst mit diesem Leben, mit diesem Entwurf meines Selbst. Die in der alten bürgerlichen Gesellschaft gezogene Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit weicht auf. Das Private ist längst politisch geworden und ruft nach Gehör, erst recht, wenn es um Erfahrungen eines verletzten, eines beschädigten Lebens geht, für das politische Kompensation eingefordert wird, weil die Ursachen des Schadens

in systemischen Kräften gesucht werden: im Kapitalismus und in der politischen Macht der Obrigkeiten, und seien sie demokratisch gewählt. Mit Michel Foucault würde man es etwa so sagen: Der moderne Staat hat die Gesellschaft in Individuen zerlegt, um sie sich besser verfügbar machen zu können. Nun sollte sich die Politik nicht beschweren, wenn die Individuen zum Widerstand ansetzen.

DER INDIVIDUALISMUS RÜCKT IN DIE MITTE

Auch das ist freilich keine gültige wissenschaftliche Erklärung, sondern ein bequemes Narrativ. Nicht jede als „authentisch“ deklarierte Lebens- und Leidenserfahrung muss politisch gleichermaßen ernst genommen werden; sie hat sich vielmehr – das ist ja gerade eine Lehre aus der populistischen Revolte und ihrem Anspruch auf Unmittelbarkeit – rationalen und normativen Maßstäben der politischen Gemeinschaft zu unterwerfen. Was die Genese des radikalisierten Individuums angeht, liegen die Dinge komplizierter. Der häufig als „neoliberal“ bezeichnete Entwurf einer Gesellschaft der Individuen hat sich historisch und prinzipiell mit dem liberal-progressiven Entwurf, aber auch mit der Eigendynamik eines konsumistischen Hedonismus der selbstverwirklichenden Spaßgesellschaft verbunden. Dieses Syndrom lässt sich, das müssen manche Linke ebenso wie Konservative erst noch begreifen, weder in die eine noch in die andere Richtung auflösen. Radikaler Marktindividualismus ohne emanzipierte, autonome Individuen ist Ideologie; eine Gesellschaft solcher Individuen ohne die Freiheit des Marktes bloß ein Fortspinnen jahrhundertalter romantischer Phantasien.

Gleichwohl: Unter den Bedingungen des frühen 21. Jahrhunderts haben sich die politischen Codierungen des Individualismus (erneut) verschoben. Aber ebenso hat sich sein Antipode verschoben. Der Individualismus begann als „progressive“ Herausforderung einer korporativ geschlossenen Welt. Im 19. Jahrhundert rückte er in die politische Mitte, ins liberale Zentrum, als Konservative und Sozialisten unterschiedliche Gegenentwürfe profilierten. Die Arbeiterbewegung begann auf dem Boden des demokratischen Liberalismus, aber ihr Akzent verschob sich auf dem Weg ins 20. Jahrhundert zu einer gegenüber dem Individuum skeptischen, im Kommunismus dann sogar feindseligen Haltung. Die politische Rechte ging zu derselben Zeit einen ähnlichen, für Deutschland noch folgenreicheren Weg in den Kollektivismus. In der Bundesrepublik beklagten Konservative auch nach 1945 die vermeintliche Atomisierung der Gesellschaft, und klassische Theorien des Faschismus drehten den Spieß um: Totalitäre Gesinnung und Praxis erschienen nicht als Abwehr gegen den Liberalismus, sondern als Resultat einer zuvor verhängnisvoll entfalteten kollektivistischen Massengesellschaft.

Erst in den 1970er-Jahren entdeckten Konservative, zumal in Amerika und England, das Individuum neu. Wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher brachten sie es auch politisch gegen den Kollektivismus der Linken in Stellung und eigneten sich dabei Elemente liberaler Tradition an. Freilich hatte zur selben Zeit der Häutungsprozess der Linken längst begonnen, ihre einschneidende Transformation vom Kollektivismus der Arbeiterbewegung zum Individualismus einer Gesellschaft sozialer Bewegungen und autonomer Verwirklichungsansprüche. Man könnte auch sagen: Thatcher und Reagan kamen nicht zufällig zu dem Zeitpunkt an die Macht, als in der Bundesrepublik die Grünen gegründet wurden.

BACKLASH GEGEN „68“

Mit den politischen Langzeitwirkungen dieser Verschiebungen haben wir es heute zu tun. Sie zeigen sich im Aufstieg des neuen Populismus ebenso wie in größeren Verschiebungen des Verhältnisses von Gesellschaft und Politik, besonders in der Krise der Repräsentation. Das Verhältnis des Populismus zum neuen, radikalen Individualismus ist ambivalent. In erster Linie bedient er sich, zumal in der gegenwärtig dominierenden rechten oder rechtsextremen Variante, im Arsenal des Nationalismus: Im Vordergrund steht das Volk, imaginiert als Einheit jenseits individueller Interessen und subjektiver Ansprüche, aber auch jenseits der Legitimität einer pluralistischen Verschiedenheit politischer Überzeugungen. Dem Willen des Volkes muss doch endlich zur Durchsetzung verholfen werden! Gesellschaftspolitisch ist der neue Populismus unübersehbar ein Backlash gegen die liberal-expressive Revolution seit den 1960er-Jahren, gegen die Autonomieansprüche von Frauen und Minderheiten. Er ist erfüllt vom Widerwillen gegen eine Gesellschaft, in der jeder sein eigenes Ich bastelt und selbstbewusst in die Öffentlichkeit trägt. Andererseits mobilisiert er keine geschlossenen Milieus, sondern Individuen und ihre subjektiv beschädigten Lebensentwürfe. Er zehrt von dem neuen Ich-Bewusstsein, er floriert in einer Gesellschaft jenseits der kollektiven Sicherheiten, in einer Gesellschaft der Singularitäten. Insofern ist der Populismus ein Wiedergänger und ein Parasit der Individualisierung und gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse. Er ist ein eigentümliches Amalgam aus Ich-Mentalität und Holismus des Volkes.

Doch die politischen Effekte werden sich nicht auflösen, wenn der neue Populismus einmal seinen Höhepunkt überschritten hat. Die Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Politik stellt sich in einer Gesellschaft der Individuen neu, und darauf haben die politischen Parteien noch keine angemessene Antwort gefunden. Der herkömmliche Entwurf von politischer Repräsentation entsprach dem Muster einer in Stände, Klassen und Verbände strukturierten Gesellschaft: Man sah sich als Arbeiter im Parlament vertreten, als Landwirt,

als Katholik, als Freiberufler. Diese Zuordnungen existieren kaum noch, und die Scharniere, die zwischen Gesellschaft und Parlament vermittelten – die Gewerkschaften, die klassischen Verbände – haben an Halt verloren, vor allem im lokalen und regionalen Raum, in der Übersetzung von konkreter Lebensführung in Politik. „Es liegt ja vieles im Argen, aber der Herbert, der früher Betriebsrat in der Firma nebenan war, kümmert sich als unser Abgeordneter in Stuttgart oder Düsseldorf, in Bonn oder Berlin.“ Das gibt es nicht mehr, und wir beschreiben das als Entfremdung der Eliten von der Bevölkerung.

RESERVAT DER WOHLSTUIERTEN

Keineswegs ist nur Schaden eingetreten. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hat sich die Politik in den westlichen Demokratien erweitert. Was schon einmal ein Gemeinplatz war, droht im Moment vergessen zu werden: Aus einer relativ eng gefassten Demokratie der Repräsentation und der Parteien ist eine partizipatorische Demokratie geworden und erst damit eine „starke Demokratie“ (Benjamin Barber), in der Politik auf neue und kreative Weise in der Zivilgesellschaft konstituiert wird, in Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, im Protest auf der Straße und gewiss auch im Internet und in den sozialen Medien, wo längst nicht nur Trolle und Hassprediger das Wort führen. Die Neuerfindung des Ich hat die Politik im Westen beflügelt, und sie nagt an Diktaturen und autoritären Regimen, für die eine Selbstermächtigung der Subjekte viel gefährlicher sein kann als die Forderung nach liberalem Parlamentarismus. Doch haben wir zu lange übersehen, dass die neuen Formen der Ich-Politik – die häufig altruistischen Motiven folgt und die *advocacy* für Dritte an die Stelle unmittelbarer Eigeninteressen gesetzt hat – ein Reservat der Wohlsituierten, der gebildeten Mittelklassen geblieben sind.

Und selbst dort nagt der Aufstieg der Subjektivität an den herkömmlichen Vorstellungen von Repräsentation: Meine Interessen als Arbeiter, meine Überzeugungen als Christdemokratin kann ich jemandem übertragen, aber gilt das auch für meine subjektiven Erfahrungen? Die Sehnsucht nach der direkten Demokratie, nach plebiszitären Entscheidungen hat vielfältige Ursachen, doch gehört zu ihnen auch die Hyper-Authentifizierung des Ich, die ein Mandat an einen Dritten schwer vorstellbar macht. Gewiss liegt darin ein Fortschritt der Demokratisierung: Der Anspruch auf die eigene Stimme hat sich erweitert; die Stimme ist nicht mehr nur *vote*, sondern sie ist *voice*. Wer würde sich anmaßen wollen, diese Stimme nicht hören und beachten zu wollen? Damit verschiebt sich die Legitimation politischer Entscheidungen tendenziell von einer Majoritätskultur – am Ende zählen die Stimmen, die *votes*, und ihre Mehrheit – zu einer Vetokultur: Aber meine Stimme muss doch Beachtung, mein beschädigtes Leben Gehör finden, und wenn ich das bis zum Bundesverfassungsgericht durchfechte!

Was folgt nun daraus? Zunächst eine Warnung vor Vereinfachung, vor einseitigen Schuldzuweisungen, vor einer Glorifizierung des Ich ebenso wie vor der Flucht in vermeintlich bessere, vorindividualistische, vorsubjektivierte Zeiten. Sodann das Nachdenken über Reformen mit dem Ziel, Scharniere zwischen dem Ich und der Politik zu ölen oder neu zu konstruieren. Die Parteien haben längst nicht genug getan, sich den veränderten gesellschaftlichen Strukturen und den Erwartungen an Engagement zu öffnen. Abgeordnete müssen sich den Wählern in ihrem Wahlkreis auf neue Weise stellen, auch jenseits der schrumpfenden parteiaffinen Zirkel. Viele Argumente sprechen in Deutschland dagegen, aber: Ein Mehrheitswahlrecht, das ja vor allem ein „Wahlkreis-Wahlrecht“ ist, entspricht einer individualisierten Gesellschaft und den Erwartungen an „Stimme und Gehör“ besser als das Verhältnis- und Listenwahlrecht. Die Abgeordneten haben eine *constituency*, und diese hat eine Abgeordnete, die klar adressiert werden kann – übrigens auch bürgernäher, denn dann wären unsere Wahlkreise nur halb so groß.

Daraus ergibt sich eine Skepsis gegenüber den üblichen Sonntagsreden über die Notwendigkeit, das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Nicht dass das falsch wäre – der republikanische oder kommunitaristische Impuls bleibt auch im 21. Jahrhundert ein notwendiges Widerlager zum liberalen Individualismus. Aber dieser Impuls ist, jedenfalls in Deutschland, ebenso wenig bedroht wie der Zusammenhalt in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft.

„Denn nur vom Sprechen und vom Zuhören kann etwas Gutes werden, nicht vom Sprechen allein; das Zuhören gehört dazu.“

Konrad Adenauer in seiner Abschiedsrede als Bundeskanzler in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1963

Zu billig argumentiert?

—
Das Normative in irritierten Zeiten

JÜRGEN KAUBE

Geboren 1962 in Worms,
Herausgeber der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“ und
zuständig für das Feuilleton.

Wird die Gesellschaft als unruhig und beunruhigend empfunden, so erfolgen erwartbare Appelle an Werte. Das gilt vor allem, wenn die wahrgenommene „Krise“ gegen alle historische Erfahrung als etwas Besonderes gilt. Bankenkrisen lösen Debatten über Gier als wertloses und Verantwortung als wertvolles Verhalten aus. Flüchtlinge motivieren Diskussionen darüber, ob Diversität ein Wert ist und wie er sich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt verhält. Terroranschläge wiederum führen dazu, dass Freiheit und Sicherheit gegeneinander aufgeboten werden oder als einander bedingend.

Ob wir in außergewöhnlich unruhigen Zeiten leben, kann dabei dahingestellt bleiben. Der Vergleich, etwa mit den 1970er-Jahren – Ölkrise, saurer Regen und „Waldsterben“, elf Prozent Lohnerhöhung und 9,5 Prozent Preisanstieg, Kalter Krieg, Stagflation, „Grenzen des Wachstums“, die Morde

der Baader-Meinhof-Bande und ihrer Nachfolger, 112.000 Tonnen Bomben über Vietnam und so weiter –, könnte eher auf eine gestiegene Krisenempfindlichkeit der Gegenwart hinweisen. Der Wertediskurs ist demgegenüber stabil. Damals beispielsweise setzte die Rede vom Übergang zu „postmateriellen Werten“ ein.

Der wichtigste Grund dafür, Werte ins Spiel zu bringen, wenn gesellschaftliche Abweichungen als schwer erträglich diskutiert werden, liegt darin, dass Werte Gemeinsamkeit symbolisieren. Jeder einzelne Wert ist fast diskussionslos zustimmungsfähig. Tatsächlich ist so gut wie niemand gegen mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Gesundheit, Tierliebe, Bildung und so weiter. Selbst Menschen, die zu sehr vorurteilsbeladenen Ansichten über Ausländer neigen, deklarieren sich zumeist nicht selbst als intolerant oder als Gegner von Weltoffenheit. Sogar Klimawandelskeptiker finden den Erdball erhaltenswert, und Anhänger der freien Fahrt für freie Bürger sprechen sich nicht gegen Sicherheit im Straßenverkehr aus. Wer sich dennoch so weit vorwagt, einzelne Werte komplett oder Werte als solche zu verneinen, wird zum Kandidaten für moralische Sanktionen: Feind der Menschheit, pathologischer Fall, Fundamentalist, Adresse von Abscheu, oder er wird – wie beim Marquis de Sade und bei Friedrich Nietzsche geschehen – zum intellektuellen Einführungstext in das Problem.

RAUM FÜR BESCHWÖRUNGEN

Das Problem liegt also nicht in der offenen Negation von Werten. Diese bleibt eine Spezialität von Minderheiten und macht, sofern sie zu Handlungen führt, oft schnell mit der Justiz bekannt. Vielmehr wird eine schleichende gesellschaftliche Abwendung von ihnen vermutet. Der Wertewandel, so lautet die Diagnose, und die Entfernung der Gesellschaft von bestimmten Wertemustern vollziehen sich unbewusst, unartikuliert und gewissermaßen im Rücken von Entscheidungen. Individuen orientieren sich in ihrem Handeln verstärkt an anderen Belohnungssystemen, etwa am Konsum, am Markt, an der Wiederwahlchance, der Karriere oder am Erkenntnisgewinn, und sie nehmen die Opfer, die das in Bezug auf Wertverwirklichung bedeutet, blind in Kauf. Die geforderten Wertedebatten – Versuche, über eine „Leitkultur“ zu reden, sind eine regionale Variante davon – sollen demgegenüber ein Innehalten zugunsten der Frage erzwingen, was eigentlich und letztlich gewollt wird.

Ist das eine Frage mit Aussicht auf Antwort? Oder schafft sie nur den Raum für Beschwörungen und führt vor allem zu festlichen Ansprachen, Mahn- und Ruckreden, zu denen die eigentlichen Adressaten dieser Reden meistens gar nicht eingeladen sind? Ist die insistente Forderung, es müsse über Werte gesprochen, an sie erinnert werden, mit anderen Worten nicht nur ein Ritual?

Zunächst: Werte sind Gesichtspunkte, eine Handlung anderen vorzuziehen. Sie selbst enthalten aber keine Handlungsanweisung. Dazu sind sie viel zu abstrakt. Was beispielsweise „Gleichheit“ wäre, wird selbst dann nicht klarer, wenn man die offensichtlich sinnlose Vorstellung einer Gleichverteilung aller Güter beiseite lässt, um stattdessen von „Chancengleichheit“ zu sprechen. Das klingt gut, und niemand kann dagegen sein, aber was soll es bedeuten? Denn was wäre eine Chancengleichheit von Biographien in einer Gesellschaft, in der es Familien gibt, in der ungleich erzogen, gewohnt, geliebt, ernährt, kommuniziert wird? Chancengleich wären nur Individuen, die keine Vergangenheit hätten.

Also kann Gleichheit gar nicht Gleichheit als Zustand meinen, sondern allenfalls die Abschaffung etwa von Schulgeld, obwohl damit die Ungleichheit beim Zugang zu Nachhilfe noch nicht beseitigt ist. Und wenn man kostenlose Nachhilfe für alle organisierte, wären damit noch nicht die Chancen auf die besten Privatlehrer oder Internate egalisiert. Wer an dieser Stelle mit dem Wert weiter ernst machen wollte, wäre zu abermaligen Subventionen gezwungen oder zu Verboten. Wenn etwa alle Aufgaben in der Schule erledigt werden müssen, kann die Familie hier nicht mehr ungleichheitsverstärkend wirken. Also könnte man Hausaufgaben (und Privatlehrer und Internate) verbieten, um der Chancengleichheit näher zu kommen. Oder die Zeit der Kinder in den Familien durch Ganztagschulpflicht reduzieren. Aber möchte man am Ende so weit gehen, den Familien die Kinder wegzunehmen, um eine Hauptquelle sozialer Ungleichheit abzuklemmen?

FREIHEIT DES EINEN, RISIKO DES ANDEREN

Womit eine zweite Eigenschaft von Werten hervortritt: Sie widersprechen einander. Die Unehrlichkeit geführter wie angemahnter Wertedebatten besteht darin, diesen Aspekt unter den Tisch fallen zu lassen. Es wird suggeriert, alle wertvollen Dinge bildeten, sofern nur ein guter politischer Wille und ein Budget da sind, einen harmonischen Zusammenhang. Tatsächlich kommen sich schon Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit ins Gehege, wenn versucht wird, sie in konkreten Fragen geltend zu machen. Die Freiheiten der einen, hat man gesagt, sind die Risiken der anderen. Jemand ernährt sich beispielsweise ungesund oder geht riskanten Freizeitaktivitäten nach. Einen Teil der eventuell entstehenden Folgekosten aber trägt die um des Gesundheitswertes willen eingerichtete zwangsbrüderliche Krankenkasse. Von deren Wertverwirklichung wiederum sind Beamte und Selbstständige ausgenommen, wofür Freiheits- und Gleichheitsargumente herangezogen werden. Dass dann auch noch Effizienz als Wert ins Spiel kommt, weil vermeintlich liberale Gesundheitssysteme, anders als behauptet, gar nicht kostengünstiger sind, macht die Sache noch komplizierter.

Der Appell zur Wertedebatte führt also zu Wertekonflikten sowie zur Tatsache, dass es keine Regeln gibt, welche Werte welchen anderen jeweils vorzuziehen wären. Ein Wert ist nicht aufgrund seines vermeintlichen Inhalts instruktiv, sondern aufgrund der Bereitschaft, ihm in einem spezifischen Kontext – etwa Schule oder Krankheitsbehandlung – die Vorfahrt vor einem anderen Wert zu überlassen, ohne dass damit schon etwas über sein Gewicht in anderen Kontexten gesagt wäre. Im Büro folgt das Individuum anderen Werten als auf dem Sportplatz oder in der Kirche. Der Wert „Liebe“ kann Familien gründen, aber auch auflösen, genauso, wie das Handeln im Horizont von „Leistungsbereitschaft“ sie finanzieren und zerstören kann. Bildungsaufstieg führt womöglich dazu, „dass es die Kinder einmal besser haben“, aber auch zu Entfremdung von den Eltern. Und so weiter.

KLARE WERTORDNUNG UND TYRANNEI LIEGEN NAHE BEIEINANDER

Der Werterelativismus ist darum keine beklagenswerte moralische Indifferenz sozialer Gruppen, sondern die Struktur einer Gesellschaft, die selbst auf der Ebene ihrer Verfassung lernbereit und für Widersprüche, Ausnahmen, Abweichungen von Erwartungen sensibel ist. Wie wichtig Werte sind, hängt stets davon ab, wie stark konkurrierende Werte schon berücksichtigt wurden. Wer nichts zu essen hat, wird die Verwirklichung von Erkenntnisfortschritt sekundär finden, aber der Erkenntnisfortschritt gehört heute seinerseits zu den Bedingungen dafür, die Menschheit ernähren zu können. Ein Blick auf Staaten, in denen angeblich stabile Vorfahrtsregeln für Werte durchgesetzt werden – etwa immer religiöse Tugend vor Freiheit oder immer Planung vor Demokratie oder immer Wohlstand vor Bildung –, zeigt vor allem, dass klare Wertordnung und Tyrannei nahe beieinander liegen.

Werte widersprechen aber nicht nur *einander*. Es gibt zu fast jedem Wert auch einen Gegenwert, den wir genauso bejahen. Sie widersprechen also *sich selbst*. Der amerikanische Ökonom Herbert A. Simon hat einmal darauf hingewiesen, dass Sprichwörter diesem Muster folgen. Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste – und: Wer wagt, gewinnt. Wir bejahen Geduld und Entschlusskraft, Offenheit und Diskretion, Ehrlichkeit und Höflichkeit, Synergieeffekte und Konzentration aufs Kerngeschäft, Großzügigkeit und Sparsamkeit. Mit anderen Worten: Es ist für ganz gegensätzliche Handlungen ein Wert verfügbar und für ihre Kritik dann der Gegenwert.

Entsprechend kann die Gesellschaft ihre Unzufriedenheit mit sich ganz leicht über Wertedebatten artikulieren: weil Werte immer „nicht durchgängig verwirklicht“ sind, weil sie stets hinter anderen Werten zurückstehen müssen. Entweder werden die prominenten Werte eines Teilsystems gegen die anderer Teilsysteme aufgeboten, um zu bezeichnen, was Demokratie,

Markt, Staatsräson, Meinungsfreiheit, Schule und Familie einander zumuten. Oder es wird die innere Widersprüchlichkeit der Werte in den jeweiligen Systemen mobilisiert, etwa wenn mehr Orientierung am Wert der Bildung gefordert wird, dann aber endlos diskutiert werden kann, ob das mehr Abendland, mehr Persönlichkeitsbildung, mehr Fachwissen oder mehr Computereinsatz heißen soll. Die Reformdynamik moderner Gesellschaften verlegt die Lösung dann gern in die Zeitdimension: erst das eine, dann das andere, ihm Entgegengesetzte, schließlich die Wiederkehr des einst Abgelehnten.

MÖGLICHER ERSCHÖPFUNGSZUSTAND

Für Wertedebatten heißt das allerdings, dass sie anfällig für Ideologiekritik sind. Wer sich von einer Rückbesinnung auf Werte größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt verspricht, hat nämlich nicht nur die Schwierigkeit, anzugeben, wann denn genau die Zeiten waren, als die Werte noch intakt und wirksam waren. Es kann auch eine historische Lage eintreten, in der sich solche Appelle aufgrund ihrer Frequenz als Anzeichen eines Erschöpfungszustandes erweisen. „Mit Werten kann man leicht und billig argumentieren; das sollte Warnung genug sein“, schrieb der Soziologe Niklas Luhmann vor mehr als fünfzig Jahren in seinem Buch über „Grundrechte als Institution“. Wenn zu viel mit Werten argumentiert wird, könnte der Umkehrschluss lauten: Man möchte es sich einfach machen, um der gewaltigen Komplexität sozialer Fragen und eventuell auch der Tatsache auszuweichen, dass uns eine Antwort fehlt. Das mag dann allenfalls damit entschuldigt werden, dass der Wert der Redlichkeit eben auch nur einer unter anderen ist.

Finsterwalde aus der Retrospektive

Vier Monate nach meinem offenen Brief an die Bundeskanzlerin

JANA HENSEL

Geboren 1976 in Borna, Autorin und Journalistin.

Dieser Text hat eine Vorgeschichte, und die lautet so: Anfang September 2017 rief mich ein Redakteur von *Zeit Online* an und bat mich, vor der Bundestagswahl noch einmal einen längeren Essay über Angela Merkel und ihr Verhältnis zu Ostdeutschen zu schreiben. Die Sommerferien gingen zu Ende, und der Wahlkampf schleppte sich so dahin. Vor allem die Medien hatten gehofft, der Wahlkampf würde noch einmal an Fahrt aufnehmen, aber niemand wollte

so recht darauf hören. Merkels Herausforderer Martin Schulz wurde nicht müde, zu beklagen, dass die Amtsinhaberin jeder Debatte aus dem Weg gehe; mehr war zu diesem Wahlkampf bis dahin wirklich nicht zu sagen. Geht es den Deutschen zu gut, begannen sich die Ersten schon zu fragen.

Eigentlich saß ich gerade an einem Essay für ein Schweizer Magazin, einem über Angela Merkel. Die Schweizer wollten etwas zur Bundestagswahl machen und wussten auch nicht recht, was. Sie wussten nur, dass sie jenem Gefühl zustimmten, wonach Angela Merkel nach

der Wahl von Donald Trump mehr als je zuvor jene Politikerin war, der man die Geschicke der Welt am ehesten in die Hände geben wollte. Ich schrieb dann solche Sätze wie: „Ich möchte mir ein Deutschland ohne Angela Merkel nicht vorstellen. Es wäre nicht mein Land, hätte wahrscheinlich nie mein Land werden können. Mein Deutschland-Gefühl ist in Wahrheit ein Angela-Merkel-Gefühl.“

Der Redakteur von *Zeit Online* rief mich an, weil in den Tagen zuvor im Internet wacklige Handyvideos aufgetaucht waren, die pöbelnde Menschen auf zu-meist ostdeutschen Marktplätzen zeigten, die die Kanzlerin während ihrer Wahlkampfauftritte niederbuhten. Die überregionalen Medien hatten zu diesem Zeitpunkt noch nicht darüber berichtet. Noch am selben Tag fuhr ich mit meinem Sohn nach Finsterwalde in die Niederlausitz. Dort würde Angela Merkel am Abend einen ihrer letzten Wahlkampfauftritte in einer, sagen wir, größeren ostdeutschen Stadt vor der Wahl haben. Auch dort wurde sie ausgebuht. Man kann jetzt natürlich annehmen, dass ich das als Reporterin irgendwie gehofft hatte, aber ich muss sagen, ich habe das natürlich nicht. Eigentlich hatte ich naiverweise gedacht, zu einer völlig normalen Wahlkampfveranstaltung zu fahren.

Noch in derselben Nacht, zurück in Berlin, setzte ich mich an den Schreibtisch und schrieb auf, was ich gesehen und erlebt hatte. Ich schrieb darüber keinen normalen Text, das schien mir der Situation nicht angemessen, sondern ich schrieb einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin. Ein solcher Brief kam nämlich meinen Empfindungen am nächsten. War ich doch auf dem Marktplatz von Finsterwalde den ganzen Abend zwischen den erkennbar von

der AfD mit Transparenten und Schildern ausgestatteten Pöblern, den normalen Zuschauern und der Bühne hin- und hergelaufen und hatte innerlich Zwiesprache mit Angela Merkel gehalten. Und genau dieses Gefühl wollte ich festhalten.

REAKTIONEN AUF DEN OFFENEN BRIEF

Der Brief an Angela Merkel erschien noch am selben Abend auf *Zeit Online* und erreichte in den nächsten 24 Stunden mehr als 500.000 Leser.¹ Er wurde in den sozialen Netzwerken gelikt und geteilt wie noch kein Text, den ich vorher geschrieben hatte. Aber mal abgesehen davon, dass es natürlich toll ist, von so vielen Menschen gelesen zu werden, mal abgesehen davon, dass es den Deutschen offenbar doch nicht so gut ging, ist es doch um etwas anderes gegangen. Und was war das nun genau?

Hier kommt die gute Nachricht: Ich glaube, viele Leser waren froh, dass ich in dem Text etwas ansprach, was sie fühlten, was mit der Formel „Es lag in der Luft“ gleichsam wolkig und doch präzise beschrieben ist. Etwas, das mir vorher so nicht klar war: Sie sehnten sich nach einem schlüssigen Umgang mit dem immer stärker werdenden und sich ständig lauter und breitbeiniger inszenierenden Rechtspopulismus. In Deutschland, aber eigentlich in beinahe der ganzen westlichen Welt. Diese Sehnsucht schien und scheint bei vielen noch immer sehr groß zu sein.

Mein Text hat ihnen also den Eindruck vermittelt, ich wüsste eine Lösung für dieses Problem, ich wüsste, wie man mit Rechten umgeht, weil ich von Angela

Merkel gefordert hatte, dass sie mit den Pöblern hätte reden müssen. Oder dass sie sich, wenn nicht das, so doch wenigstens an all jene hätte wenden müssen, die in ganz friedlicher und, ja, demokratischer Absicht gekommen waren, um ihr zuzuhören. Es stimmt: Ich glaube noch immer, dass man mit allen Teilen der Gesellschaft im Gespräch bleiben muss, dass sich keine Ränder bilden dürfen, die sich als ungehört und ungesehen empfinden.

Und hier kommt die schlechte Nachricht: Es stimmt wiederum auch nicht. Denn so einfach ist es leider nicht, nicht mehr, war es vielleicht nie. Heute, fast drei Monate später, wissen wir das klarer, spüren wir unsere Ohnmacht deutlicher. Die AfD sitzt nun als drittstärkste Fraktion im Bundestag, in meiner Heimatregion Sachsen sind die Rechtspopulisten sogar auf CDU-Stärke angewachsen, zum Ende des Jahres sind die „Jamaika“-Sondierungen, also die Vorgespräche zur Bildung eines politischen Bündnisses der Mitte, gescheitert, und das, was sich als Wut auf das sogenannte System und seine demokratischen Übereinkünfte während des Wahlkampfes auf den Marktplätzen so fassbar und anschaulich gezeigt hatte, jagt in Form rassistischer Meinungsäußerungen seither noch lauter und alltäglicher durchs Internet.

Entsolidarisierung mit jeder Art gesellschaftlicher Gruppe, der man nicht selbst angehört – so lassen sich die vergangenen Monate verkürzt beschreiben. Die Willkommenskultur ist stigmatisiert, stattdessen versuchen sich Ignoranten als neue Avantgarde zu inszenieren. In jener Frage jedoch, wie wir mit diesem Rechtsruck der Gesellschaft, dieser großen Welle der Entsolidarisierung, die längst die sogenannte Mitte erreicht hat, umgehen sollen, sind

wir seither kein Stück weitergekommen. Mir scheint sogar, die Pöbler auf den Marktplätzen während der Bundestagswahl waren nur der Anfang, eigentlich ein Fanal. Die Gesellschaft reißt seither jeden Tag ein Stück weiter auseinander, und wir sind dabei, uns daran wohl oder übel zu gewöhnen. Eine verstörende Einsicht.

„EINE SONST STUMME LESERIN“

Nachdem mein Text erschienen ist, haben mich viele Reaktionen erreicht, mehr als 1.700 Leserkommentare kann, wer will, auf *Zeit Online* nachlesen. Es gab viel Beschimpfung und viel Lob, einige schrieben mir auch direkt und versuchten, aufrichtig ihr Leben zu schildern. Darunter war auch eine Frau, die ich gern ein wenig länger zitieren möchte. Sie erscheint mir exemplarisch; der Selbstbeschreibung ihres Facebook-Profiles entnehme ich, dass sie einen Hochschulabschluss hat.

Sie beginnt ganz freundlich und schreibt sich zum Ende hin dann immer mehr in Rage: „Liebe Jana Hensel, gerne habe ich gelesen, was sie so geschrieben haben und ich schätze Sie auch für Ihren Mut sich öffentlich zu empören über den Hass der Angela Merkel entgegen schlägt. Da gehe ich mit, das kann ich verstehen, dass dies beängstigend und verstörend ist. Aber haben Sie sich auch mal gefragt warum diese Menschen so wütend sind? A. Merkel hat durch Ihre Politik der letzten 12 Jahre viele Misstände geduldet oder gar produziert: gucken Sie zur Massentierhaltung, ... gucken Sie in die Schule Ihres Sohnes dort arbeitet vielleicht zeitweise 1 Erzieherin mit 85 Kindern im Hort ... im Krankenhaus wo ich in der

Pflege arbeite, herrschen fast ähnlich kriminelle Zustände wenn ich mit 30 Patienten in der Nacht alleine bin ... Gucken Sie zur Wohnungspolitik, zur Rentenpolitik, zu den Hebammen! Wachen Sie auf! Die Politik von Angela Merkel duldet all dies: der Kapitalismus, die Ausbeutung von Mensch und Umwelt sind im vollen Gange! Und Sie Frau Hensel unterstützen dies mit Ihrem Bekenntnis zu dieser Partei der CDU. Und wundern sich, dass unter dieser Politik durch diese Frau Hass produziert wird und eine Partei wie die AfD solchen Zulauf erfährt! Angela Merkel und die CDU sind doch dafür verantwortlich, dass diese Partei überhaupt entstanden ist. Sie lassen Flüchtlinge in unser Land ohne sich später darum zu kümmern und diese werden ähnlich wie viele andere arme sozial schwache Menschen alleine gelassen. Wenn das so weiter geht werden Bürgerkriegs ähnliche Zustände produziert! Diese Politik muss ein Ende finden! Bitte denken Sie als öffentliche Person noch mal darüber nach. Mit besten Grüßen, eine sonst stumme Leserin“.

Auch wenn ich der Frau in keinem einzigen Punkt zustimmen kann – ihre Sprache ist emotional bis aggressiv und außerdem polemisch, ihre Kritik an unserem Land pauschal, maßlos übertrieben und sicherlich in vielen einzelnen Punkten widerlegbar –, als Phänomen dagegen scheint sie mir interessant, muss ich sie ernst nehmen. Außerdem glaube ich, dass es mehr gibt, die so denken wie sie.

Am interessantesten jedoch scheint mir, dass sich diese Frau, die an unser Gemeinwohl Ansprüche erhebt und Interesse zeigt, zum Ende ihres Briefes hin letztlich doch zu jener beschriebenen Entsolidarisierung aufschwingt, in ihrem Fall zulasten der Flüchtlinge. Mit denen soll sie also,

salopp wiedergegeben, die sonst schon untragbaren Zustände in unserem Land auch noch teilen müssen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass es ihr aus genau diesem Grund um die Haltlosigkeit unserer Gegenwart geht. Sie beschreibt ein fiktives Szenario des Ausnahmezustandes, in dem sie sich außerstande sieht, auch noch Fremde aufzunehmen. Überspitzt formuliert, wird ihr das Selbstmitleid zu einem brauchbaren Argument für Fremdenfeindlichkeit, und sie wird im Alltag wahrscheinlich öfter schon die Erfahrung gemacht haben, dass dieser Argumentation kaum jemand widerspricht.

PROBLEM IN OST UND WEST

Dass diese Frau eine Ostdeutsche ist, habe ich mit Absicht noch nicht erwähnt. Denn ich halte das Problem längst nicht mehr für ein ostdeutsches, habe es in Wahrheit nie getan. Es hat nur in Ost und West unterschiedliche Gründe. Während Pegida in Ostdeutschland Nachwendeverwerfungen an die Oberfläche brachte, die über Jahrzehnte für jeden erkennbar unter der Oberfläche gegärt haben, glaube ich, dass der westdeutsche Rechtspopulismus im Kern eine antimoderne und nationale De-globalisierungsbewegung ist. Beide allerdings haben die sogenannte Flüchtlingskrise als Initiation erfahren, und beide fühlen sich durch die anderen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in Europa bestärkt.

Pointiert formuliert könnte man sogar sagen, dass die ostdeutschen Anhänger von Pegida und der AfD aus einer jahrzehntelangen Isolation herausgetreten sind und ihr Protest zum ersten Mal

nach dem Mauerfall anschlussfähig geworden ist, ja, sich sogar in dem Wahlverhalten jener weißen Mittelschicht spiegelt, die in Amerika für Donald Trump votiert hat. Lange Jahre fühlten sich diese ostdeutschen Wähler von dem strukturkonservativen Flügel der Linkspartei repräsentiert. Nun sind sie zur AfD abgewandert.

HILFT REDEN? NATÜRLICH!

Ich gebe ehrlich zu, dass die momentane Situation wenig Anlass zur Hoffnung gibt. Wir müssen uns eingestehen, dass mehr Menschen als gedacht auf jenen Epochenwandel, der sich mit den Schlagwörtern Mauerfall und Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, 11. September 2001, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, neue Kriege und Terror eben nur schlagwortartig beschreiben lässt, mit Verbitterung und Aggression reagieren. Sie haben es

sich mittlerweile in jenem Denkbild, dass niemand für sie sprechen würde, dass keiner sich ihrer annehmen würde, ziemlich bequem gemacht. Ganz so, wie sich die oben zitierte Briefeschreiberin selbst als „eine sonst stumme Leserin“ beschreibt.

Die Wahrheit ist freilich eher, dass sie mit jenen Werten der demokratischen Parteien nichts mehr anfangen können oder wollen, dass sie Solidarität und Teilhabe nicht mehr für zeitgemäß halten und so ihr Recht auf Wut, Empörung, Rassismus und Entsolidarisierung Stück für Stück stärker etabliert haben. Ob Reden dagegen hilft? Ja, natürlich! Unbedingt. Auch wenn wir mitunter – aus guten Gründen – daran zweifeln. Obwohl, nein, das stimmt nicht. Es gibt eigentlich keine guten Gründe, um an unserem demokratischen Diskurs zu zweifeln.

¹ Jana Hensel: Warum haben Sie denen nicht die Meinung gesagt?, Zeit Online, 07.09.2017, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-09/angela-merkel-finsterwalde-wahlkampf-demonstranten-brief [abgerufen am 9. Januar 2018].

Entfremdung

Über Defizite in der „kommunikativen Demokratie“

HEINRICH OBERREUTER

Geboren 1942 in Breslau, 1980 bis 2010 Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Passau, 1993 bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, seit 2012 Leitung der Redaktion des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft.

Die Gefühle und Bedürfnisse der Bürger ernst nehmen zu wollen, versprochen die Etablierten nach ihren Verlusten am 24. September 2017. Bürgerwillen zu vertreten – ist nicht genau dies ein definitorisches Kriterium der Demokratie? Verspätet zeigt sich die Sorge um emotionale Verunsicherungen, soziale Herausforderungen, komplexe Sicherheitserwartungen und um kulturelle Identität. Sogar „Heimat“ gewinnt neue Konjunktur als unverfänglichere Definition eines aufgeklärten, Humanitäts- und Freiheitsoptionen unverbrüchlich verbundenen, jedoch aus dem Diskurs weiterhin verbannten Patriotismus.¹

Diese Verspätung bleibt schwer verständlich. Denn die betroffenen Parteien schlingerten sehenden Auges in ihre Verluste.² Auf der Straße³ wie im Parteiensystem hatten sich Enttäuschung, Protest, thematische Alternativen und rechter Populismus längst etabliert. Die Alternative für Deutschland

(AfD) war binnen Kurzem in dreizehn Landesparlamente eingezogen, nicht zuletzt deshalb, weil sie Enttäuschte und Abstinente angesprochen und an die Urnen zurückgerufen hatte. Dass Enttäuschung von der Politik ursächlich für ihre Entscheidung war, sagten im Herbst 2017 sechzig Prozent der AfD-Wähler – weit überwiegend ganz normale Bürger. Klassische Parteien und ein Teil der Gesellschaft hatten sich entkoppelt. Die „kommunikative Demokratie“⁴ funktionierte offensichtlich defizitär, mit Effekten unterschiedlicher Richtung und Intensität bei der Bevölkerung.

Nachzugehen ist Kommunikations- und Repräsentationsdefiziten, differenzierter Resonanz in der Öffentlichkeit und Pluralitätstoleranz als dem eigentlichen Kernproblem.

Es ist eine alles andere als neue Erkenntnis, dass Kommunikation der Kitt ist, der ein zuträgliches Maß gesellschaftlicher Integration bewirkt, der im Grunde die Selbstentfaltung des Individuums ermöglicht. Kommunikationsdefizite bewirken Politikkrisen. Gerade die Demokratie beruht auf aktueller Legitimitätsgewinnung durch Kommunikation. Wie soll auch ohne sie Vertrauen gewonnen werden?

VERTRAUENSEINBRÜCHE IN WESTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Dessen Verfall erleben wir seit etwa zwei Jahrzehnten in allen liberalen Demokratien, nicht zuletzt in Europa mit rechter und linker Populismusresonanz in den Parteiensystemen in übrigens weit größerem Umfang als in Deutschland. Zynismus und Verachtung gegenüber der politischen Elite „within the beltway“, die also innerhalb des Washingtoner Autobahnringes agiert, sind zum Beispiel gerade auch in den USA seit Langem tief verwurzelt – nicht erst seit Donald Trump. Diese Stimmung hat ihn vielmehr ins Amt gebracht. Im Vorfeld seiner Wahl ist unter vielen kritischen Büchern eine *Beltway Bible* mit einem besonders markanten und typischen Untertitel erschienen.⁵ Auch in Großbritannien gibt es Klüfte zwischen „London“ und dem Land.

Entsprechende Vertrauenseinbrüche kennen wir hierzulande ebenso. Grundlegende Veränderungen der Politik, ihre zunehmende Komplexität (Internationalisierung, Globalisierung, Euro- und Finanzkrise, Systemumbrüche, Migration) und damit verbundene Erklärungs-, Verständnis- und Bewältigungsprobleme sind dafür verantwortlich: also Kommunikationsdefizite.

Nutzen daraus zogen seit einer ganzen Weile Antistimmungen. Was in jüngster Zeit ausgebrochen ist, ist also keineswegs neu. Neu ist die Artikulations- und Organisationsbereitschaft. Dem kritischen Bild von Eliten „within the beltway“ entsprach hierzulande das Bild von der Bonner Käseglocke oder entspricht heute das der Berliner Glaskuppel, die nicht mehr Transparenz auszudrücken scheint. Beide überwölben den Politik- und Medienbetrieb und

schließen ihn nach außen ab: Es ist der Unterschied zwischen den „ins“ und „outs“, zwischen „oben“ und „unten“, zwischen elitär abgehobenem Establishment und „einfachen“, in ihren Interessen sich vernachlässigt fühlenden Bürgern. Es ist – wie im Westen nach 1968, aber ohne die damalige Ideologie – eine Systemkritik, die das politische Personal, Institutionen und auch die traditionellen Medien einschließt. Sie alle verdienen aus dieser Sicht kein Vertrauen.

Den politischen Parteien, seit jeher mit Vorurteilen konfrontiert, wird es in jüngster Zeit jedoch besonders heftig entzogen: Absturz der Mitgliederzahlen, Reputationsverluste des Führungspersonals, Systemdistanz, Wahlabstinenz. Die AfD hat vielen das Gefühl vermittelt, wieder gehört zu werden,⁶ und Nichtwähler mobilisiert: Angesichts des gesamten Erscheinungsbildes dieser Partei provoziert das durchaus zwiespältige Gefühle.

IGNORIERUNG UND DÄMONISIERUNG

Vorsicht ist dennoch angebracht mit pauschalen Extremismus- und Nazismusvorwürfen, speziell gegen die Wählerschaft. Sie werden von denen erhoben, deren Kommunikations- und Gestaltungsversäumnisse Segmente unserer Gesellschaft in den aufgezeigten Skeptizismus getrieben haben: eine Art Selbstverteidigung durch Diffamierung, welche die Gefahr in sich birgt, erst recht Distanz zu den Etablierten zu begründen. Die AfD hat nicht nur von früheren Nichtwählern profitiert, sondern auch von Union, SPD, Grünen, Linken und dem Rest – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß; und dies trotz generellen und selbst bei drei Vierteln ihrer Wähler auch persönlich empfundenen wirtschaftlichen Wohlergehens.

Ignorierung und Dämonisierung seitens der klassischen Parteien haben diese Wählerpotenziale nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil deren Einschätzung, nicht ernst und wahrgenommen sowie in ihren Positionen politisch nicht vertreten zu werden, nur bestätigt. Bevor er auf die Straße drängte, hat sich der Furor gegen etablierte Politik und Medien „längst online“ formiert: simplifizierend, diffamierend, aber Sorgen und Ängste von Bürgern aufgreifend, welche „die“ Politik ignorierte, die sich gelegentlich auch als alternativlos und erklärungsschwach darstellte.⁷

Das alles rechtfertigt nicht dumpfe Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Es scheint aber doch nach Kommunikation zu verlangen, denn man kann in einer zivilisierten Gesellschaft derlei Primitivitäten nicht unbeantwortet lassen oder übergehen. „Man muss nicht mit jedem Idioten reden“, sagt dagegen Friedrich Schorlemmer.⁸ Aber gehören diese „Idioten“ nicht auch zum Volk? Und sind sie nicht grundsätzlich einen Argumentationsversuch wert? Verfassungsrechtlich jedenfalls ist effektive Ausgrenzung nur ein Mittel gegen explizite Verfassungsfeinde; und sie liegt in den Händen

der Justiz. Im Alltag sollte man zumindest abwägen, ob Ausgrenzung von Mitbürgern im Namen der Toleranz und des grundsätzlichen Respekts vor Andersdenkenden prinzipiell ein logisches Instrument ist und ob sie nicht Klüfte zusätzlich vertieft. Das Gefühl, unter der Dominanz einer linkskulturellen Political Correctness in der öffentlichen Kommunikation isoliert zu sein, ist weit verbreitet. Wäre das bloßstellende Argument nicht angemessener?

HÖRT POLITIK NICHT ZU?

Anscheinend meint das etwa auch der Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, der schreibt, man müsse „mit ihnen debattieren, man muss mit ihnen streiten, man muss keineswegs alles verstehen wollen“, aber im gleichen Atemzug dem Vorsitzenden der SPD – wie seine Partei weithin auch – die zuhörende, unscheinbare Präsenz bei einer Dresdner Debatte der Landeszentrale für politische Bildung zu Pegida verübelt.⁹ Als ob es nicht auch ein Signal sein könnte, da zuzuhören, wo der Vorwurf erhoben wird, die Politik höre nicht mehr zu. Ein Signal, das durchaus zur Differenzierung zwischen der „widerwärtigen Minderheit“ von „Nazis, Hooligans, Fremdenfeinden und ähnlichem völkischen Volk“¹⁰ und den Enttäuschten und Entfremdeten beigetragen haben kann. Letztere grenzen sich nach den Dresdner Untersuchungen ohnehin von Rechtsextremen und Hooligans ab. Allerdings genau diesen eine Kulisse für dramatische kommunikative Resonanz gegeben zu haben, ist andererseits zu Recht zu kritisieren. Denn blinde oder auch opportunistische Mitläuferei mit Radikalen überbrückt Klüfte nicht, und sie entwertet in der öffentlichen Resonanz die eigene Position.

Die Radikalen demaskieren, die Besorgten und Enttäuschten informieren: Das ist die Aufgabe politischer Führung angesichts derartiger Bewegungen. „Kommunikative Demokratie“ verlangt diskursive Überzeugungsarbeit – immer, nicht nur jetzt angesichts besonderer Herausforderungen, und auf allen strittigen Themenfeldern, nicht nur bei Zuwanderung und Integration. Demokratie muss kommunikativ sein, oder sie wird nicht sein.

Kommunikation als sozialer Kitt ist allein schon aufgrund der Heterogenität der Gesellschaft unverzichtbar. Das Volk ist zwar eine staatsrechtliche Größe. Real existiert es aber nur in seiner Vielfalt, solange man ihm nicht ideologische Einheitlichkeit aufzwingt. In seiner Vielfalt wird es auch politisch repräsentiert. Dafür steht etwa, vom Bundesverfassungsgericht im Kontext der freiheitlich-demokratischen Grundordnung so definiert, zentral die Oppositionsfreiheit: weil selbstverständlich auch Opposition dem Volk gleichberechtigt Ausdruck gibt, keineswegs nur die regierende Mehrheit. Dem gehen in der Gesellschaft die Freiheit der Gedanken und die Freiheit, sie auszusprechen, voraus – also auch das Recht, Unsinn zu reden, zu denken und zu wählen. Es mag befremdlich klingen, ist aber banal: Der Grundrechtsschutz

untersagt dem Staat jenseits von Rechts- und Verfassungsbruch, Qualitäten von Meinungen zu bewerten; er gewährleistet vielmehr ihre öffentliche Äußerung. Der bewertende, streitige Diskurs kommt aber sehr wohl der Gesellschaft zu. Rede und Gegenrede führen uns auch aktuell das vielfältig differenzierte Volk vor Augen. Wenn die Meinungsfreiheit – so Karlsruhe – für die freiheitliche Demokratie „schlechthin konstituierend“ ist, ist die Erwartung durchaus verständlich, diese Freiheit möge informiert und rational ausgeübt werden. Gleichwohl ist sie oft genug eitel.

DEMONTAGE VON PLURALITÄT

Wir bewegen uns im Kernbereich des demokratischen Verfassungsstaats. Denn worauf beruht das ihn tragende Prinzip der legitimen Vielfalt? Es beruht auf der in Menschenwürde und Menschenrechten gründenden Freiheit des Individuums zur Selbstentfaltung. Daraus folgt alles andere – liberale, offene Gesellschaft, Staatsordnung und politische Willensbildung. Pluralismus ist also alles andere als wertrelativistisch.

Wenn aber über die Identität der Deutschen – wieso eigentlich nicht? – diskutiert werden soll, dann gehören nicht nur Geschichte, Kultur und Sprache dazu. Zu dieser Identität gehört auch jener schmale Grundkonsens über Menschenwürde und Freiheit, ohne den es keine Vielfalt gäbe. Ein Teil unserer Gesellschaft, herausgefordert durch andere Kulturen, findet sich vornehmlich in dem, was er nicht will und nicht sein möchte. Zu wissen, was man nicht will, führt aber keineswegs zu einem positiven Konsens, und sei er noch so schmal. Wer Identität, wer Patriotismus verteidigt, muss stets die Menschenwürde mitdenken. Solange er das tut, kann er kaum ein Extremist sein. Tut er es nicht, verlässt er den Boden unseres Verfassungsverständnisses. Zugespitzt: Er bürgert sich aus.

Und: Wer zu uns kommt, hat Anspruch auf humanen Respekt. Umgekehrt hat dieses Gemeinwesen aber ebenso einen Anspruch auf Respektierung seiner eigenen wertgebundenen, säkularen Freiheitsordnung.¹¹ Deren Demontage, die Demontage von Pluralität, ist niemandem erlaubt, weder zugewanderten, noch einheimischen Extremisten. Aber es ist auch nicht zu erkennen, dass die Anregung zur Integration in diese Freiheitsordnung eine Zumutung wäre, solange Pluralismus selbst nicht als Zumutung empfunden wird – wie von Fundamentalisten jeglicher Couleur.

- ¹ Angesichts aktueller Auseinandersetzungen ist erleuchtend, dass beim Verfassungskongress „50 Jahre Grundgesetz“ vom 6. bis 8. Mai 1999 Hans Maier schon darauf hinwies, dass, wer auf-geklärten Patriotismus tabuisiere, diesen in die Hände von Extremisten fallen lasse. Hans Maier: „Das Grundgesetz nach 50 Jahren – Versuch einer historischen Würdigung“, in: *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft*, hrsg. v. Bundesministerium des Innern, Opladen 1999, S. 38.
- ² Die 7,4 % für die AfD bei der Landtagswahl in NRW im Mai 2017 wurden fälschlich als Abflachung ihrer Erfolgswelle interpretiert. In Wahrheit war es das höchste Ergebnis in einem westdeutschen Flächenland außerhalb der Hochzeit der Flüchtlingskrise, in der in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gewählt worden war. Dort hätten es übrigens 61 bzw. 72 % der AfD-Wähler für gut befunden, die CSU wählen zu können: ein deutlicher Hinweis auf die Attraktivität wertkonservativer Orientierung für diesen Kreis.
- ³ Dazu die 2016 und 2017 vorgelegten Dresdner (Werner J. Patzelt u. a., Hans Vorländer u. a., Karl-Siebert Rehberg u. a.) und Göttinger (Franz Walter u. a.) Studien, zusammenfassend referiert von Eckhard Jesse: „Phänomen PEGIDA“, in: *Zeitschrift für Politik*, 1/2017, S. 77–88.
- ⁴ Der Begriff erstmals bei Heinrich Oberreuter: „Abgesang auf einen Verfassungstyp? Aktuelle Herausforderungen und Missverständnisse der parlamentarischen Demokratie“, in: *APuZ* B2/1983, S. 19–31.
- ⁵ Eliot Nelson: *The Beltway Bible. A Totally Serious A–Z Guide to Our No-Good, Corrupt, Incompetent, Terrible, Depressing and Sometimes Hilarious Government*, New York 2016.
- ⁶ So sieht etwa der Thüringen-Monitor 2017 in Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa und bei den deutschen Landtagswahlen einen von Bürgern positiv empfundenen Nachweis der Möglichkeit des Wandels politischer Konstellationen, der sich zwar gegen Eliten und herrschende Meinung richtet, aber im Sinne gesteigerter Responsivität und Performanz des Systems wirke und damit für einen „geradezu dramatischen Anstieg der Zustimmungswerte“ der Demokratie verantwortlich sei (S. 102).
- ⁷ Jürgen Kaube: „Die Kanzlerin hat geredet, aber was hat sie gesagt?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.02.2015.
- ⁸ Siehe: „Gegenwind für Richter“, in: *taz*, 20.01.2015.
- ⁹ Kurt Kister: „Gabriel hört den Falschen zu“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.01.2015.
- ¹⁰ Ebd.
- ¹¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert*, München 2007.

Einzigartig

—
Wenn das Besondere zum Maßstab wird

CHRISTINE HENRY-HUTHMACHER

Geboren 1955 in Saarbrücken,
Soziologin, Koordinatorin für
Familien- und Frauenpolitik der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Warum legen Eltern heute so viel Wert auf die Förderung ihres Kindes? Warum haben soziale Medien eine solch große Bedeutung für die Jugendlichen? Wie ist der hohe Anspruch der Generation Y an ihr Leben und an den Beruf zu verstehen?

Was verbindet diese scheinbar unzusammenhängenden Fragen? Gemeinsam ist allen ein veränderter Anspruch an sich selbst, an das Kind, an den Beruf und an das Verhältnis von Beruf und Freizeit. Es sind Symptome eines strukturellen gesellschaftlichen Wandels, der sich vor allem in der Mittelschicht vollzieht. Es ist ein Wandel, getragen von einer neuen, akademisch gebildeten, global orientierten liberalen Mittelschicht – sehr vereinfacht gesagt – vom Kollektiv hin zum Individuum, der sich besonders deutlich in der Erziehung und in den Ansprüchen an Schule und Beruf zeigt. Bereits in der Erziehung und im späteren Bildungsverlauf geht es um eine Optimierung der Profilbildung.

Nicht mehr allein Fleiß, bestandene Prüfungen und Zertifikate garantieren den Erfolg. Vielmehr kommt der Profilbildung bereits in der Erziehung von Kleinkindern eine neue Bedeutung zu. Einzigartigkeit, Originalität, Attraktivität und Unterscheidbarkeit sind nicht nur wichtige Faktoren in der heutigen Kindererziehung, sondern auch essenzielle Faktoren, die nicht nur im Internet die Chance auf soziale und monetäre Anerkennung im späteren Leben verbessern.

Das Kind, seine Talente, Fähigkeiten und Bedürfnisse stehen heute im Mittelpunkt der Familie. Eltern kommt die Aufgabe zu, Potenziale möglichst frühzeitig zu fördern und bis in das Berufsleben hinein zu optimieren. Heutige Erziehung versteht sich nicht mehr als die Vermittlung „regelkonformen“ Verhaltens. Im Gegenteil: Erziehung ist heute eine schwer zu bewältigende Gestaltungsaufgabe geworden, die die Einzigartigkeit des Kindes erkennt und anregt. Das einzelne Kind ist idealerweise von Geburt an in seiner Besonderheit bestmöglich zu fördern. Dabei bestimmen heute Individualität, Selbstbestimmung und Selbstreflexion das Kinderbild und den davon abgeleiteten Erziehungsstil (vgl. Keller, 2015, S. 16 f.).

Der Wandel des Erziehungsstils vom „Befehlshaushalt“ zum „Verhandlungshaushalt“ hat zu einer veränderten Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern auf „Augenhöhe“ beigetragen. Kinder haben heute ein Recht auf eine eigene Kindheit und eine autonome Entwicklung. Nicht mehr die Einordnung in kollektive Strukturen und Gruppen bestimmt den Erziehungsstil, sondern die Selbstentfaltung des Kindes.

ERZIEHUNG – EIN SINGULARISIERUNGSPROGRAMM

In den 1980er-Jahren stand nach allgemein akzeptierten Erziehungsstandards eine Erziehung zu einem sozial kompetenten Menschen im Vordergrund. Zwar ist soziale Kompetenz nach wie vor relevant, doch ist das Erziehungsideal nicht mehr die Anpassung oder Einordnung in die Gruppe, sondern das autonome, selbstmotivierte Kind mit ausgeprägtem Selbstwertgefühl, das auch in seiner Eigensinnigkeit zu fördern ist. Jedes Kind ist ein einzigartiges Ensemble von Begabungen, Potenzialen und Eigenarten, das zu seiner Entfaltung angeregt werden soll. „Die spätmoderne Erziehungspraxis ist ein Singularisierungsprogramm des Kindes. Jedes Kind, so die Überzeugung, ist anders und besonders – und so soll es auch sein“ (Reckwitz 2017, S. 331).

Für die akademische Mittelschicht, die sich seit den 1980er-Jahren herauskristallisiert hat, gelten doppelte Anforderungen an Erziehung: Zum einen geht es um Selbstverwirklichung als Wert an sich, zum anderen um Kompetenzen, die den schulischen und beruflichen Erfolg sichern sollen. Dieses hohe Anforderungsprofil der Eltern an Erziehung und Schule stößt vielfach noch auf ein schulisches System standardisierter Wissensvermittlung

und der Festlegung allgemeingültiger Bildungsstandards. Demgemäß wirkt das Ideal der „Massenbildung“ des vergangenen Jahrhunderts nach: Alle Schüler lernen das Gleiche in gleichem Rhythmus auf gleiche Weise (vgl. Reckwitz, 2017, S. 329 ff.). Doch beginnt sich das Selbstverständnis von Schule zu verändern. Die Schule setzt immer weniger das schulgerechte Kind voraus, sondern begibt sich auf den Weg zur kindgerechten Schule. Die Schule versteht sich nicht mehr als eine untergeordnete Verwaltungsbehörde, die von Lehrplänen vorgegebene Inhalte zu vermitteln hat, sondern als Träger einer besonderen Schulkultur von Lehrenden, Lernenden und Eltern. Als „kreative“ Schule muss sie maßgeschneiderte Möglichkeiten anbieten – von individueller Förderung über Projektlernen bis hin zu Mentoring. Nicht selten überfordern diese anspruchsvollen Lebensziele der akademischen Mittelschicht sowohl Kinder als auch Schulen (vgl. Reckwitz 2017, S. 334).

LEBENSQUALITÄT STATT LEBENSSTANDARD

Heutige Jugendliche präferieren Berufs- und Karrierewege, die maximale individuelle Selbstbestimmung, maximale Zukunftsoptionen und minimale Festlegungen ermöglichen. Diese selbstbewusste und fordernde Generation Y hat nicht nur hohe Erwartungen an den Arbeitsplatz, sondern auch an ihr Privatleben, das sie mit dem Beruf in Einklang bringen möchte (vgl. Hoffmann 2016, S. 19 ff.). Die Mehrzahl der Jugendlichen sieht den Beruf in erster Linie als Möglichkeit der lebenslangen Entwicklung mit hoher intrinsischer Motivation und mit Karrieremöglichkeiten im Lebenszyklus, wobei sich berufliche und persönliche Entwicklungen miteinander verbinden. Arbeit ist für sie mehr als Broterwerb. „Während das industrielle Arbeitssystem auf den Elementen der Qualifikation, Leistung und Stelle/Funktionsrolle beruhte, basiert das postindustrielle Arbeitssystem auf Kriterien von Kompetenz/Potenzial, Profil und Performanz“ (Reckwitz 2017, S. 201). Das Leitbild für diese Jugendlichen ist die hochqualifizierte neue Mittelschicht, die sich vor allem in IT-, Wissens- und Kreativberufen wiederfindet. Kreativität ist Leitbild und Anforderungskatalog der Gesellschaft zugleich. Sie ist ihr Motor und ihr gesellschaftlicher Imperativ.

Die neue Mittelschicht setzt sich aus Hochschulabsolventen zusammen, sie konzentriert sich in urbanen Zentren westlicher Gesellschaften und bietet ein hohes Identifikationspotenzial für die Heranwachsenden. Diese neue Gruppe von Akademikern, die ein Drittel der Gesellschaft ausmacht, forciert einen Wertewandel von der Erfüllung der Normen und Pflichten hin zu Selbstentfaltung und Liberalisierung. Das sich selbst entfaltende Individuum wird zur neuen Leitfigur und verdrängt das sozial angepasste, das unter Konformitätsverdacht gerät. Ein expressives Selbst, das nicht unhinterfragt den Konventionen folgt, ist die Folie der Generation Y (Generation *why?*).

Was diese neue Mittelschicht prägt und für die Generation Y so attraktiv macht, ist die Kultur des Lebensstils und weniger das Einkommen. War das Leitmotiv der Industriegesellschaft das Erreichen eines bestimmten Lebensstandards, so ist es für junge Menschen heute die „Lebensqualität“. Das gute Leben, das zu einer Leitformel dieser Gruppe geworden ist, äußert sich in einem bestimmten Lebensstil. Das reicht von der Kindererziehung über gesundes Essen und aufwendiges Kochen, Sport und Bewegung, Tai-Chi, Qigong, Tango und einen hierarchiefreien, selbstbestimmten Arbeitsstil bis hin zu Reisen jenseits der Touristenpfade, die möglichst authentischen Charakter haben sollten. Dieser Anspruch auf Einzigartigkeit findet sich nicht nur in den sozialen Medien wieder, sondern auch in der Veränderung der Konsumgüter. Während industrielle Güter an Bedeutung verlieren, werden Kreativindustrien zur Speerspitze des Wandels. Ihre Produkte erheben nicht nur den Anspruch auf Einzigartigkeit, sondern vermitteln zudem einen Erlebnis- und Symbolwert, der einen wichtigen Pfeiler der Lebensqualität ausmacht (vgl. Reckwitz, *Die Zeit*, 05.10.2017, S. 42).

Das Leben soll Qualität haben und in all seinen Bestandteilen wertvoll sein. Wertvoll sind das authentisch Erscheinende und das Besondere, das das reizlose Durchschnittliche hinter sich lässt. Diese Authentizitätsperformanz findet im Internet im Kampf um Wertschätzung unter verschärften Bedingungen statt. Angesichts der großen Zahl von Nutzern ist Aufmerksamkeit dort ein knappes Gut. „Nur Sichtbarkeit verspricht hier soziale Anerkennung, während Unsichtbarkeit den digitalen Tod bedeutet“ (Reckwitz 2017, S. 247). Der Zwang zum Besonderen, zur Originalität ist die Folge, sodass sich dieser Lebensstil nicht nur an den Bedürfnissen des eigenen Selbst orientiert, sondern auch am sozialen Prestige. Das ist die paradoxe Struktur einer performativen Selbstverwirklichung: Die Darstellung von Selbstverwirklichung erfolgt vor einem sozialen Publikum unter bestimmten Bewertungskriterien, um von ihm als „attraktives Leben anerkannt zu werden“ (Reckwitz, 2017, S. 305).

„NEUE“ MITTE – „ALTE“ MITTE

Träger des Wandels ist die durch hohe Bildungsabschlüsse entstandene neue Mittelschicht, die in der Wissens- und Kreativökonomie beschäftigt ist und in urbanen Zentren von Berlin bis Seattle lebt. Gemeinsam ist dieser Gruppe, die zu Leitmilieus in den jeweiligen Gesellschaften geworden ist, eine liberale Haltung hinsichtlich Offenheit, Vielfalt, Flexibilität, Gesundheit und Motivation. Dieser neue dominante Liberalismus hat eine wirtschaftsliberale und eine linksliberale Seite, in der es um Persönlichkeitsrechte und Diversität geht. In den beiden Strömungen des Liberalismus geht es um Öffnungsbewegungen: einerseits für Märkte und andererseits für Identitäten. In beiden Strömungen sind Differenzierungen und Wettbewerb grundlegend. Es geht

um bessere Schulen, nicht um gleich gute Schulen. Indem Diskriminierungen aufgehoben werden, erscheinen sexuelle Orientierungen oder verschiedene migrantische Gruppen und Kulturen in ihrer Verschiedenheit als wertvoll (Reckwitz, *Die Zeit*, 05.10.2017, S. 42).

Mit ihrem liberalen, kosmopolitischen Lebensstil und ihrem Anspruch an Selbstverwirklichung und Erfolg setzt die „neue“ die „alte“ Mittelschicht, deren Angehörige keinen Universitätsabschluss haben und die eher in Kleinstädten leben, unter Druck. Dabei handelt es sich weniger um ein Gefühl, materiell nicht mithalten zu können, als vielmehr um kulturelle Entwertungsgefühle. So muss sie erfahren, dass Fleiß, Disziplin und bestandene Prüfungen als wesentliche Garanten des Erfolgs nicht mehr ausreichen. „Einzigartigkeit“ und „Originalität“ erhöhen die Chancen im Wettbewerb um monetäre und soziale Anerkennung. Das Wertegerüst der „alten“ Mittelschicht basiert dagegen auf Mitte und Maß. Damit war etwas Positives, Allumfassendes, Extreme Vermeidendes, Konsensuales gemeint. Es wurde als die allgemein akzeptierte „Normalität“ angesehen. Die „alte“ Mittelschicht versteht sich als Träger der Standards einer Normalität, „in deren Kern die Kultivierung eines ähnlichen materiellen Lebensstandards stand“ (vgl. Reckwitz, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 22.10.2017, S. 46).

„Normalarbeitsverhältnisse“, „Normalbiographien“ oder auch Volksparteien sind Ausdruck einer Zeit, die in der Industriegesellschaft durch Standardisierung, Formalisierung und Standards der Normalität vorgeprägt waren. Diese normbildende Gleichheit fand ihren Niederschlag im Wohlfahrtsstaat, in Massenmedien oder der Fernsehkultur. In Zeiten der Verschiedenheit, der *Diversity* und des Besonderen verlieren Mitte und Maß ihre positive Bedeutung und laufen Gefahr, zum Mittelmaß, zum Durchschnittlichen abqualifiziert zu werden. Damit gerät die „alte“ Mittelschicht, die stärker auf verbindliche kollektive Werte und Standards setzt, in eine kulturelle Defensive. Der Rechtspopulismus ist auch eine Reaktion auf die kulturelle Entwertung der „alten“ Mittelschicht (vgl. Reckwitz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.10.2017, S. 46).

SUCHE NACH POLITISCHEN ANTWORTEN

Auf die Öffnung der neuen, akademisch gebildeten und kosmopolitisch ausgerichteten Mittelschicht hinsichtlich Geschlechternormen, Lebensstilen, individueller Identitäten und Konsumgüter reagieren die Verlierer dieser Entwicklung, die eine kulturelle Entwertung erfahren, mit Schließungstendenzen. Parallel zur kulturellen Öffnung, in deren Mittelpunkt eine Pluralisierung der Lebensformen steht, finden gesellschaftliche Gegenströmungen statt. Das Spektrum reicht vom Erstarken ethnischer und religiöser Partikularinteressen über Neo-Nationalismus bis hin zu Tendenzen des religiösen

Fundamentalismus. Es handelt sich zum Teil um gesellschaftliche Gruppierungen, die der Überbetonung pluraler Werte Grenzen setzen wollen, weil sie darin eine Gefährdung von Gemeinwohlinteressen und Zusammenhalt befürchten. Es ist der Versuch, durch das Festhalten an der kollektiven Identität des „Traditionellen“, des „Heimischen“ einer Abwertung zum „Provinziellen“ und „Konformen“ etwas entgegenzusetzen.

Die politische Herausforderung besteht heute weniger als noch vor zehn Jahren in Verteilungsfragen als vielmehr in der zunehmenden Bedeutung kultureller Fragen. Das macht es für die Politik keineswegs leichter. Im Gegenteil: Die verstärkte Ausdifferenzierung der Gesellschaft spiegelt sich deutlich im Parteiensystem wider. Aus dem Drei-Parteien-System der Nachkriegszeit ist ein Sechs-Parteien-System geworden, das zu neuen politischen Bündnissen und Abgrenzungen zwingt.

Die künftige Frage wird sein, was Politik den erstarkenden (kulturellen) Partikularismen und dem Verlust allgemein verbindlicher Werte und Standards entgegensetzen kann. „Ist es nicht nötig, bei der Vielzahl unterschiedlicher kultureller Communitys kulturelle Mindestregeln für alle verbindlich zu machen?“ (Reckwitz, *Die Zeit*, 05.10.2017, S. 42).

Was heißt ein „neues Austarieren des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen“? Die Aufgabe wäre, „in einer globalisierten Welt den Pluralismus mit den Bedürfnissen nach Beständigkeit zu versöhnen. Dabei geht es nicht unbedingt um klassische Geschlechterrollen, homophobe Ressentiments oder gar Fremdenfeindlichkeit. Aber um Kalkulierbarkeit und traditionsfähige Identitätsangebote geht es sehr wohl“ (Nassehi, *Der Spiegel*, 05.12.2017, S. 144).

Literatur

Hoffmann, Elisabeth: „Generation Y & Z. Die, die Elterträume wahr machen“, in: *Wissenschaft und Praxis*, 2016, S. 18–21.

Hurrelmann, Klaus: *Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert*, Weinheim 2016.

Keller, Heidi: „Multikulturelle Kinderbilder in Deutschland“, in: Christine Henry-Huthmacher, Elisabeth Hoffmann (Hrsg.): *Das selbstständige Kind*, Sankt Augustin / Berlin 2015, S. 15–18.

Nassehi, Armin: „Arithmetik oder Algebra“, in: *Der Spiegel*, 09.12.2017, S. 144.

Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin 2017.

Reckwitz, Andreas: „Die alte und neue Mittelschicht“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 42, 22.10.2017, S. 46.

Reckwitz, Andreas: „Wir Einzigartigen“, in: *Die Zeit*, Nr. 41, 05.10.2017, S. 42.

Ohnmacht und Trotz

—
Gegen-Demokratie fordert die repräsentative Demokratie heraus

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Geboren 1952 in Krefeld, seit 2009 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. rer. pol., apl. Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Pierre Rosanvallon: *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Hamburger Edition, Hamburg 2017, 317 Seiten, 35,00 Euro.

Allenthalben herrscht Misstrauen gegenüber der parlamentarischen repräsentativen Demokratie. Bürger haben das Vertrauen in ihre staatlichen Institutionen und deren Führungseliten verloren, üben Wahlenthaltung, wenden sich anscheinend von der Politik ab. Auguren beschwören den „Niedergang des Politischen“, konstatieren wachsenden Verlust der Kultur demokratischer Mentalität und suchen Erklärungen in Strukturfehlern des parlamentarischen Regierungssystems.

Gesellschaftliche Bedürfnisse stehen in Kontrast zu dem Stabilitätsversprechen, das ihnen Politiker in repräsentativen Demokratien geben. Stattdessen verfolgen Teile der politischen und gesellschaftlichen Elite Partikular- und Individualinteressen, gepaart mit Korruption und Rechtsverstößen, die Misstrauensvorbehalte gegenüber Machthabern verstärken. Vor dem Hintergrund dieser Befindlichkeitsanalyse fragt Pierre Rosanvallon, Ordinarier für Neuere und Neueste politische Geschichte am Collège de France, nach den wirklichen Gründen. Seine Antwort: Ausschlaggebend ist die sich wandelnde Verfasstheit westlicher Demokratien.

SCHWINDENDES VERTRAUEN

Zunächst wendet sich der Autor gegen den „Mythos vom passiven Bürger“. Willensbekundungen kämen zwar in Wahlen, doch ebenso in Streiks, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen oder in Internetforen zum Ausdruck. Daher müsse man zwischen „Mitwirkungsdemokratie“ und „Interventionsdemokratie“ unterscheiden. Nicht die Passivität des Citoyens sei das Problem moderner Demokratien, sondern sein mangelndes Verständnis nationaler und globaler Wirkungsmechanismen und Gemeinsamkeiten, das Zivilgesellschaft und politische Institutionen auseinanderdriften lasse. Theoretisch fundiert untersucht er, wie Vertrauensverlust und Misstrauen bei den Bürgern in Enttäuschung umschlagen und eine Transformation der Demokratie auslösen. Das Ergebnis ist eine „Gegen-Demokratie“, die drei Entwicklungen umfasst.

Erstens entstehen verstärkt Überwachungstendenzen seitens der Bürger, um die von ihnen gewählten Repräsentanten zu zwingen, ihren Aufgaben nachzukommen. Wenn die Wähler den Eindruck haben, dass ihre Interessen nicht mehr vertreten werden, so führte dies schon zu Zeiten der Französischen Revolution zur repräsentativen Entropie, nämlich zu einem Informationsverlust im Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten, verbunden mit mehr Überwachung, Denunziation und Benotungen durch den Wähler. Daraus, so folgert Rosanvallon, entstehe eine Oppositionshaltung, eine „Gegenpolitik“.

Politik aber bedarf einer gewissen Kohärenz und steht im Spannungsverhältnis zur Skepsis, die ein Wesenselement der repräsentativen Demokratie darstellt. Denn jedes Mandat des Wählers ist ein Vertrauensvorschuss auf künftiges Handeln, das an die Erwartungshaltung zur Einlösung gebunden ist. Geschieht dies ungenügend oder gar nicht, wachsen Misstrauen und Widerstand. Funktioniert die institutionelle Opposition nur unzureichend, übernimmt die Gesellschaft die Überwachung der Macht. Historisch betrachtet, handelt es sich um altbekannte Phänomene. Sobald staatliches Handeln in eine Schiefelage gerät, steigt die öffentliche Wachsamkeit, und neue Formen sozialer Aufmerksamkeit bahnen sich den Weg. Dem wirken Einfachheit, Klarheit und Transparenz entgegen, die im Zeitalter medialer Omnipräsenz Kardinaltugenden sind.

Zweitens kommen verschärfte Sanktions- und Präventionsmechanismen zur Anwendung. Je mehr der Bürger den Mandatsträgern misstraut, desto größer ist seine Bereitschaft, deren Entscheidungen mittels Verhinderungsrechten in Form von Veto- und Blockademaßnahmen und

medienwirksamen Protesten zu konterkarieren. Spannungen infolge nicht eingelöster Versprechen und nicht mehrheitsfähiger Beschlüsse erzeugen Gegenwehr und produzieren eine negative Demokratie. Mängel aufzudecken und zu skandalisieren, ist die moderne Variante der Denunziation. Es geht darum, die Reputation des Politikers, das höchste Gütesiegel in der Meinungsdemokratie, zu beschädigen und sein Vertrauensverhältnis zum Wähler zu beeinträchtigen. Parteien wirken hier bedingt disziplinarisch und ausgleichend, solange es ihnen gelingt, das Verhalten ihrer Repräsentanten zu korrigieren. Tatsächlich aber wird die gesellschaftlich definierte Norm zur Richtschnur des Handelns und Manifestation des Volkswillens.

GEGENSPIELER DER DEMOKRATIE

Zunehmend wird staatliches Agieren und Verwalten an Qualitäts- und Effizienzstandards gemessen, die durch den Rückgriff auf Fachinformationen, die die neuen Kommunikationstechnologien bereitstellen, eine vermehrte Kontrolle und erhöhte Wachsamkeit der Bürger ermöglichen und somit neuen sozialen Aktivismus hervorrufen. Das Internet hat nicht zu mehr basisdemokratischen Elementen im Kontext der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie geführt. Es hat aber die Überwachungs- und Aufsichtsfunktionen gestärkt. Alles und jedes unterliegt gesellschaftlicher Observanz und Bewertung, schafft neue Indizes, nach denen sich die Politik zu richten hat. Vermeintlich oder wirklich unabhängige Einrichtungen, selbsternann-

te und nicht demokratisch legitimierte Akteure nehmen sich dieser Aufgabe an und werden zum Bestandteil der „Gegen-Demokratie“, zum Gegenspieler konstitutiver staatlicher Demokratie.

Eigentlich ist dieser Dualismus demokratieimmanent. Repräsentative Wahlfunktionen und Kontrollaufgaben gehören zusammen. Doch ist der Versuch, sanktionsfähige Kontrollbefugnisse parlamentarisch-institutionell stärker zu verankern, nur begrenzt durchgesetzt worden. Weithin wird die bedingte Wirksamkeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse beklagt. Ebenso vermögen erprobte Instrumente wie die Abwahl oder die Abberufung von Repräsentanten und das imperative Mandat kaum, die Distanz zu verringern. Historische Beispiele belegen dies.

Die repräsentative Demokratie wird mittlerweile von verschiedensten, nicht legitimierten Instanzen kontrolliert und herausgefordert, die keinen sozial produzierten, von dem Willen einer Mehrheit getragenen Konsens aufweisen. Dazu gehören vornehmlich Journalisten. Sie konkurrieren mit den gewählten Repräsentanten, formulieren Erwartungshaltungen der Gesellschaft und klagen an, ohne dazu eine repräsentative Legitimität zu besitzen. Als Grundlage dienen ihnen die Pressefreiheit, der Verweis auf ihre Unabhängigkeit und der Anspruch, dem Empfinden eines Teils der Gesellschaft Nachdruck zu verleihen. Außerdem existieren Moralinstanzen wie religiöse Institutionen oder karitative Einrichtungen, die auf der Basis universell anerkannter Werte operieren. Sie alle kreieren neben der repräsentativen Demokratie neue Arten von Legitimität, die sich in Konkurrenz und Konflikt befinden, weil auch sie einen

Teil der Souveränität des Volkes verkörpern. Diese „negative Politisierung“ zeigt sich auch in der Nichtbeteiligung an Wahlen.

AUF DEM WEG ZUR BESCHULDIGUNGSDEMOKRATIE

Die Wahrnehmung des Rechts auf Verhinderung, auf Widerstand, auf Gegenwehr, auf Opposition nimmt gesellschaftlich zu, je weniger es den staatlich-konstitutionellen Instanzen gelingt, widerstrebende Meinungen im politischen Willensbildungsprozess aufzufangen. Üblicherweise erfüllen in westlichen Demokratien die Parteien diese Funktion. Ihren Vertrauensverlust erklärt Rosanvallon damit, dass sie zunehmend disparate und komplexe gesellschaftliche Interessen und Forderungen bündeln und konsensfähig artikulieren müssen, was ihnen nur teilweise gelingt. Methoden negativer Politik erstarben auch deshalb, weil sie dem Bürger erfolgreicher zu sein scheinen. Denn die Absicht, eine Regierungsmaßnahme zu vereiteln, wird leichter erreicht, als positives Regierungshandeln in Gestalt eines Gesetzes zu beeinflussen, das erst nach vielfältigen Kompromissen in Kraft gesetzt werden kann. In beiden Fällen ist eine zunehmende „Verrechtlichung des Politischen“ die Folge.

Drittens verlangt das Volk zunehmend nach Richtern. Vorgänge werden immer häufiger an Gerichte übergeben, um sie überprüfen und darüber entscheiden zu lassen. Je größer das Misstrauen, desto stärker die Forderung nach präziser Einhaltung der Rechenschaftspflicht und desto geringer die Tendenz aufseiten der Regierenden, im Vorhinein gesellschaft-

lichen Erwartungshaltungen zu entsprechen. Das hat die Konsequenz: In Demokratien finden weniger Auseinandersetzungen um Sachfragen, dafür aber mehr Schuldzuweisungen statt. Die repräsentative Konkurrenzdemokratie, deren markantes Merkmal der Streit zwischen Parteien um Ideen und Programme, also Inhalte, ist, mutiert allmählich zu einer „Beschuldigungsdemokratie“. Intransparente Entscheidungsprozesse tragen dazu genauso bei wie einzelne gesellschaftliche Gruppen, die sich insgeheim unrechtmäßig Vorteile verschaffen, wie auch der Verlust traditioneller Werte in der postindustriellen, global-digitalen Gesellschaft. Der Bürger ist auf der Suche nach Haftung und wendet sich, enttäuscht von der Politik, die er legitimiert hat, an die Rechtsprechung, die den politischen Disput beenden, Normsetzung betreiben oder Sanktionen für politische Fehlentwicklungen verhängen soll.

EINFALLSTOR FÜR POPULISTEN

Somit schwanken die Wähler zwischen Trotzreaktionen in Form verstärkten Bürgerengagements und Ohnmachtsgefühlen ob ihrer beschränkten Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Letzteres öffnet in der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie den Populisten Tür und Tor. Sie gaukeln einen einheitlichen Volkswillen vor und bringen Volk und Elite gegeneinander auf. Dieses Vorgehen hat historische Vorbilder für totalitäre Entwicklungen, ist jedoch ebenso ein aktuelles Indiz für die Krise der repräsentativen Demokratie. Populisten bedienen sich der Mittel der „Gegen-Demokratie“, indem sie

mehr Kontrolle und Wachsamkeit versprechen, negative Demokratie schüren und „Politik als Urteil“ anmahnen, um alles Fremde mithilfe der Justiz zu verfolgen, zu bestrafen und zu stigmatisieren. So gesehen, ist Populismus die Speerspitze der Anti-Politik.

Rosanvallon beschreibt die heutige Demokratie als Mischsystem aus repräsentativer Demokratie und zu konsolidierender „Gegen-Demokratie“, weil ihre Schattenseite, nämlich in letzter Konsequenz „das Unpolitische“ zu fördern, nur pluralistisch auf allen staatlichen und ge-

sellschaftlichen Ebenen überwunden werden könne. Dazu bedürfe es größerer zivilgesellschaftlicher Anstrengungen, sich in politische Belange einzumischen und Demokratie mitzugestalten. Zumal die Bürger die Institutionen repräsentativer Demokratie noch stark in nationalstaatlichen Denkkategorien bewerten würden, während die Realität längst transnationale Räume geschaffen habe und dort Regierungsmacht weitläufig verstreut sei. Hier liegt eine empirische Demokratieuntersuchung vor, die ohne Zweifel das Prädikat „lesenswert“ verdient.

Zwischen Hyper- und Antimoralismus

—
Über das rechte Maß in der öffentlichen Debatte

JULIANE SCHÄUBLE

Geboren 1976 in Offenburg,
Ressortleiterin Politik,
„Der Tagesspiegel“.

Ruhig, Deutschland, ruhig. Immer wieder ist man in Debatten dieser Tage versucht, das auszurufen. Wenn die Emotionen hochkochen, immer höher und höher, und die Vernunft überflutet wird.

Wenn sachliche Argumente nicht mehr zählen, sondern die Gefühle die Macht übernehmen. Wenn sich der Streit selbst im Familien- und Freundeskreis sekundenschnell entzündet und sich nicht löschen lässt, über Stunden nicht, und manchmal auch überhaupt nicht mehr. Was ist los in Deutschland, in unseren Parlamenten, Talkshows, Wohnzimmern? Wo ist der kleinste gemeinsame Nenner, der demokratische Konsens, auf den sich möglichst viele verständigen können?

Auf der einen Seite erleben wir derzeit einen Aufstand des Unanständigen. So ist es in manchen Kreisen auf einmal wieder in Ordnung, politisch unkorrekt zu formulieren, bewusst zu beleidigen, andere niederzuschreiben, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber längst nicht nur sie, im Wahlkampf

erleben musste. Endlich darf wieder öffentlich ausgesprochen werden, was Tabu so lange untersagten und nur den Stammtischen vorbehalten war. In den Vereinigten Staaten von Amerika regiert mit Donald Trump ein Präsident, der trotz solch eines ungehörigen Verhaltens die Wahl gewonnen hat, oder vielleicht sogar gerade deswegen.

Auf der anderen Seite herrscht ein zunehmender Moralismus, und er herrscht rigoros. Er kennt keinen Ausgleich, kein Abwägen, keine Milde, er ist ja per se richtig und gerecht. Wer sich in moralischen Fragen überlegen fühlt, schaut gern herab auf „die anderen“, „die Unbelehrbaren“, die Ewiggestrigen. Der Herrscherstab des Moralismus ist der Zeigefinger, sein Machtmittel die Verachtung, seine Krone der Heiligenschein. Wer auf der „richtigen“ Seite steht, fühlt sich so gut, dass er die anderen gar nicht zu sich herüberholen, sie überzeugen muss. Sie sind es ja nicht wert. Für den Moralisten heiligt der Zweck die Mittel. Hinterfragen der eigenen Positionen und Selbstzweifel haben da wenig Raum. Wenn die Umstände nicht so sind, wie sie sein sollten, ist der Weg zur Selbstjustiz nicht weit. Wie bei den Aktionen des „Zentrums für Politische Schönheit“ gegen den AfD-Politiker Björn Höcke. Die Rechtfertigung der Aktivisten klingt verständlich: Höcke hat es verdient, treibt er doch ein gefährliches Spiel mit der Erinnerung an den schwärzesten Teil der deutschen Geschichte. Aber ihn via „zivilgesellschaftlichen Verfassungsschutz“ auszuspionieren, erinnert an Bürgerwehren, die die Guten vor den Bösen beschützen wollen, wo der Staat vermeintlich versagt.

EMPATHIE STATT MORAL

Hängt die eine Entwicklung mit der anderen zusammen? Vielleicht weil auch auf der vermeintlich gerechten Seite das rechte Maß verloren gegangen ist? So manches spricht dafür.

Zur Klarstellung: Es geht nicht darum, Moral an sich abzulehnen oder Antimoralismus zu rechtfertigen, im Gegenteil. Aber die Suche nach zugrunde liegenden Mechanismen, nach Wechselwirkungen hilft, bestimmte Entwicklungen besser zu verstehen und sie vielleicht zu entschärfen. Es geht um Moral als Machtinstrument. Um die Moralkeule, die die Argumente der anderen Seite hinwegfegt in ihrem heiligen Furor; die Diskussionen abwürgt oder bereits verhindert, die uns verachten statt verstehen lässt – genauso, wie es die tun, die mit „anständigem Verhalten“ nichts mehr anfangen können beziehungsweise wollen.

Für eine funktionierende Gesellschaft braucht es Verständnis oder zumindest Aufmerksamkeit. Für die Menschen, die es schwer haben, für die, die Angst haben, berechtigt oder unberechtigt. Es braucht: Empathie. Empathie hilft, die Schwächen der anderen akzeptieren zu können. Sie gibt dem Gegenüber das Gefühl, dass er etwas wert ist, auch wenn er andere Werte vertritt.

Empathie ist da leise, wo Moral Gefahr läuft, zu laut zu werden. Empathie ist auch: leben lassen. Andersartigkeit akzeptieren, auch im Denken.

Denn es ist doch so: Scheinbar unverrückbare moralische Standards können sich ändern. Was in den 1950er-Jahren als anständiges Verhalten, als moralisch einzig richtig empfunden und vom Einzelnen verbindlich erwartet wurde, muss es heute nicht mehr sein. Nicht immer geht diese Entwicklung nur in eine Richtung – wie vor Kurzem die Löschung eines alten Magazin-covers beim Fotodienst Instagram vor Augen geführt hat, weil es nackte Brüste zeigt. Niemand sollte sich also zu sicher sein, dass seine Auffassung von Moral die einzige ist, und schon gar nicht die einzig wahre.

GROSSE GEFÜHLE – GROSSE WIRKUNG

Wer sich das klarmacht, kann eigentlich nicht anders, als demütiger zu sein, zu versuchen, den anderen in seiner Andersartigkeit zu verstehen und ihn nicht gleich zu verurteilen. Denn wer weiß: Vielleicht befindet man sich gerade selbst auf der falschen Seite – und weiß es erst in der Rückschau? Wer das versteht, kann den Kompromiss suchen, der naturgemäß nicht voll und ganz die eigenen Positionen abdeckt – sonst wäre es ja kein Kompromiss, sondern eine Vereinnahmung. Der kann, ganz einfach, die goldene Mitte suchen.

Der Münchner Philosoph Alexander Grau hat sich des Phänomens gerade angenommen. In seinem Buch *Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung* beschreibt er eine zunehmende Moralisierung unserer Lebensbereiche, der individuellen (Ernährung, Rauchen) und der übergreifenden (Klimawandel, Außenpolitik). Aber auch das ist keine ganz neue Entwicklung: Grau bezieht sich ausdrücklich auf den Sozialphilosophen Arnold Gehlen, der das Phänomen der Hypermoral Ende der 1960er-Jahre bereits beschrieben hat – unter dem Begriff „Humanitarismus“. Demnach werden sachliche Debatten bewusst emotional aufgeheizt, um Menschen mit anderer Meinung durch „moralisch hochgeschraubte Argumente mundtot“ zu machen. Ein Denken in bestimmte Richtungen wird somit von vornherein ausgeschlossen.

Knapp vierzig Jahre später wirken die Medien – klassische genauso wie die sogenannten „sozialen“ – wie ein Verstärker, manchmal auch unvermeidbar. So beschreibt Grau, wie etwa derjenige, der in politischen Talkshows emotional und moralisch argumentiert, umso sympathischer wirkt, und derjenige, der sachliche, nüchterne Argumente bemüht, eher als kühl wahrgenommen wird. Eine Erkenntnis, die die politisch Handelnden längst erreicht hat – einen „Shitstorm“ wird wohl jeder und jede von ihnen schon erlebt haben.

Als die Kanzlerin in einem Bürgerdialog vor zwei Jahren dem palästinensischen „Flüchtlingsmädchen“ Reem erklärte, dass es wohl nicht in Deutschland bleiben dürfe und dieses in Tränen ausbrach, war der mediale Aufschrei groß: herzlose Merkel, hieß es überall. Dabei hatte sie nichts anderes

getan, als die geltende Rechtslage zu beschreiben. Besonders sympathisch war das vielleicht nicht, aber: Wollen wir wirklich, dass unsere Regierenden Bauch-über Sachentscheidungen stellen? Ob Merkels Entscheidung wenige Monate später, in Ungarn festsitzende syrische Flüchtlinge nach Deutschland reisen zu lassen, auch eine Folge dieses Erlebnisses war, weiß nur sie selbst.

GEFAHREN DER MORALISIERUNG

Zur Herrschaft des Moralismus gehört auch, dass ganze Gruppen vom Diskurs ausgeschlossen werden, wenn sich ihre Argumentation außerhalb des angeblich „demokratischen Konsenses“ befindet. Gut zu beobachten war das auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsdebatte, als der Satz „Wir können die Menschen doch nicht ertrinken lassen“ alle Zweifler an einer Politik der offenen Grenzen diskreditieren konnte. Wer an die Moral appelliert, macht sein Anliegen, sein Argument groß – und läuft Gefahr, es zu überhöhen. „Wir können die Menschen doch nicht ertrinken lassen“ bedeutet dann eigentlich: Wir müssen allen helfen, wir sind im Grunde für alle Menschen verantwortlich.

Was daraus konkret für eine vor allem der eigenen Bevölkerung verpflichtete Regierung folgen soll, bleibt offen. Der Umkehrschluss, es müsse einen gar nichts angehen, kann dann schnell die Antwort sein auf die Überforderung, sich für alle moralisch zuständig fühlen zu müssen. Wer auf dem emotionalen Höhepunkt der Debatte mit Blick auf die nicht unendlich belastbare Gesellschaft eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen forderte, lief Gefahr, in die rechte Ecke gestellt zu werden. Das wiederum trieb den rechten Rattenfängern erst recht Wähler zu.

Nicht jedem hierzulande geht es materiell so gut, dass er sich sorgenfrei um Fremde sorgen will und kann. Zumindest darf das nicht von jedem erwartet werden. Wer nicht weiß, wie er (beziehungsweise häufiger sie) alleinerziehend die Klassenfahrt der Kinder finanzieren soll, wer Angst hat vor jeder Monatsabrechnung, vor dem Zahnarztbesuch, weil die Zuzahlung steigt und steigt, der hat nicht automatisch die Kapazität, sich noch für andere verantwortlich zu fühlen. Das ist moralisch nicht besonders großartig, aber eben auch nicht verwerflich.

Stéphane Hessel hat mit seinem Essay *Empört Euch!* vor sieben Jahren einen Bestseller hingelegt. Verwundern muss der Erfolg nicht, viele der Missstände, die der Franzose anprangert, sind ja wirklich welche. Kritik an hemmungslosem Kapitalismus und wachsender Ungleichheit hat genauso ihre Berechtigung wie das Eintreten gegen Wettrüsten und für Frieden. Aber auch die gerechteste Empörung lässt irgendwann nach. Und dann müssen Handlungen folgen, mit denen möglichst viele Menschen leben können. Als Voraussetzung dafür braucht es dringend moralische Abrüstung. Nur so lässt sich der demokratische Konsens tatsächlich finden.

Wider die Entfremdung des Einzelnen

Überlegungen zur Politik einer zeitgemäßen Ansprache

CHRISTIAN SCHÜLE

Geboren 1970 in Friedrichshafen am Bodensee, freier Schriftsteller und Publizist sowie Lehrbeauftragter für Kulturwissenschaft an der Universität der Künste Berlin.

Deutschland in den vergangenen drei Jahren, ein Schnappschuss: Auf Sachsens Plätzen tauchen Galgen auf, reserviert für die Kanzlerin und den Vizekanzler. „Wir sind das Volk“, schallt es wörtlich von Pegida aus Dresden; „Wir sind das Volk“, ruft es im übertragenen

Sinne gegen Pegida von überallher. Empört schreien die einen „Lügenpresse“, die anderen „Rassismus“. Die Bundeszentrale für politische Bildung warnt: In deutschen Städten erstarken „antidemokratische Tendenzen“.

Umfragen zufolge haben zwei Drittel aller Bundesbürger Zweifel an der Demokratie; nur noch knapp vierzig Prozent schenken den Regierenden ihr Vertrauen. Ein Fünftel der Befragten fordert eine Revolution. Jeder dritte Deutsche geht nicht zur Wahl – aus Missfallen am System oder aus Frust und Enttäuschung über eine Politik, die ohnehin mache, was sie wolle. Politologen

fordern die Abschaffung des Wahlrechts für alle, Intellektuelle rufen zu Wahlboykott auf. Immer sicht- und hörbarer wird der Protest an der Graswurzel, immer machtvoller organisiert sich bürgerschaftlicher Anti-Aktivismus an der Basis. Ist etwas faul im Staate Deutschland?

Die Erwartungen des Einzelnen an die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie haben sich in den vergangenen Jahren ebenso stark verändert, wie Paradoxien in unsere Lebenswelt eingezogen sind. Die einen fordern die Politik auf, sie vor den Zumutungen globalisierter Ökonomie abzuschirmen und sicher an die Hand zu nehmen; die anderen wollen dagegen direkteren Einfluss auf die Politik und ihre Entscheidungen. Dritte wiederum verlangen, die Politik solle schneller handeln, als es eine zur Langsamkeit gezwungene Demokratie vermag. In Zeiten, in denen fortgesetzt von gesellschaftlicher Spaltung, Post-Demokratie und Populismus die Rede ist, lässt sich eine Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten feststellen. Das hat zumindest vier Gründe.

FAKTOREN DER ENTFREMDUNG

1. *Das Selbstwirksamkeitsdefizit:* Das zeitgenössische Individuum hat sich zu einem individualistischen ICH radikalisiert, das seinen Wert in steter Konkurrenz zu den anderen erarbeiten muss. Vom sozioökonomischen System der Kosten-Nutzen-Rationalität zu permanenter Optimierung erzogen, kann der einzelne Bürger als individueller Demokrat hingegen so gut wie nichts selbst und direkt bewirken. Er fühlt sich praktisch nicht gebraucht – und wird es tatsächlich nur theoretisch: als Inkarnation des fiktiven Wählerwillens. Ergebnis der Überfrachtung durch extreme Erwartungen ist die zwangsläufige Enttäuschung, wenn am Ende ein aus seiner Sicht billiger Kompromiss steht. Das Unbehagen an seiner so verhinderten Selbstwirksamkeit befördert womöglich die moralische Verachtung jener Mitbürger, die sich als Politiker für ihn engagieren. Demokratiemüdigkeit liegt ironischerweise in jener Tugend begründet, die eine gesunde Demokratie ja gerade hervorbringt: im Selbstbewusstsein ihrer Bürger und in der diffusen Unzufriedenheit hinsichtlich der eigenen Wirkmächtigkeit.
2. *Das Selbstwertdefizit:* Das Volumen des Wissens wächst ständig und damit auch die Komplexität der Sachverhalte; mit beidem nimmt die Unsicherheit, Orientierungs- und Geborgenheitsbedürftigkeit zu. Der Einzelne fühlt sich unkontrollierbaren Prozessen ausgeliefert, der Schutzzusammenhang durch ideologische Milieus ist weitgehend zerfallen. Das Prinzip Kurzfristigkeit überlagert den Sinn für Nachhaltigkeit, der Einzelne ist zur permanenten Mobilität gezwungen, sein relativer Wohlstand geht einher mit einer immerwährenden Verlustangst. Wer ohne Orientierung stetig auf sich selbst gestellt ist, hat das Gefühl, permanent alleingelassen zu werden.

Er vereinsamt in Gesellschaft. Der Selbstwert ist dann auch ein Kohärenzverlust: der Verlust des Urvertrauens, dass das eigene Handeln Sinn ergibt, dass der Einzelne einen sichtbaren und sicheren Platz in einer so unübersichtlich gewordenen, unsicheren Welt hat.

3. *Das Zeitdefizit:* In den vergangenen zwanzig Jahren ist der Druck innerhalb des kapitalistischen Systems ebenso gestiegen wie dessen Produktivitätsrate. Zeit zur Abwägung bleibt kaum; Zeit zur eigenen Gestaltung und Verfügung fehlt. Auch der politische Entscheidungsprozess findet unter immer größerer Zeitverdichtung und in stets höherem Tempo statt, ohne sich selbst ausreichend übersetzen und vermitteln zu können. Je weniger Zeit der Zeitgenosse aber zur Eroberung seiner Lebenswelt mittels Wissen und Kenntnis hat, je weniger Fakten, Details und valide Information er kennt, desto weniger engagiert er sich, weil morgen bereits wieder überholt ist, was heute auf der Agenda steht. Er resigniert, arrangiert, verweigert oder radikalisiert sich, weil es scheinbar nichts zu gewinnen gibt. Der innere Imperativ zur sozialen Verantwortung verstummt.
4. *Das Loyalitätsdefizit:* Die Deutschen haben sich Loyalität gegenüber dem Staat über die letzten Jahrzehnte hinweg gründlich aberzogen. Die Diskreditierung patriotischer Gesinnungen als quasi-nationalistisch hat das zentrale Anliegen der bürgerlich-humanistischen Tradition geschliffen: dass jede freie Regierungsform der starken Identifikation vonseiten ihrer Bürger bedarf. Patriotismus aber hat mit Nationalismus nichts zu tun. Um es mit dem französischen Schriftsteller und Diplomaten Romain Gary zu sagen: Patriotismus ist die Liebe zu den Seinen, Nationalismus der Hass auf die anderen. Die Idee einer liberalen Demokratie allerdings ist wesentlich auf die Partizipationswilligkeit, zivile Loyalität und Solidarität ihrer Bürger angewiesen.

VERSTÄNDLICHE KOMMUNIKATION WIDER DIE EMPÖRUNG

Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst weder schaffen noch garantieren kann. Ihr wichtigstes Organ ist immer zugleich ihr labilstes: das Individuum. Es ist die Schwachstelle eines Systems, das wie kein anderes Individualität fördert und dafür Verantwortung fordert. Individuelle Beteiligung kann man nicht erzwingen, man kann sie nur vorbereiten und anreizen. Aber wie? Es gibt heute keine kohärente, für alle gültige, allgemein verbindlich anerkannte Beschreibung der sozialen Wirklichkeit mehr. Die kommunikative Rationalität des Individuums als ideale Grundlage eines vernunftgeleiteten Diskurses kann nicht mehr per se vorausgesetzt werden; zunehmend erleben wir eine Emotionalisierung des Politischen mittels Empörungsmanagement. Wer jenseits von Weltbürgergesellschaft und nationalkonservativer Sehnsuchtsbefriedigung ein bindendes Narrativ, ein möglichst alle einendes Epos als unabdingbar ansieht,

muss zur Therapie der vier skizzierten Defizite eine direkte Ansprache des verunsicherten und vereinsamten Zeitgenossen finden. Gute Politik wird künftig in der Konvertibilität ihrer Kommunikation bestehen.

Bürgerversammlungen und -sprechstunden sind das eine, Schülerparlamente und Volksentscheide das andere. Was aber wäre von einem Ministerium für Kommunikation zu halten? Politikvermittlung heißt ja, über die ungeheure Komplexität des Faktischen aufzuklären, Bezüge und Abhängigkeiten sichtbar zu machen, durch das Verstehen von Umständen Verständnis für Vorgänge zu wecken. Die Aufgabe künftiger Kommunikationspolitik könnte etwa in wöchentlichen „Reden an den Bürger“ bestehen, die als Podcast und Streaming-Clips in der Ministeriums-Mediathek unbegrenzt abrufbar sind. Minister müssten Gesetzesentwürfe erklären, die Regierung ihre Entscheidungen nachvollziehbar darstellen, Abgeordnete Argumente anbieten – in pointierter Kürze, direkt und positiv formuliert zum Nutzen für jeden Einzelnen.

Die pädagogische und intellektuelle Aufgabe könnte darin bestehen, am Ideal des aktiven Staatsbürgers zu arbeiten, um die Substanz des Demokratischen durch kulturelle Reproduktion zu wahren. Einiges deutet ja darauf hin, dass das Sozialverhalten der Bürger von morgen stärker auf den Zusammenhalt kleinerer Gemeinschaften ausgerichtet ist. Kooperativen, Nachbarschaftsnetzwerke, Kommunalquartiere sowie Zukunftsräte auf lokaler und regionaler Ebene sind Beispiele für Gemeinschaften, die eine neue Form und Vielfalt von Solidarität etablieren könnten.

WEIL JEDER ES WERT IST!

Kommunikation muss erlernt werden. Das setzt frühkindliche Erziehung voraus, Talentförderung durch Mentoren im Jugendbereich, Schülerstipendien und Bildungspartnerschaften. Förderung ist eine besondere Form der Ansprache und vermittelt dem Einzelnen das Gefühl und die Gewissheit, gewollt zu sein, gebraucht zu werden, es wert zu sein. Jedem Kind – einerlei, welcher Herkunft – muss die gleiche Chance ermöglicht werden, die Fähigkeit zur Selbstbefähigung zu entwickeln. Langzeitstudien aus den USA zeigen, dass die öffentliche Hand für jeden Dollar, den sie in Kinder aus sozial schwachen Familien investiert, später das bis zu Siebenfache zurückerhält: Gezielt geförderte Kinder haben bessere Schulabschlüsse, leben nicht von Sozialhilfe und werden seltener kriminell. Wer einmal Wertschätzung und Wohlfahrt erfahren hat, verhält sich meist selbst wertschätzend und wertschöpferisch; erlebte Solidarität verpflichtet zu künftiger.

Demokratie, dieses mühsame, langsame, manchmal behäbige Geschäft, funktioniert nur, wenn der idealistische Grundsatz gewahrt bleibt: dass jeder Bürger jeden anderen zu jeder Zeit regieren kann, darf und soll. Jeder Einzelne ist Gesellschaft. Jeder Einzelne ist Demokratie. Und jeder ist es wert.

Bürger im Netz

Über die zwei Seiten der digitalen Zivilgesellschaft

MARTIN EMMER

Geboren 1969 in München, Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin, Gründungsdirektor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft.

Das abstrakte Phänomen *Digitalisierung* wird in allen Lebensbereichen immer stärker erfahrbar: Über Jahrzehnte hinweg waren es nur technische Großsysteme, die für Unternehmen und Behörden digitale Daten verarbeitet haben; spätestens seit dem Siegeszug von Internet und Smartphone spielen Computersysteme eine unmittelbare Rolle im Alltag. Interaktionen

zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft bringen neue Formen vernetzter und automatisierter Kommunikation hervor, die die Arbeitswelt, mediale Öffentlichkeit, Bildung und Wissenschaft, aber auch politische Entscheidungsverfahren und die Rechtsprechung vor grundlegende Herausforderungen stellen. Es geht heute nicht mehr darum, neue Technologien wie das Internet in die etablierten Strukturen von Politik, Rechtssystem oder in unseren Alltag zu integrieren, sondern darum, die durch die Digitalisierung ausgelöste tiefgreifende Transformation unserer Gesellschaft zu verstehen und positiv zu gestalten.

Das Internet versprach ab Mitte der 1990er-Jahre jedermann eine neue Qualität der Teilhabe am öffentlichen Diskurs und an politischen Prozessen. Eine vielzitierte Rede des damaligen US-Vizepräsidenten Al Gore aus dem Jahr 1994 brachte diese Hoffnungen auf den Punkt: Das Internet sei eine „elektronische Agora“, es ermögliche die Verwirklichung urdemokratischer Ideale von echter Partizipation aller Bürger auf gleicher Augenhöhe. Die Passgenauigkeit der Strukturmerkmale des Internets – Gleichheit der Kommunikationspartner, freier Zugang, Unabgeschlossenheit und Reduzierung von Zeit-, Raum- und Platzrestriktionen – zu den normativen Anforderungen des Habermas'schen Diskursmodells inspirierte Theoretiker ebenso wie Internetpioniere.

Heutige Debatten über die Rolle des Internet in der Politik lassen mittlerweile ein weniger optimistisches Bild der digitalen Zukunft entstehen. So verschiebt sich das ursprünglich offene Internet immer stärker in kommerzielle Sphären privater Plattform- und Betriebssystemanbieter der „Android“- und „iOS“-Welten – aktuell beschleunigt durch den Abbau der Netzneutralität. Aus der frühen Desktop-Computernutzung wurde eine mobile „Überall-und-jederzeit“-Vernetzung; inhaltlich dominieren Probleme wie Online-Propaganda, Hasspostings oder Fake News in sozialen Medien die Debatte. Dies hat erhebliche Folgen für die politische Willensbildung und die Rolle, die Bürgerinnen und Bürger im Gefüge der gesellschaftlichen Akteure einnehmen.

MOBILISIERUNGSPLATTFORMEN FÜR POLITISCHE DEBATTEN

Bei aller Fixierung auf die genannten aktuellen Probleme muss zunächst festgehalten werden, dass die Bedeutung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Prozess durch die Digitalisierung deutlich zugenommen hat. Verliehen Informationsströme über Jahrhunderte fast ausschließlich von „oben“ nach „unten“, so verfügen wir heute über eine Vielzahl verschiedener Kommunikationsmedien und Plattformen, um uns als Individuen oder vernetzte Aktivistengruppen öffentlich zu Wort zu melden. Soziale Medien wie Twitter oder Facebook erlauben es in bisher ungekannter Weise, selbst als einzelner Mensch in einer großen und allgemeinen Öffentlichkeit Gehör zu finden. Insbesondere diejenigen, die bisher kaum eine Stimme hatten, profitieren von diesen Möglichkeiten, denn in Diktaturen und autoritären Staaten spielen digitale Medien bei der Formierung von Protest und Widerstand eine zunehmend wichtige Rolle, etwa Facebook im „Arabischen Frühling“ oder Twitter bei den Protesten nach der russischen Präsidentschaftswahl 2011.

Doch auch in demokratischen Gesellschaften haben Mobilisierungsplattformen wie *Change.org* oder *Campact* politische Debatten und Entscheidungen beeinflusst. Ein breiter Bestand an empirischer Forschung konnte in den letzten fünfzehn Jahren nachweisen, dass die zunehmende Nutzung des

Internets positive Auswirkungen auf die politische Information und politische Partizipation von Bürgern hatte.¹ In Demokratien wie Deutschland sind es allerdings ausgerechnet demokratiefeindliche Akteure, die bisher in den Medien nicht vorkamen und nun neue Werkzeuge an die Hand bekommen, um unter Umgehung der „Gatekeeper“ in den Medien an die Öffentlichkeit zu treten. Die Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 zum US-Präsidenten gegen das Meinungsbild fast aller Medien und politischen Akteure wäre in der „alten“ Medienwelt vermutlich nicht möglich gewesen; Gleiches gilt für die in kurzer Zeit erreichten Wahlerfolge einer Protestpartei wie der Alternative für Deutschland (AfD).

KEIN WIRKLICH FREIER, ÖFFENTLICHER RAUM

Bedroht werden die positiven partizipativen Potenziale des Internets und digitaler Medien auch durch die zunehmende Bedeutung globaler und monopolartig strukturierter Konzerne wie Google, Apple oder Facebook. In sozialen Medien wie Facebook oder WhatsApp unterwerfen wir uns deren internen Logiken, die schwer durchschaubar, jedoch folgenreich sind. Dies zeigt zum Beispiel der enorme Einfluss, den automatisierte Filterverfahren mit sich bringen. Wenn Google vor der Anzeige von Suchergebnissen zuerst unsere Nutzungsdaten analysiert und auf dieser Grundlage abschätzt, welche Ergebnisse unseren Erwartungen am besten entsprechen, verlieren wir als Nutzer bis zu einem gewissen Grad wieder die durch das offene Netz gewonnene Handlungsfähigkeit.

Facebook, Google oder Twitter sind auch kein wirklich freier, öffentlicher Raum, denn tatsächlich bezahlen wir für die Nutzung mit der sehr weitreichenden Überlassung privater Informationen, deren Wert wir selbst überhaupt nicht kennen. Besonders bedenklich sind diese Entwicklungen dadurch, dass es sich bei den entsprechenden Plattformen um Quasi-Monopole handelt, die nicht durch eine Vielfalt an Anbietern auf einem Markt ausbalanciert werden. Wer soziale Medien für seine Kommunikation – auch als Bürger oder Aktivist – nutzen will, ist gezwungen, sich den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der entsprechenden Unternehmen zu unterwerfen, die eine gesetzesähnliche Allgemeingültigkeit erreichen.

FILTERBLASEN UND ECHOKAMMERN

Aus der Kombination dieser ebenso positiven wie auch gefährlichen Aspekte der Digitalisierung entstehen konkrete Probleme, die die politische Debatte prägen: Die intensive Nutzung des Internets und der sozialen Medien steigert

die Attraktivität dieser Plattformen für kampagnenartige und zum Teil hass-erfüllte Kommunikation von extremistischer Seite, die durch die auf Individuen abgestimmten Selektionsalgorithmen der Plattformanbieter verstärkt werden und in abgeschlossenen Bereichen („Echokammern“) Menschen radikalieren können. Diese Mechanismen können durch verdeckt gesteuerte Kampagnen ausgenutzt werden, um mit relativ einfachen und nur schwer nachvollziehbaren Strategien (etwa mit Social Bots) Themen, Inhalte, Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse zu manipulieren.

Allerdings zeigt auch hier die Forschung, dass bei aller berechtigten Vorsicht kein Anlass zu Hysterie oder Panik besteht. Die beschriebenen Manipulationsversuche haben in der Regel keine so eindimensionalen Wirkungen wie vermutet: Die Verbreitung von Hass und gefälschten Nachrichten führt nicht unmittelbar dazu, dass die Rezipienten solcher Mitteilungen beginnen, zu hassen oder falsche „Fakten“ unkritisch zu glauben. Meist beschränken sich die Wirkungen darauf, dass Menschen in ihren ohnehin bereits gebildeten Meinungen bestärkt werden oder dass langfristig Verunsicherung entsteht und Vertrauen in politische Akteure oder Medien unterminiert wird.

Auch zeigen sich die oft vermuteten „Filterblasen“- oder „Echokammer“-Effekte nicht so deutlich wie vermutet. Trotz der zunehmenden Vorselektion von Inhalten durch Algorithmen der Plattformanbieter belegen Studien, dass intensive Nutzer von sozialen Medien insgesamt immer noch mit vielfältigeren Informationen konfrontiert werden, über heterogenere soziale Beziehungsnetzwerke verfügen und ein breiteres gesellschaftliches Aktivitätsprofil zeigen als Personen, die sich aus diesen digitalen Netzwerken stärker heraushalten.

GESTALTUNGSPOTENZIAL FÜR DIE DEMOKRATIE

Schließlich sollte man sich vom Fokus der öffentlichen Debatte nicht täuschen lassen: Zum einen haben Phänomene wie Hasskommunikation sicherlich früher bereits existiert, nur spielten sie sich weitgehend in privaten, öffentlich nicht sichtbaren Sphären am Stammtisch oder im Freundeskreis ab. Zum anderen wird durch die Problemfixierung der aktuellen Debatte oft übersehen, dass es unzählige Beispiele für erfolgreiche Mobilisierungskampagnen für Demokratie oder Menschenrechte gibt und dass die Debattenräume sozialer Medien auch tagtäglich genutzt werden, um die politische Kultur zu stärken – wie zum Beispiel die über Facebook organisierten privaten Nachbarschaftsinitiativen zur Flüchtlingshilfe oder aktuelle Initiativen wie *#nohatespeech*.

Wenn aktuelle Debatten über das Internet und die Politik überhaupt etwas eindeutig zeigen, dann ist es, dass die Verfügbarkeit von Technologie

allein weder automatisch die Demokratie verbessern noch soziale und politische Probleme einfach „ausschalten“ kann. In dem Maße, wie unsere Demokratie immer wieder gesichert, verteidigt und erkämpft werden muss, muss auch die Nutzbarmachung digitaler Technologien zur Stärkung von Demokratie und Partizipation aktiv gestaltet werden.

Bei dieser Gestaltung sind *erstens* wir alle als Bürger gefragt: Wir müssen Kompetenzen und Fähigkeiten entwickeln, die uns einen souveränen Umgang mit digitalen Technologien ermöglichen – nicht nur technische, sondern vor allem soziale und kulturelle, etwa eine neue Debattenkultur oder die Fähigkeit zur selbstbestimmten Verwaltung unserer Privatsphäre. *Zweitens* sind Staat und Politik gefordert: Es gilt, neue Architekturen für das Machtverhältnis von Bürger und Staat, von Medien und Zivilgesellschaft zu entwickeln, die gesellschaftliche Vielfalt, Partizipation und effektive Entscheidungsprozesse in einer digitalisierten Gesellschaft in eine dauerhaft tragfähige Balance bringen können.²

¹ Shelley Boulianne: „Social media use and participation: a meta-analysis of current research“, in: Information, Communication & Society, 18(5)/2005, S. 524–538; Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling: Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2011.

² Der Beitrag basiert zum Teil auf einem Vortrag des Autors auf der Konferenz „Empowering Democracy Through Culture“ des Europarates am 20.10.2017 in Karlsruhe.

Demokratie ist kein Zuschauersport!

—
Erste Gedanken eines Arztes und Komikers

ECKART VON HIRSCHHAUSEN

Geboren 1967 in Frankfurt am Main,
Mediziner, Moderator, Kabarettist,
Autor und Gründer der Stiftung HUMOR
HILFT HEILEN.

In Zeiten, in denen viele Menschen zu uns kommen, weil sie ihre Heimat verloren haben, finde ich es wichtig, daran zu erinnern, wie viele Menschen in den vergangenen sechzig Jahren bei uns Heimat gefunden haben. Jetzt sage ich schon „bei uns“. Für meine Großeltern und meine Eltern war „Heimat“ immer woanders. Ich

bin kein Flüchtlingskind, aber Flüchtlings-enkel. Genauer gesagt: Kind zweier Geflüchteter. Meine Großeltern und Eltern sind in Estland geboren, wo beide Familien über Jahrhunderte ansässig waren. Sie waren Deutsch-Balten, die nach Umsiedlung und Flucht nach Baden-Württemberg kamen, wo die Kenntnis des Hochdeutschen auch nicht immer von Vorteil war.

1945 war man froh, wenn man den Weltkrieg überlebt hatte. So, wie viele heute froh sind, dem Krieg in Syrien und anderswo lebend entkommen zu sein.

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Und mir ist klar, dass es viele Unterschiede zu damals gibt. Aber was half meiner Familie hier, neue Wurzeln zu schlagen? Der Zugang zu Bildung! Meine Eltern durften kostenlos in die Schule. Eine Zeitlang barfuß, um die Schuhe nicht abzunutzen, und die Hefte wurden am Ende des Schuljahres ausradiert, weil kein Geld für neue da war. Solche Erinnerungen lassen sich nicht ausradiieren.

So lange ist das alles gar nicht her. Das Gefühl, entwurzelt zu sein, überträgt sich auf mindestens eine Generation. Mein Vater bekam ein Stipendium von wenigen D-Mark, lernte beim Studium meine Mutter kennen, und sie bekamen vier Kinder zusammen. Wir Geschwister haben alle eine Ausbildung, eine Arbeit und zahlen Steuern. Die „Investition“ in die Bildung der Neuankömmlinge hat sich also nach einer, spätestens nach zwei Generationen für unsere Gesellschaft um ein Vielfaches gelohnt. Auch wenn ich dagegen bin, Menschen nach ökonomischem Nutzen zu beurteilen, möchte ich daran erinnern: Es tut uns gut, allen, die willens und in der Lage sind, Teil dieser offenen, demokratischen und freien Gesellschaft zu werden, diese Chance zu bieten. Auch wenn es Geduld und manche Rückschläge bedeutet.

WENIGER ÜBER RECHTE, MEHR ÜBER AUFRECHTE

Ich lebe sehr gern in Deutschland. Ich bin viel gereist, habe es geliebt, mit dem Interrailticket quer durch Europa zu fahren, nachts von Lissabon bis London, nicht aus alphabetischen Gründen, sondern um das Geld für eine Übernachtung zu sparen.

Obwohl ich ziemlich viele Länder kenne, kenne ich kein Land, in dem ich lieber wäre als in Deutschland als Teil eines vereinigten Europas. Mark Twain sagte sehr treffend: „Nichts ist gefährlicher als die Weltanschauung der Menschen, die die Welt nie angeschaut haben.“

Diejenigen, die am lautesten „Heimat“ schreien und meinen, diese verteidigen zu müssen, haben oft nicht weit über den eigenen Tellerrand geschaut und auch nie erlebt, dass der eigene Teller leer ist. Es gibt Rechts- und Linksextreme in vielen Ländern Europas, auch in Deutschland, die gern laut sagen, was sie denken. Es ist Bestandteil der Demokratie, dass jeder sagen darf, was er denkt – egal, wie lange er nachgedacht hat. Als Medienmensch ärgert mich aber diese Verzerrung, dass wir über die Lauten so viel mehr berichten als über die Lauteren, über die Rechten mehr als über die Aufrechten, über die Feinde der Demokratie so viel mehr als über die gelungenen Projekte und die überwiegende Mehrheit der Menschen, die gerne in Frieden miteinander leben. Wir können froh sein, in einem Land mit so vielen Freiheiten wie praktisch nirgendwo sonst zu leben. Wo jeder an das glauben darf, was er will, und lieben darf, wen er will, und wo man nicht, wie in vielen Ländern der Erde, für einen Witz hinter Gitter kommen kann. Egal, ob er gut war oder nicht.

Ich liebe es, als Künstler auf die Bühne zu gehen und sagen zu können, was ich denke. Das ist alles andere als selbstverständlich. Mein „Heimat-Sender“ ist der Westdeutsche Rundfunk. Wir haben ARD, ZDF, 3sat, Arte, Deutschlandfunk, Deutschlandradio – freies öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio. Klar kommt da viel Krimi und Quatsch. Aber auch

mehr Gutes, Kritisches und Sinnstiftendes als in jedem anderen Land, bei dem ich im Urlaub durch die Kanäle gezappt habe. Okay, die BBC ist teilweise besser, hat aber den Brexit auch nicht verhindert. Wenn populistische Parteien versprechen, als Erstes eine unabhängige Berichterstattung beschneiden zu wollen, ist das allein schon Grund genug für mich, sie auf keinen Fall zu wählen. Erst recht, wenn Meinungsführer nicht ausgeschlossen werden, die meinen, auf den Zweiten Weltkrieg stolz sein zu müssen.

DIE GRÖSSTE GEFAHR IST, DEMOKRATIE FÜR SELBST- VERSTÄNDLICH ZU HALTEN

Ich bin sehr stolz auf vieles in der Zeit nach 1945. Demokratie ist bisweilen schwer auszuhalten, aber das Beste, was uns in Europa in den vergangenen hundert Jahren passiert ist. Demokratie ist nicht die blinde Herrschaft der Mehrheit, sondern die gesetzlich geschützte Möglichkeit, nach festen Spielregeln eine Regierung gewaltfrei abzuwählen und durch eine neue zu ersetzen. Das gab es nicht immer und auch heute nur in manchen Teilen der Welt. Demokratie ist kein Zuschauersport. Die größte Gefahr für die Demokratie ist, sie für selbstverständlich zu halten. Wer sich nicht für unser Gemeinwesen einsetzt, darf sich nicht beschweren, wenn andere das übernehmen. Jede Generation braucht gute Gründe, an Deutschland und an Europa zu glauben, an Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, freie Presse und unveräußerliche Menschenrechte.

Vielleicht sind Sie erstaunt, von einem Arzt und Komiker so ernste Gedanken zu

hören. Aber mir sind auch die Beschränkungen der demokratischen politischen Prozesse bewusst. Entscheidungen werden oft langsam getroffen, und notwendige unpopuläre Maßnahmen werden aus Angst vor den nächsten Wahlen nicht angegangen. Vor Kurzem durfte ich die Schimpansenforscherin und inzwischen bekannteste Umweltaktivistin der Welt, Jane Goodall, für den *Stern* interviewen. Sie kam nach Deutschland, um für ihr Lebenswerk den Nachhaltigkeitspreis entgegenzunehmen. Mir bleibt ihr verzweifelter Blick in Erinnerung, als diese Dame mit über achtzig Jahren sagte: Wie kann eine Spezies, die sich für die intelligenteste auf der Erde hält, ihre eigene Lebensgrundlage so mutwillig zerstören? Ich hatte keine Antwort, ebenso wenig wie sie.

Wenn die Flüchtlingskrise etwas bewirkt hat, dann das Bewusstsein dafür, dass wir erst am Anfang einer globalen Krise stehen. Millionen von Menschen werden ihre Heimat verlassen, weil weite Teile von Afrika und anderen Lebensräumen unbewohnbar werden. So ernsthaft ich bei der Bundeskanzlerin auch das Engagement für das Thema globale Erwärmung erlebt habe, müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen: Unser CO₂-Ausstoß und -Fußabdruck persönlich wie national ist in den letzten zwanzig Jahren nicht kleiner geworden, im Gegenteil. Reichen unsere politischen Entscheidungswege aus, um für die nächsten Generationen mitzudenken? Was sagen wir, wenn unsere Kinder und Enkel uns fragen, warum wir nicht mehr getan haben, wo wir doch so viel wussten?

Apropos Kinder: Rund jedes fünfte ist in dieser Gesellschaft „abgehängt“. Die ungleich verteilten Chancen gehen schon vor der Geburt los. Ungefähr 10.000 Kinder

werden jedes Jahr mit Alkoholschaden geboren, die häufigste angeborene Hirnfehlbildung – die so einfach zu verhindern wäre. Warum ist es in Deutschland nicht möglich, auf jede Flasche mit alkoholischen Getränken einen Warnhinweis so zu platzieren, dass er wahrgenommen wird?

GESUNDHEIT ALS AUFGABE DER POLITIK

Gesundheit wurde privatisiert und individualisiert. Das war ein großer Fehler. Der öffentliche Gesundheitsdienst schrumpfte zur Bedeutungslosigkeit. Ich wurde noch in der Schule geimpft. Heute sterben wieder Menschen in Deutschland an Masern. Unnötig!

Vor 35 Jahren gab es praktisch kein Kind, das mit dem Auto zur Schule gebracht wurde – zur Schule ging man zu Fuß oder fuhr mit dem Fahrrad. Entsprechend weniger übergewichtige Kinder gab es. An Tankstellen gab es Benzin, und wenn man mit dem Zug fuhr, nahm man sich „Proviant“ mit.

Heute gibt es ständig und überall hochkalorischen Müll zu kaufen, an Tankstellen, Automaten, Schnellrestaurants und Bäckereien mit fetttriefender Pizza und tellergroßen Schokokeksen. Wenn wir heute eine Epidemie des Übergewichts haben, ist das kein individuelles Problem, es ist ein gesellschaftliches! Und es wird auch nicht dadurch gelöst, indem man jedem Dicken sagt, er sei selbst schuld. Die Menschen heute sind nicht willensschwächer als vor fünfzig Jahren, und die Gene haben sich die letzten 50.000 Jahre auch nicht nennenswert verändert. Unsere Umgebung hat sich massiv verändert.

Die gesunde Entscheidung darf nicht die schwierige und teure sein. Das ist auch Aufgabe der Politik. Wenn in Kopenhagen Fahrradwege den Vorrang vor Autostraßen haben, ist das wirkungsvoller als jede Plakat-Aktion, man möge sich doch bitte mehr bewegen. Wenn in Schweden und England rund um Schulen keine zuckerhaltigen Limos verkauft werden dürfen, ist das wirksamer als jeder Appell. Warum sind wir die Letzten in Europa, die Tabakwerbung zulassen? Wenn in Deutschland der Nichtraucherschutz so vielen Menschen das Leben gerettet hat, warum lernen wir nicht für den Ernährungsbereich dazu?

Je länger ich Gesundheitspolitik beobachte, desto misstrauischer bin ich dem Dogma gegenüber, dass „der Markt“ alles regelt. Sicherheitsgurte haben Tausende von Menschenleben gerettet, aber sie haben sich nicht von allein durchgesetzt, sondern brauchten eine Vorschrift, die unsere „Freiheit“ hinter dem Steuer einschränkt. Die öffentlichen Rauchverbote haben messbar die Herzinfarkte durch das Passivrauchen gesenkt – das heißt: Durch allgemeine, sinnvolle Präventionsmaßnahmen lassen sich viele Menschenleben retten, aber keiner schreit „Hurra“, weil das unsichtbar passiert und nur die Statistiker davon etwas mitbekommen. In Australien sind Solarien verboten, weil das Land mit viel Hautkrebs zu kämpfen hat.

Auf dem freien Markt ist Zucker billig, die Folgekosten des Übergewichtes hoch. Soll man Zucker besteuern, wenn klar ist, dass die gesüßten Limonaden ganze Generationen zur Fettleibigkeit verleiten und viele Menschen offenbar damit überfordert sind, das in den Griff zu bekommen? Inzwischen denke ich: Ja!

GESUNDHEIT FOLGT DER BILDUNG

Langfristig bleibt Bildung die beste Prävention: Jeder Euro, den wir in frühkindliche Bildung investieren, fließt fünfundzwanzigfach in die Gesellschaft zurück. Aber man muss damit erst einmal anfangen! Es braucht ein Schulfach „Gesundheit“, wenn die Mehrheit nicht weiß, welche Körpertemperatur normal ist, wie Fieber entsteht, und die Notaufnahmen in den Großstädten zusammenbrechen, weil weite Teile der Bevölkerung sie als die erste Anlaufstelle nutzen.

In Dänemark lernt jedes Schulkind die Herzdruckmassage. Wenn jeder Deutsche wüsste, wie man bei Herzstillstand 100-mal auf den Brustkorb drückt, könnten wir 10.000 Leben retten.

Gesundheit folgt der Bildung, und die ist Ländersache. Die Bildungsfernen in Deutschland sind viel kränker als die Oberschicht und haben zum Teil eine um zehn Jahre verkürzte Lebenserwartung – wie in einem Entwicklungsland. All das regelt keine Pille. Keine Operation. Keine Kasse. Wenn wir 7,5 Millionen Analphabeten haben, helfen keine Globuli, da braucht es Bildung, und zwar hochdosiert.

Wenn Sie diesen Text bis hierhin gelesen haben, gehören Sie zur Bildungselite dieses Landes, die Zeit hatte, zu lesen, und die Motivation, bei so einem Thema durchzuhalten: Ich bin stolz auf Sie.

Sie dürfen es auch sein. Und werden Sie zum Vorbild für andere. Geben Sie weiter, was Ihnen geholfen hat. Wissen wird nicht weniger, wenn man es teilt. Das zu wissen, verdanke ich meinen Eltern und dieser Republik. Danke!

Vom „Stachelschwein“ zum neuen „Wir“

—
Analysen im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Politik

MARKUS VOGT

Geboren 1962 in Freiburg im Breisgau, Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

FELIX GEYER

Geboren 1986 in Coburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München, promoviert zur Frage der Entstehung und Generalisierung von Werten.

Wir sind wie Stachelschweine, streben zueinander, um uns an der Gemeinschaft zu wärmen; wenn wir jedoch zu nahe aneinander geraten, bekommen wir die Stacheln unserer Schwächen und Egoismen zu spüren. So die viel zitierte *Stachelschweinparabel*, mit welcher Arthur Schopenhauer (1788–1860) den Antagonismus von geselliger Ungeselligkeit spöttisch zum Ausdruck bringt.

Gegenwärtig formiert sich in der politischen Arena ein neues Gemeinschaftsbedürfnis, das sich unter anderem aus dem Unbehagen an der wachsenden Pluralität in der Migrationsgesellschaft speist und identitären

Bewegungen europaweit Aufschwung verleiht. Auch die Unabhängigkeitsbestrebungen und nationalen Abgrenzungstendenzen, wie sie – allerdings mit sehr unterschiedlichen Kausalitäten und Kontexten – beispielsweise in Großbritannien, Polen und Katalonien die öffentlichen Debatten prägen, sind Ausdruck aktueller Transformationen politischer „Wir“-Konstruktionen.

Der Drang, enger zusammenzurücken, ist nicht neu: In der Politischen Philosophie wird er seit über dreißig Jahren unter dem Leitbegriff „Kommunitarismus“ diskutiert. Demnach deutet ein rapider Zerfall von Gemeinschaften auf eine „schwere soziale Erkrankung“ hin.¹ Viele Menschen seien hauptsächlich mit der Emanzipation von den Zwängen beengender Gemeinschaften beschäftigt, ohne zu merken, dass die Mehrzahl der individuellen und gesellschaftlichen Lebensprobleme heute nicht von einem Zuviel an Gemeinschaft ausgehe, sondern von ihrem Verlust und der damit verbundenen Unverbindlichkeit moralischer Standards. Die Zeit sei reif für einen Neubeginn, eine gesellschaftliche Erneuerung, die den Akzent wieder auf das „Wir“, den Gemeinschaftsgeist und die gemeinschaftlichen Werte lege.²

NEUVERMESSUNG DER SPANNUNG ZWISCHEN ICH UND WIR

Der Kommunitarismus ist Indiz dafür, dass die Zuordnung von Individuum und Gesellschaft einer Neuvermessung bedarf. Politik mit christlichem Anspruch ist dabei in besonderer Weise herausgefordert, Kriterien zu entwickeln, die helfen, die Stachelschweinexistenz eines haltlosen Hin-und-Her-Schwankens zwischen idealisiertem Wir und solipsistischem Individualismus zu vermeiden.

„Ein Mensch ist *kein* Mensch“, lautet ein bekannter Topos der christlich-humanistischen Diskussion um das Menschenbild. Der Mensch ist ein *zoon politikon*, *animal sociale*, Gemeinschaftswesen. Steckt hinter solchen Aussagen ein romantisierendes Ideal von Gemeinschaft? Nein, denn „Ich“ und „Wir“ sind voneinander abhängig. Das Selbstwertgefühl des Menschen hängt davon ab, ob andere sich auf ihn verlassen können. Individuelles Streben nach Bedürfniserfüllung allein befriedigt auf Dauer nicht. Die These des Evolutionsforschers Michael Tomasello zu den Ursprüngen menschlichen Denkens und menschlicher Moral lautet, dass der Mensch in der wachsenden Interdependenz mit anderen nur durch die Ausbildung einer „geteilten Intentionalität“ des „Wir“ dazu in der Lage war, die Grundlagen für Moralität zu entwickeln, die uns als „ultrakooperativen Primaten“ einen entscheidenden Evolutionsvorteil ermöglichte.³ Weil die Werte des Sittlichen in der Gemeinschaft ihren konkreten „Sitz im Leben“ haben und dort gelernt und gelebt werden, kann man Gemeinschaft als die „substantielle Sittlichkeit“ (Hegel) bezeichnen.

Die Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft wurde 1887 von dem Soziologen Ferdinand Tönnies (1855–1936) eingeführt. Solidarische

Gemeinschaften seien anthropologisch und sozial vorrangig: „Die Theorie der Gemeinschaft geht von der vollkommenen Einheit menschlicher Willen als einem ursprünglichen oder natürlichen Zustande aus.“⁴ Gesellschaft definiert Tönnies im Unterschied hierzu als Beziehungsfeld „mechanischer Aggregate und Artefakte“, die auf wechselseitigen Vorteil angelegt seien; es herrsche allgemeine Konkurrenz, die durch Konvention oder Vertrag in Grenzen gehalten wird.⁵ So hilfreich die Unterscheidungen von Tönnies sind, es lässt sich jedoch kaum übersehen, dass in der Rezeption seines Modells ein romantisch aufgeladenes Gemeinschaftsideal – gerade auch innerhalb des Katholizismus – die Kritikfähigkeit gegenüber kollektivistischen Politikmodellen in den 1920er- und 1930er-Jahren geschwächt hat. Vor diesem Hintergrund waren das verspätete Bekenntnis zu den individuellen Menschenrechten (1963 in der Enzyklika *Pacem in terris*) und die differenzierte Interpretation des Gemeinwohlprinzips wichtige Lernprozesse. Letzteres wird nicht mehr als Kollektivaggregat verstanden, sondern als Gefüge der Bedingungen für die Entfaltung der Individuen.

NICHT OHNE FREIHEIT

Einheit in Vielheit ist das Leitbild von Gemeinschaft in der christlich-ökumenischen Tradition. Nicht Einheitlichkeit, sondern die wechselseitige Bereicherung durch Verschiedenheit der Fähigkeiten steht im Zentrum. Das Konzept „Einheit in Vielfalt“ kann paradigmatisch für eine zukunftsweisende Differenzierung des Gemeinschaftsideals sein. Wenn man Gemeinschaft nicht als Zustand von Übereinstimmung, sondern als *Prozess* der Kommunikation und des Austauschs zwischen Individuen versteht, setzt sie diese Verschiedenheit und Differenz voraus. Ohne individuelle Freiheit und Verschiedenheit ergibt sich keine Gemeinschaft, sondern ein Kollektiv, eine Masse. Im Hinblick auf den Kommunikationsprozess ist Differenz nicht primär ein Mangel an Gemeinschaft, sondern im Gegenteil eine Voraussetzung und teilweise auch ein Maß für ihre Lebendigkeit.⁶ Wer existenzielle Einsamkeit erfahren und seine Individualität entfaltet hat, ist dadurch zu vertiefter Gemeinschaft fähig.

Entscheidend ist also nicht einfach die Balance von individualistischen und gemeinschaftlichen Elementen, sondern die dynamische Integration von Formen der fairen und offenen Konfliktregelung im Gemeinschaftsleben. In seiner berühmten Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung fasst Georg Simmel Streit und Konflikt als ein konstruktives Element von Gemeinschaftsbildung auf. Die Schnittmengen zwischen den individuell unterschiedlichen Interessen und Überzeugungen müssen jeweils neu erstritten werden, um der Gemeinschaft eine freiheitliche Substanz zu geben. Diese ist nicht ein Minimalkonsens, sondern ein Wertentstehungsprozess, der einerseits an persönliche Ressourcen anknüpft, andererseits diese auch zu transzendieren

vermag. „Werte entstehen in Erfahrungen der Selbstbildung und Selbsttranszendenz“, wie der Sozialphilosoph Hans Joas es ausdrückt.⁷

Aus den skizzierten anthropologischen, theologischen und sozialphilosophischen Grundlagen ergeben sich vielfältige Konsequenzen, die für den aktuellen politischen Diskurs hier in drei Thesen zusammengefasst werden:

1. *Demokratische Streitkultur ist unter den Bedingungen der digitalen Kommunikationsmedien neu zu lernen.* Die Demokratie ist eine „Streitordnung“: Der durch Regeln kanalisierte Konfliktaustrag führt im Idealfall dazu, dass sich das/die/der Bessere zum Wohle aller durchsetzt. Die Lebendigkeit der Demokratie hängt von der Qualität der Streitkultur ab. Sie inszeniert den ständigen Konflikt als Mittel der Problemlösung. Allerdings können demokratische Gemeinschaften auch zerfallen, wenn die Differenzen so groß sind, dass ihre Mitglieder sich nicht mehr zutrauen, sie verbal zu „bearbeiten“, und der Minderheitenschutz vernachlässigt wird. Ein politisches Gemeinwesen, das trotz aller Differenzen kooperations- und kompromissfähig bleiben will, braucht Offenheit, Vertrauen, Fairness und vor allem die Fähigkeit, zwischen der Sachebene und der Beziehungsebene zu unterscheiden. Die gegenwärtige Ausbreitung postfaktischer, populistisch-aggressiver Kommunikationsformen, die Standards der politischen Kultur unterlaufen und den jeweils anderen absprechen, „das Volk“ zu repräsentieren, gefährdet die Demokratie. Bisher ist das auf rationale Diskurse abgestellte Modell der deliberativen Demokratie nicht hinreichend auf die durch die digitalen Medien in „Echokammern“ verstärkten politischen Emotionen vorbereitet.⁸
2. *Gemeinschaftsbildung in offenen Gesellschaften braucht Gelegenheitsstrukturen.* Funktionierende Gemeinschaften können nicht auf Befehl geschaffen werden, sondern sie müssen durch Kommunikation, persönliche Begegnung, den Aufbau von Vertrauen, die Klärung von Konflikten und die Herausbildung eines von allen getragenen Konsenses wachsen. Dafür müssen entsprechende Bedingungen geschaffen werden, zum Beispiel durch die Gestaltung öffentlicher Begegnungsräume, statt urbane Plätze als standardisierte Konsum- und Transitmeilen zu anonymen „Nicht-Orten“ (Marc Augé) werden zu lassen. Bei aller Begeisterung für das Gemeinschaftsideal sollte man nicht übersehen, dass der weltweite Trend hin zu urbanen Zentren und damit der Auflösung geschlossener oder dörflicher Gemeinschaften ungebrochen ist. Zukunftsfähige Gemeinschaftsformen müssen sich unter den Bedingungen und Mentalitäten spätmoderner Pluralität etablieren können. Zielperspektive kann deshalb nicht die Rekonstruktion traditioneller Gemeinschaftsbilder durch den Ausschluss der „anderen“ und „Fremden“ sein, sondern ihre Transformation im Blick auf sich wandelnde Bedürfnisse und Herausforderungen. Gemeinschaftsbildung in offenen Gesellschaften benötigt Gelegenheitsstrukturen für gelingende Kommunikation;

sie basiert auf einer am Subsidiaritätsprinzip orientierten Synthese von Einheit und Pluralismus, in der sich Gemeinschaften dynamisch von „unten“ her aufbauen.

3. *Aktive Bürgergesellschaften sind Ursprungsorte neuer Formen der Gemeinschaftsbildung.* Vor allem über Gemeinschaften im mittleren Bereich zwischen Individuum und Staat können Menschen zur Beteiligung und Mitwirkung an öffentlichen Belangen motiviert werden. Die neuen sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich als Bürgerinitiativen, Kampagnen-Netzwerke, Verbände oder Selbsthilfegruppen formieren, sind Ausdrucksformen der Suche nach Gemeinschaft und Mitverantwortung. Sie sind eine politisch notwendige Ergänzung zu Wahlen, um die Bürger wirksam an öffentlichen Entscheidungen zu beteiligen. Familie, Schule, Verbände, Kirchen und andere Grundformen der Gemeinschaft sind *Infrastrukturen der Moral*: Erfahrungsräume, in denen sittliches Verhalten entstehen, eingeübt und praktiziert werden kann. Ein funktionierendes Gemeinwesen ist auf solche Räume angewiesen und versteht ihre Förderung als öffentliche Aufgabe. Die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement ist auch in liberalen Gesellschaften unvermindert hoch, wengleich sich die Formen ändern, zum Beispiel kurzfristiger, punktueller, jedoch häufig internationaler und organisatorisch professioneller werden. Man kann diese Formveränderung als „solidarischen Individualismus“ (Ulrich Beck) umschreiben.

Politik muss sich gegenwärtig im Spannungsfeld zwischen Ich und Wir neu verorten. Orientierungslinien im Geist Christlicher Sozialethik sind dabei: die Fairness demokratischer Streitkultur; die Achtung der Freiheit des Einzelnen und der Minderheitenschutz nach menschenrechtlichen Standards; die Inklusion, Integration und Solidarität mit Randgruppen; die Bereitstellung von Infrastrukturen für die Entstehung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Raum für kulturelle Vielfalt. Man kann dies als Option für einen gemeinschaftsfähigen Liberalismus zusammenfassen.

¹ Amitai Etzioni: *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*, Frankfurt am Main 1998, S. XIII.

² Ebd., S. 30.

³ Michael Tomasello: *Eine Naturgeschichte der menschlichen Moral*, Berlin 2016, S. 11–21.

⁴ Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Berlin 1970, S. 8, vgl. insgesamt S. 8–39.

⁵ Ebd., S. 40–83.

⁶ Gerd Haeffner: *Philosophische Anthropologie*, Stuttgart 1982.

⁷ Hans Joas: *Die Entstehung der Werte*, Frankfurt am Main 1997, S. 11.

⁸ Markus Vogt: „Politische Emotionen als moraltheoretische Herausforderung“, in: *MThZ* 4-2017, S. 306–323.

Für einen weltoffenen Islam

Was es bedeutet, für ein modernes Islamverständnis einzustehen

MOUHANAD KHORCHIDE

Geboren 1971 in Beirut (Libanon), Soziologe, islamischer Theologe, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie und Professor für Islamische Religionspädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Sie setzen sich für eine historisch-kritische Lesart des Korans und eine moderne Interpretation des Islam ein. Wie kann ein solcher Islam aussehen?

Mouhanad Khorchide: Ein solcher Islam ist ein offener Islam. Er ist ein Islam, der nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern in einem historischen Kontext entstanden ist. Um den Islam zu verste-

hen, müssen wir die historischen Rahmenbedingungen zu seiner Entstehungszeit ab dem 7. Jahrhundert berücksichtigen. Erst vor diesem Hintergrund können wir verstehen, was uns der Koran heute, im 21. Jahrhundert, sagen will. Ein solcher moderner, progressiver und damit offener Islam sollte sich an erster Stelle als eine Plattform der Entfaltung von Spiritualität und Ethik verstehen. Es geht also weniger um die Klärung von Rechtsfragen, sondern vielmehr um eine ethische Anstrengung sowie um die Entfaltung von Liebespotenzialen im Islam. Mit so einem Islam können alle in einer modernen Gesellschaft friedlich und konstruktiv zusammenleben.



© picture alliance / dpa, Foto: Caroline Seidel

An welche Traditionslinien und theologischen Diskurse in der islamischen Welt knüpfen Sie bei der Entwicklung eines solchen Islamverständnisses an?

Mouhanad Khorchide: Innerhalb der islamischen Ideengeschichte gibt es verschiedene Ansätze, auf die ich mich beziehe. Das betrifft vor allem die islamische Mystik und rationale Ansätze in der systematischen Theologie sowie die klassische islamische Philosophie, die sich im Mittelalter offen gegenüber anderen religiösen Traditionen gezeigt hat. Viele theologische und philosophische Konzepte und Ideen nicht-islamischer Denker sind damals übersetzt, kommentiert und in die islamische Theologie eingebaut worden. Vor allem vom 9. bis zum 13. Jahrhundert

wurden damit theologische Konzepte entwickelt, an die sich heute anknüpfen lässt. Daher ist mein Islamverständnis kein von außen in die islamische Tradition hineingetragenes, sondern es greift vielmehr islamische Traditionslinien, vor allem des sogenannten Mittelalters, wieder auf.

Wie kommt das bei jungen Leuten an?

Mouhanad Khorchide: Gerade junge Muslime in Europa wollen einen solchen offenen Islam. Sie finden oft keinen Anschluss in den traditionellen Moscheegemeinden und fühlen sich von diesen nicht wirklich angesprochen. Die Imame der traditionellen Verbände und Moscheen kommen meist aus dem Ausland und kennen die Lebenswirklichkeit junger

Muslime in Europa nicht. Sie repräsentieren ein Islamverständnis, nach dem meist keine Fragen gestellt werden dürfen. Die jungen Muslime müssen sehr oft vieles einfach unhinterfragt hinnehmen. Viele junge Leute suchen daher nach Alternativen. Sie wollen keinen Islam, der auf Angst und Gehorsam beruht. Sie wollen nicht bevormundet werden. Ich will ihnen dabei helfen, einen anderen Zugang zum Glauben zu finden. Es geht mir um eine Vertrauensbeziehung des Gläubigen zu Gott.

Mit welchen Widerständen haben Sie bei Ihrer Suche nach einem in Deutschland beheimateten Islam zu kämpfen?

Mouhanad Khorchide: Einerseits mit dem Widerstand von Islamisten und Salafisten. Diese Leute beanspruchen für sich, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein und den einzig wahren Islam zu vertreten. Hiervon abweichende Auslegungen lehnen sie ab. Aus dieser Richtung erhalte ich sogar Morddrohungen. Aber auch bei den großen islamischen Verbänden treffe ich zum Teil auf Ablehnung. 2013 haben diese ein Gutachten zu meinem Buch „Islam ist Barmherzigkeit“ herausgegeben, in dem sie argumentieren, ich würde mich „am Rande des Islam“ bewegen. Dabei ging es ihnen offensichtlich nicht um Inhalte, sondern um Machtfragen und damit um die Deutungshoheit über den Islam in Deutschland. Schließlich erlebe ich teilweise aber auch Ablehnung in der islamkritischen nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft. Auch hier gibt es Stimmen, die behaupten, nur der aggressive, gewalttätige Islam sei der richtige Islam. Sie werfen mir vor, ein geschöntes Bild zu zeichnen.

Wie gehen Sie mit Beschimpfungen, Diskreditierungen und Morddrohungen um?

Mouhanad Khorchide: Anfang 2013, als ich zum ersten Mal Morddrohungen erhielt, war das sehr belastend. Ich musste meine Wohnung im ersten Stock aufgeben, mich an viele Sicherheitsmaßnahmen gewöhnen und bei jedem Auftritt die Polizei benachrichtigen. Irgendwann habe ich angefangen, mich andauernd umzuschauen. Mittlerweile habe ich mich an vieles gewöhnt. Gerade wenn ich mit jungen Menschen arbeite und sehe, dass ich etwas verändern kann, gibt mir das viel Kraft und Hoffnung. Ich habe auch gelernt, besser mit Kritik umzugehen. Wenn Kritik berechtigt ist, dann versuche ich, daraus zu lernen. Wenn sie aber nur verletzend und polemisch ist, dann ignoriere ich sie.

Bekommen Sie vom Staat, von der Gesellschaft und aus den muslimischen Gemeinden genug Unterstützung?

Mouhanad Khorchide: Die muslimischen Gemeinden sind vielfältig und reagieren dementsprechend unterschiedlich auf meine Arbeit. Manche sind sehr offen und laden mich regelmäßig zu Vorträgen ein. Das trifft allerdings nicht unbedingt auf die großen Verbände zu. Aus Politik und Gesellschaft erfahre ich viel Zuspruch und Unterstützung. Das gilt vor allem für meine Universität und für das Bildungsministerium in Nordrhein-Westfalen. Auch der Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck in unserem Zentrum für Islamische Theologie im November 2013 war ein starkes Zeichen. Mir persönlich ist es aber am wichtigsten, dass aus ganz

Deutschland junge Muslime an den Lehrstuhl kommen und mir sagen, dass sie genau nach dieser offenen Auslegung des Islam suchen. Die große Zahl der Bewerbungen für unseren Studiengang betrachte ich als Bestätigung meiner Arbeit. Wir haben etwa 850 Studierende an unserem Zentrum, seit 2012 gab es um die 7.000 Bewerbungen. Auch die vielen positiven Mails und Rückmeldungen junger Muslime in Deutschland machen mir große Hoffnung.

Angesichts des großen Interesses stellt sich die Frage, welche Berufsperspektiven die Absolventen Ihres Studiengangs erwarten. Zurzeit verlassen die ersten in Deutschland ausgebildeten Religionslehrer und Theologen die Universitäten. Welche Rolle können und sollen sie spielen?

Mouhanad Khorchide: Es gibt bislang 60 bis 90 Absolventen. Bei vielen handelt es sich um Religionslehrerinnen und -lehrer, also um religiöse Multiplikatoren, die später an Schulen tätig sein sollen und hier auch als Ansprechpartner für die Eltern und Kollegen zur Verfügung stehen. Ich erwarte, dass ihre Aufnahme in den Schuldienst klappt, und hoffe, dass diese jungen Multiplikatoren ein positives Islambild in die Gesellschaft und die muslimischen Gemeinden tragen werden. Ich ermuntere meine Studenten außerdem, mit den muslimischen Gemeinden zusammenzuarbeiten, damit sich diese stärker für ein progressives Islambild öffnen.

Noch lehnen viele dieser Gemeinden und vor allem die großen Verbände, die ja auch über Berufsperspektiven von Religionslehrern mitentscheiden, Ihre

reformtheologischen Überlegungen ab. Wie wollen Sie das ändern?

Mouhanad Khorchide: Es geht hier um die Deutungshoheit. Wer spricht für den Islam? Es ist eher eine Machtfrage und weniger eine theologisch-inhaltliche. Schauen wir uns die Statistiken an. Detlef Pollack, Professor für Religionssoziologie und Sprecher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Universität Münster, hat im Mai 2016 eine Studie zur Religiosität von türkischstämmigen Muslimen in Deutschland herausgegeben. Die Studie hat ergeben, dass 32 Prozent der Befragten aus der ersten Generation mindestens einmal in der Woche die Moschee besuchen. Bei der zweiten und dritten Generation waren es nur noch 23 Prozent. Nur noch knapp ein Viertel der türkischstämmigen Muslime fühlt sich also von den existierenden Moscheegemeinden angesprochen. Das heißt: Die Zukunft gehört denen, die den restlichen drei Vierteln ein Angebot machen. Ich hoffe, dass die Vertreter der Verbände ihre Gemeinden durch die Arbeit unserer Absolventen bereichern lassen werden und verstehen, dass die jungen Muslime nach offeneren Interpretationen des Islam suchen. Sonst verlieren wir unsere Jugendlichen.

Sie sprachen die Macht- und Deutungsfrage an. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat am 9. November 2017 entschieden, dass zwei der wichtigsten Islamverbände in Deutschland keine Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sind. Was halten Sie von dieser Entscheidung?

Mouhanad Khorchide: Ich bin zwar kein Jurist, aber ich habe die Gerichtsentcheidung so verstanden, dass sie damit

begründet wird, dass die Verbände die juristischen Voraussetzungen, die an den Erwerb des Status einer Körperschaft geknüpft sind, noch nicht erfüllen. Selbst wenn diese Voraussetzungen eines Tages gegeben sein sollten, kann es nicht sein, dass nur ein Teil des Islam in Deutschland als Religionsgemeinschaft anerkannt wird. Denn der Islam ist vielfältiger, als uns bewusst ist. Auch bei der Klärung des Rechtsstatus des Islam in Deutschland muss daher dieser innerislamischen Vielfalt Rechnung getragen werden. Deshalb sollten letztendlich nicht nur die großen Verbände als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, sondern auch andere, ein progressiveres und offeneres Islamverständnis vertreten.

Was kann der Staat dazu beitragen, diese Vielfalt auch rechtlich abzubilden?

Mouhanad Khorchide: Der Islam ist nicht hierarchisch organisiert. Er kennt keine Kirche, keine religiöse Organisation und keine Mitgliedschaft. Der Staat sollte dieser Tatsache Rechnung tragen und den Muslimen in der Frage der Organisation entgegenkommen. Wenn staatlicherseits immer darauf gedrängt wird, dass die Muslime eine Art Kirche gründen sollten, werden wir in der Frage der Anerkennung nicht weiterkommen. Der Staat muss bei dieser Frage über seinen Schatten springen und überlegen, wie er neue Kooperationsformen und Kooperationswege bereitstellen kann, um dem Islam gerechter zu werden. Ich denke hierbei an Beiräte oder Expertenkomitees. Wichtig ist aber vor allem, dass in jedem Modell staatlicher Kooperation mit dem Islam die Bandbreite islamischer Prägungen repräsentiert ist.

Ich möchte meine Religion in Deutschland wiedererkennen und keine verkirchlichte Form davon vorfinden.

Das wäre aber Neuland. In allen islamischen Ländern gibt es einen offiziellen Kooperationspartner auf islamischer Seite. Sie fordern also ein völlig neues Modell der Beziehung zwischen Staat und Islam?

Mouhanad Khorchide: In den islamischen Ländern gibt es Religionsministerien, die staatlicherseits kontrolliert werden. Da herrscht ein Staatsislam. Mir geht es hingegen um einen Ansatz, der dem Selbstverständnis des Islam gerecht wird. In islamischen Ländern kontrolliert der Staat selbst die Angelegenheiten des Islam. Hier gibt es Religionsämter oder Religionsministerien, die bestimmen, was in den Moscheen gepredigt und in den Schulen gelehrt wird. Das kann kein Modell für den Islam in Deutschland sein. Ich warne davor, dass man jetzt auch hierzulande einen Staatsislam „bastelt“. Stattdessen sollten sich beide Seiten – Staat und Muslime – zusammensetzen und überlegen, wie man in einem gegenseitigen Kooperationsverhältnis den Besonderheiten des Islam und seiner Vielfalt gerechter werden kann.

Viele Beklagen eine Distanz von Muslimen zum Staat. Glauben Sie, dass eine Klärung des Rechtsstatus helfen kann, diese Distanz zu überwinden?

Mouhanad Khorchide: Wir brauchen auf jeden Fall mehr Verständigung auf juristischer Ebene. Viele Muslime fühlen sich momentan vom Staat im Stich gelassen, vor allem weil die Stimmung in der

Gesellschaft zu kippen droht. Der Islam wird in erster Linie als Bedrohung und Problem gesehen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir zur Normalität finden, sei es beim Kopftuch, beim Moscheebau, bei der Einhaltung von Gebetszeiten oder bei Minaretten. Das alles sollte zur Normalität und nicht zum Problem werden. Hierbei kann der Staat durch klare Regeln helfen.

Sie sprachen von muslimischen Vorbildern. Eines davon sind Sie selbst. Passt Ihnen diese Rolle? Wie gehen Sie damit um?

Mouhanad Khorchide: Ich sehe mich vor allem als Brückenbauer oder als jemand, der in zwei Richtungen wirken will. Auf der einen Seite kläre ich innerislamisch auf und will für einen offenen Islam werben. Auf der anderen Seite wirke ich in die Mehrheitsgesellschaft hinein und versuche, ein differenziertes Bild vom Islam zu vermitteln. Es ist nicht so, dass ich den Islam oder Deutschland verändern will. Aber ich versuche, meinen Beitrag zur Entstehung eines modernen und moderaten Islamverständnisses zu leisten.

Heißt das, dass der moderne Islam ein europäischer Islam sein wird?

Mouhanad Khorchide: Ich sehe die größten Chancen in Europa. Interessanterweise wird das in der islamischen Welt ähnlich gesehen. Ich fliege demnächst nach Kairo, wo ich an der Universität Magisterarbeiten betreue. Dort sagt man mir oft, dass man sich neue theologische Impulse aus Europa erhofft. Auch der Großscheich der Al-Azhar-Universität hat mir bei einem Besuch im vorigen Jahr gesagt:

Wir wiederholen immer die gleichen Fragen und Antworten, und wir stehen unter enormem politischem Druck, sodass wir viele Fragen und Überlegungen nicht öffentlich machen können. Aber ihr könnt in Europa frei und ohne politische Einflussnahme forschen. Wenn es zu Veränderungen kommen wird, dann werden die von euch ausgehen. Ihr habt uns mehr zu sagen als wir euch. Ähnliches höre ich von Gesprächspartnern aus Marokko, Jordanien und sogar aus Indonesien. Es ist in der Tat keine Selbstverständlichkeit, dass islamische Theologie an einer Universität so viel freien Raum hat und keinem politischen Diktat unterliegt. Das gibt es im islamischen Raum kaum. Aber das gibt es in Deutschland.

Das Gespräch führte Andreas Jacobs, Koordinator Islam und Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 28. November 2017.

Minderheit und Mehrheit

—
Über Religionsfreiheit und Toleranz

DOROTHEA WELTECKE

Geboren 1967 in Arolsen, Historikerin, Professorin für Mittelalterliche Geschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Droht „die Unterwerfung“ unter den Islam? „Islam“ bedeutet für die meisten Muslime „Hingabe“. Für sogenannte Islamkritiker und für Salafisten bedeutet „Islam“ Unterwerfung; Europa soll vergewaltigt werden, Pegida ruft zur Rettung auf. Für die Schriftstellerin Bat Ye'or steht die Einführung des

Kalifats kurz bevor. Immer mehr „Seher“ rufen, die die ersten Anzeichen dafür zu deuten meinen.

Wachsamkeit gegenüber antidemokratischer, auch religiöser und militärischer Expansion ist ohne Zweifel angebracht. Für die richtigen Bewertungen brauchen wir Analysen der Gegenwart, im Osten wie im Westen. Wer aber solche Szenarien schärft, möchte eine Herde in Bewegung setzen. Das geschieht über die Dramatisierung der Begriffe „Religion“ und „Islam“ und über eine gnadenlose Reduktion der Komplexität der Phänomene. Dabei zeigen die Gewaltereignisse des 20. Jahrhunderts, wohin die Beschwörung vermeintlicher sozialer Gesetze führen kann. Menschen, die große Angst hatten,

suchten als Kollektiv nicht die Freiheit, weder die politische noch die Freiheit des Denkens.

Dass wir vielleicht vor der Tyrannei nie gefeit sein werden, dass uns Geschichte in dieser Hinsicht nichts lehren kann, weil sie sich nicht in den Szenarien wiederholt, die wir erwartet, bekämpft und für die wir Vorsorge getroffen hatten, darüber schrieb Michel Houellebecq in seinem ebenfalls mit *Unterwerfung* betitelten Science-Fiction-Roman. Was er mit böser Ironie kariert, lesen andere als konkrete Vorhersage.

Das ist neu. Denn über Jahrzehnte war die Theorie von der unweigerlichen Überwindung der Religion durch die Vernunft westlicher Konsens. Nach 1992 formulierte Francis Fukuyama sogar die „Theorie vom Ende der Geschichte“ als dem unmittelbar bevorstehenden weltweiten Sieg von Liberalismus und Demokratie, säkularisiert selbstverständlich.

Man könnte an weitere Theorien erinnern, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts als irrig herausstellten, zum Beispiel an den Traum Ludwig Feuerbachs: „Der Atheismus aber ist liberal, freigebig, freisinnig; er gönnt jedem Wesen seinen Willen und sein Talent; er erfreut sich von Herzen an der Schönheit der Natur und an der Tugend des Menschen.“ Die unterdrückten Massen waren auch nicht freisinnig. Dass religiöse Menschen keine besseren Menschen sind, war schon im 17. Jahrhundert formuliert worden. Die diskriminierten Minderheiten sind es ebenfalls nicht.

UNTERWERFUNGALBTRÄUME

Man hätte das Scheitern solcher Theorien nutzen müssen, um in Ruhe nachzudenken. Das geschah nicht. Wir haben diese Chance verstreichen lassen, nur um neuen Propheten politische Meinungsführung zu gestatten. Statt Fukuyama wieder einmal Samuel Huntington, der den Kampf der Kulturen vorhersagt, statt Säkularisierungstheorie Unterwerfungsalbträume. Zu Vorboten der Unterwerfung werden ganz unterschiedliche Phänomene erklärt. Dass der islamistische Terror explizit nichts anderes im Sinn hat, versteht sich. Zu Vorboten der Unterwerfung wurde auch das empörende Urteil des Frankfurter Landgerichts zugunsten der Kuwait Airways, die einen Israeli nicht befördern wollte. Dazu gehörte das Verschwinden von Kreuzen auf den Käsepackungen bei Lidl. Dazu gehören auch die Forderungen strenggläubiger Gruppen, ihre Lebensweise hinzunehmen. Die Diktatur der sogenannten „intoleranten Minderheiten“ habe schon begonnen, weil sie die liberal-kapitalistischen Systeme zwangsläufig von innen aushöhlten und überformten, wie Nassim Taleb schreibt. Müssen wir also bald alle halal essen?

Die Wörter „intolerant“ und „tolerant“ sind die strategischen Waffen in dieser Polemik. Damit spielen „Seher“ mit unserer politischen Hilflosigkeit, unserem ins Wanken geratenen Wollen, der religiösen Toleranz. Toleranz, um

dies in Erinnerung zu rufen, ist die Duldung einer als falsch bewerteten Religion (oder politischen Position). Toleranz wird überflüssig, wenn die andere Position bejaht oder wenn alle Positionen gleichgültig sind. In einer pluralen Gesellschaft wollen wir, dass unterschiedliche Stimmen und Lebensweisen einen Platz haben und dass Menschen einander darin in ihrer Verschiedenheit aushalten.

Toleranz, und diese Tatsache geht in den überhitzten Streitereien unter, ist kein Wert an sich. Sie soll vielmehr Werte schützen, zum Beispiel Freiheiten wie die Religionsfreiheit. Deshalb steht es gerade nicht infrage, dass eine demokratische Gesellschaft jedes Verhalten dulden muss, das sie für falsch hält. Sie muss nicht und sie tut es nicht. So formuliert sich die deutsche Gesellschaft nicht nur ein Strafrecht; sie zieht auch Grenzen des persönlichen Ausdrucks, wenn sie zum Beispiel die Leugnung des Holocaust mit guten Gründen verbietet. Jede demokratische Gesellschaft kann diese Grenzen anders setzen. Wir haben uns in Deutschland entschieden, keine allgemeine Freiheit zum Kauf von Waffen einzuräumen, sondern ziehen ein staatliches Gewaltmonopol vor. Unser Staat schränkt Menschen in einer Weise ein, die für die Mehrheit der US-Bürger unvorstellbar ist.

AUSHANDELN, WAS RELIGION IST

Gleichzeitig sind die Freiheiten für streng religiöse Lebensführung in den USA erheblich größer als in Europa. Parallelgesellschaften wie die radikalchristlichen Amish wollen wir hier nicht dulden. Schon die Einrichtung eines Gebetsraumes in einer Universität erschien in Frankreich als derart unerträglicher Angriff auf die *laïcité*, dass Universitätspedelle absichtlich Hunde in muslimischen Gebetsnischen defäkieren ließen. Im vorvergangenen Sommer wurden Frauen in Frankreich von Polizisten gezwungen, sich unter Tränen an öffentlichen Stränden weiter auszuziehen, als sie es wollten. Wir werden uns also gesellschaftlich verständigen müssen.

Müssen wir alle auf Schweinefleisch verzichten, um tolerante Deutsche zu sein? Dürfen wir einander frohe Ostern wünschen *und* einen gesegneten Ramadan, oder dürfen wir beides nicht sagen und müssen auf eine neutrale Formulierung ausweichen? Müssen wir verschleierte Frauen als Erzieherinnen akzeptieren? Wir müssen nichts davon! Unsere Freiheit gerät auch nicht in Gefahr, wenn wir uns damit auseinandersetzen. Aber sie gerät in Gefahr, wenn wir darüber in Panik geraten. Wir müssen aushandeln, was als Religion zu betrachten ist und für welche Verhaltensweisen Freiheiten gelten sollen, denn unser heutiges Verständnis von Religion gilt nicht überall.

Besser wäre es, wir wären dabei nicht so hilflos. Besser wäre es, wir wüssten mehr über die Geschichte und die Gegenwart von religiösen Praktiken.

Sicher ist, dass die Diskussion nicht allein von denen entschieden werden kann, denen Religionen gleichgültig sind. Sicher kommt es dabei zu Wertekonflikten. Ich verlange, dass die Gleichheit von Männern und Frauen ohne Abstriche gilt. Als Nichtkatholikin, Nichtjüdin und Nichtmuslima kann ich hinnehmen, dass Frauen keine Priester werden dürfen und es nur wenige Rabbinerinnen und Imaminnen gibt. Aber ich verurteile, dass die Berliner Imamin Seyran Ateş mit dem Tod bedroht wird. Die staatliche Preisgabe von Frauen auf dem Kölner Domplatz und die groteske Berichterstattung der ersten Tage danach zeigte, wie hilflos wir mit diesen Konflikten umgehen.

HERRSCHEN, DULDEN, NICHTDULDEN

Der heutige Toleranzdiskurs in Europa steht am Ende einer langen Geschichte. Er entstand aus der Erfahrung einer totalen Entfesselung in den europäischen Religionskriegen. An die Stelle von Verfolgung, Vertreibung und Krieg trat allmählich die politische Duldung. Das galt nicht für alle; unter anderem die Emanzipation der Juden ließ noch lange auf sich warten. Während die Politik der Toleranz heute als Fortschritt und europäische Errungenschaft gefeiert wird, darf nicht vergessen werden, dass sie in einem Raum entstand, in dem das alte Nebeneinander unterschiedlicher Religionen gerade nicht mehr geduldet worden war. Es war die europäische Neuzeit, nicht das Mittelalter, die die Ghettos hervorbrachte, die Marginalisierung und die Prekarisierung von religiösen Minderheiten.

Entgegen den Mittelaltermythen duldeten christliche und islamische Herrscher zwischen 700 und 1450 in aller Regel andere monotheistische Religionen. Was man auch immer in heutigen Debatten aus dem Koran oder der Bibel meint zitieren zu müssen: Sowohl unter christlicher als auch unter muslimischer Herrschaft war es im Mittelalter bei Strafe verboten, Muslime und Juden beziehungsweise Juden und Christen im eigenen Land anzugreifen. Leben und Besitz eines Angehörigen dieser unterlegenen Religionen hatten einen rechtlich geringer bemessenen Wert, aber es hatte einen. Ihr Schutz war mit Loyalität und Steuern abzugelten. Allein Abtrünnige der eigenen Religion, Häretiker und Apostaten, hatten ausdrücklich kein Existenzrecht. Um die Hegemonie der herrschenden Religion zu sichern, wurden die Geduldeten rechtlich und sozial untergeordnet. Das System war inhärent gewalthaltig, und Gewalt trat überall in Wellen auf.

Aber das Gefüge hatte so lange Bestand, wie es wirtschaftlich einträglich war und solange es kein Mittel gab, die religiöse Einheit mit Gewalt durchzusetzen. Am Ende dieser Epoche war es möglich, wurden die Juden aus Spanien oder den deutschen Städten vertrieben und die Kirchen Asiens zerstört. Der Neuzeit erwuchs ein religiöser Fanatismus bisher unbekannter zerstörerischer Kraft. Die europäische Antwort darauf war die Toleranzphilosophie.

Daneben entstanden neue pragmatische Formen für ein Zusammenleben unterschiedlicher religiöser Gruppen in den USA, in Europa und in Asien. Dazu gehörten eine rechtliche und soziale Diskriminierung oder das Ghetto. Sie schützten in veränderter Weise wie im Mittelalter die Hegemonie der herrschenden Weltanschauung.

Die naiven und panischen Aktionen bei uns haben viel damit zu tun, dass eine demokratische Gesellschaft eine solche Hegemonie doch wohl hinterfragen muss, will sie ihren Prinzipien treu sein. Doch wie können wir den Anspruch auf religiöse Hegemonie aufgeben und zugleich die freiheitlichen und demokratischen Prinzipien nicht zuletzt gegenüber neuen hegemonialen Ansprüchen schützen? Diese Herausforderung ist weltweit noch nicht gelöst, auch nicht von den Europäern. Die Freiheits- und Gleichheitspostulate der Französischen Revolution, die heute als stolzes Erbe gegenüber der befürchteten „Unterwerfung“ beschworen werden, wurden nicht einfach verwirklicht. Um alte Hegemonien zu schützen, ersannen Wissenschaftler und Philosophen vielmehr neue Ungleichheitsbegründungen, zum Beispiel Theorien von biologisch-rassischer Minderwertigkeit, vom physiologischen Schwachsinn des Weibes. Damit konnte effektiv die Einlösung des Gleichheitspostulats blockiert werden, zum Teil bis jetzt. Eine andere Strategie war im 19. Jahrhundert die These, dass Katholiken oder Juden ihrer religiösen Bindung halber überhaupt keine loyalen Staatsbürger sein könnten. Sie wird jetzt wieder aufgestellt, über Muslime.

WIRKLICHKEITSTEST DER RELIGIONSFREIHEIT

Eine Bedingung für die gleichberechtigte Teilhabe, also die rechtliche Emanzipation der Juden, war die Assimilation, die Unsichtbarkeit, die Aufgabe alltäglicher religiöser Praxis. Angesichts dieser Erfahrung, die auch eine Verlust-erfahrung war, formulierte der jüdische Historiker Salo W. Baron in den USA 1928 die Hoffnung, dass nun die Zeit gekommen sei, in der demokratische Freiheitsrechte auch für eigensinnige Lebensformen religiöser und ethnischer Minderheiten Raum bieten könnten, in der Loyalität und Besonderheit sich nicht ausschließen müssten. Er schrieb dies angesichts der sich weltweit ausbreitenden Welle diktatorischer Regime.

Fast hundert Jahre später, nach dem Holocaust, angesichts furchtbaren Terrors und Flucht, können und müssen wir über diese Hoffnung erneut nachdenken. Das war bisher nicht nötig, denn in Deutschland gab es – nicht seit dem Mittelalter, sondern erst seit 1945 – keine größeren und sichtbaren religiösen Gruppen mehr, an denen wir unsere politische Läuterung hätten ausprobieren können. Menschen, die sich für Opfer halten (der Tyrannei der Kirche, des Weltjudentums, des Weltislams, des Weltkommunismus), können jedoch keinen klaren Gedanken fassen. Aber wir wollen.

Separatismus und Politik- verdrossenheit

Über Referenden in Autonomie- und Sezessionsprozessen

FRANCESCO PALERMO

Geboren 1969 in Bozen (Südtirol, Italien), Jurist, Leiter des Instituts für Vergleichende Föderalismusforschung von Eurac Research in Bozen, parteiloses Mitglied des italienischen Senats.

Noch bis vor Kurzem ist den Themen Föderalismus, Dezentralisierung, aber auch Sezession wenig Beachtung geschenkt worden. Zu groß waren die globalen Herausforderungen, und vielfach war man

der Ansicht, die Wirtschaftskrise, der Terrorismus und die Migrationsbewegungen bedürften einer einstimmigen Antwort der Nationalstaaten. Die Ohnmacht internationaler beziehungsweise supranationaler Einrichtungen, wie der Europäischen Union (EU), die eigentlich die naheliegenden Antwortgeber sein sollten, trug zudem dazu bei, dass sich die Zuständigkeit vermehrt auf die Staaten selbst konzentrierte. Ihre zentrale Rolle auf internationaler Ebene steigerte die Attraktivität

der Unabhängigkeit und löste damit einen regelrechten Wettlauf zu mehr Eigenstaatlichkeit aus.

Parallel dazu legten die Bürger ihren Vertrauensvorschuss gegenüber politischen und institutionellen Akteuren zur Bewältigung dieser Phänomene auf die Waagschale und kritisierten die anscheinend hilflosen und zu langsamen Maßnahmen. Schnelle Antworten blieben aus, wodurch auch der Geduldsfaden der Bürger riss. Diese wenden sich immer mehr von ihren traditionellen Vertretern ab und sind frustriert aufgrund ihrer mangelnden Einbindung und der komplexen Entscheidungsprozesse.

Profiteure dieser Verbitterung sind Politiker, die mit griffigen Parolen, verheißungsvollen Versprechungen und reaktionsschnell dort ansetzen, wo den Wähler der Schuh drückt. Und manchmal drückt er in Richtung Separatismus.

TRÜGERISCHES WUNDER- MITTEL SEZESSION

Trotzdem darf das zunehmend beliebte Thema der Sezession kein Tabu sein. Gerade wir Juristen verharren häufig im Status quo, klammern uns an die geltenden Regelungen und vergessen, dass es sich nur um Momentaufnahmen handelt, die sich auch wandeln können.

Seit meiner Geburt sind 56 neue souveräne Staaten entstanden, durchschnittlich mehr als einer pro Jahr. Allerdings sollte man die Möglichkeit der Sezession nicht mit unrealistischen Versprechen verbinden, die unmöglich eingehalten werden können. Der Glaube daran, dass die Unabhängigkeit alle Probleme wie von

Zauberhand vom Tisch wischen kann, ist trügerisch.

Der Herbst 2017 war richtungsweisend, um weltweite Entwicklungen zu beobachten, Konzepte in einen großen Kontext zu stellen und Lösungen zu sondieren. Innerhalb von vier Wochen fanden drei Referenden statt, die das Verständnis von Autonomie und Föderalismus weltweit künftig mit prägen werden.

Bei dem vom damaligen Präsidenten der irakischen Kurden, Masud Barzani, ausgerufenen Referendum sprachen sich am 25. September 2017 93 Prozent der Wähler in der Autonomen Region Kurdistan bei einer Beteiligung von rund 72 Prozent für ihre Unabhängigkeit aus. Von den irakischen Behörden wurde es als illegal deklariert, und auch international stieß es auf Ablehnung.

Am 1. Oktober 2017 fand in Katalonien das umstrittene Referendum zur Abspaltung von Spanien statt, bei dem Madrid mit harten Reaktionen dagegenhielt. Während die Mehrheit der Wähler für die Unabhängigkeit stimmte (90 Prozent), trug die schwache Beteiligung von rund 43 Prozent dazu bei, dass die Zustimmung zur Unabhängigkeit bei weniger als 40 Prozent der katalanischen Bevölkerung lag, was nicht ausreicht, um eine neue verfassungsrechtliche Legitimität zu bilden.

Am 22. Oktober 2017 stimmten die beiden norditalienischen Regionen Lombardei und Venetien in einem Referendum, das im Vorfeld verhandelt wurde und somit legal war, über mehr Autonomie ab. Während die Beteiligung in Venetien bei 57,2 Prozent und in der Lombardei lediglich bei 38,3 Prozent lag, war das Ergebnis in beiden Regionen erwartungsgemäß ein Plebiszit für mehr Autonomie (98,1 beziehungsweise 95,3 Prozent).

Trotz der starken Mobilisierung und der großen Euphorie, die Referenden auslösen, sind die Folgen oft wenig konkret. So bleibt im Grunde genommen alles beim Alten – mit Ausnahme der Enttäuschung der Wähler, denen im Vorfeld des Referendums das Blaue vom Himmel versprochen wurde und die hinterher feststellen müssen, dass ein Sezessionsprozess oder Verhandlungen über mehr Autonomie nicht von heute auf morgen über die Bühne gehen. Ein Plebiszit mag zwar einem der Verhandlungspartner zu politischer Macht verhelfen, aber Verhandlungen sind trotzdem notwendig – es sei denn, der Konflikt wird mit Gewalt gelöst.

ENTSCHEIDEND SIND DIE SPIELREGELN

Es wäre falsch, aus den aktuellen Geschehnissen den Schluss zu ziehen, dass Sezessions- und Autonomiebestrebungen an sich eine Gefahr darstellen oder eine Lösung anbieten; entscheidend ist der Prozess. Verfassungsrechtler haben bisher die Sezessions- und Autonomiebewegungen lediglich aus einer Distanz beobachtet. Doch mit deren wachsendem Gewicht nimmt das Interesse des Verfassungsrechts zu, das allerdings sein Hauptaugenmerk mehr auf das „Wie“ als auf das „Ob“ entsprechender Referenden richtet. Es geht darum, Spielregeln und einen klaren Spielverlauf aufzustellen, um derartigen Prozessen eine breite Legitimität zu verleihen. Ein im Vorfeld definiertes Vademecum wäre ein effizientes Mittel gegen Politikverdrossenheit. Denn nichts sorgt für mehr Unmut in der Gesellschaft als flexibel zu rechtgelegte Richtlinien.

Eine Frage ist die Definition des wahlberechtigten Volkes. Die Antwort ist je nach Situation unterschiedlich und durchaus problematisch, da sie entscheidend für den Ausgang eines Referendums ist. Beim schottischen Unabhängigkeitsreferendum durften beispielsweise auch Sechzehnjährige sowie in Schottland ansässige EU-Bürger wählen. Beim Brexit-Referendum wiederum waren Sechzehnjährige genauso wie langjährig im Ausland ansässige Briten von der Wahl ausgeschlossen. In Katalonien hingegen waren dort ansässige Ausländer nicht wahlberechtigt, während im Ausland ansässige Katalanen sich beteiligen durften.

Eine weitere Spielregel betrifft das Objekt, das zur Abstimmung vorliegt. Gerade Referenden über die Unabhängigkeit lassen in der Regel keine Schattierungen zu, sondern sind ausschließlich eine Wahl zwischen Schwarz und Weiß. Während beim schottischen Referendum im Jahr 2011 noch die sogenannte *devolution max*, also die vollständige Steuerautonomie, im Raum stand, verschwand diese später vom Stimmzettel. Auch hier lassen sich lediglich Vermutungen anstellen; anzunehmen ist, dass diese Option die meisten Stimmen erhalten hätte, wie es schließlich mit dem *Scotland Act 2016* eingetreten ist. Laut Umfragen wäre eine Erweiterung der Autonomie Kataloniens immer noch – auch nach dem illegalen Unabhängigkeitsreferendum und seinen Folgen – die beliebteste Option in jener Region.

Des Weiteren sollte auch dem „Wie“ im Vorfeld größere Beachtung geschenkt werden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden Referenden für eine territoriale Neukonfigurierung unabdingbar, um dem Prozess eine gewisse Legitimität und politische Stärke zu verleihen.

Referenden sind jedoch immer problematisch, weil ihre Regeln zu ungenau sind. Weder beim Referendum zum Brexit noch bei jenem in Katalonien waren beispielsweise ein Beteiligungs- oder ein Befürwortungsquorum erforderlich, von einer vielfach zitierten (und vom kanadischen Obersten Gerichtshof im Kontext des Unabhängigkeitsreferendums von Quebec entwickelten) „klaren Mehrheit“ der Beteiligung beziehungsweise der Zustimmung konnte in beiden Fällen keine Rede sein. Gerade aus diesem Blickwinkel wäre es begrüßenswert, einen langfristigen Zeitplan für Sezessions- und Autonomieprozesse festzulegen, bei dem man das Referendum in genau definierten zeitlichen Intervallen wiederholen könnte, um die Tendenzen zu analysieren. Aus Meinungsumfragen wissen wir, dass eine Wiederholung des Brexit-Referendums bereits eine Woche nach der Abstimmung ein anderes Ergebnis erzielt hätte. Zudem wäre es förderlich, das Referendum bereits im Anfangsstadium nicht als einziges Entscheidungsinstrument zu betrachten, sondern das nationale sowie das lokale Parlament in den Prozess einzubinden sowie Gutachten von den Gerichtshöfen einzuholen. Auch eine sachliche Aufklärung über mögliche Konsequenzen würde späteren Enttäuschungen vorbeugen.

KEINE ALTERNATIVE, SONDERN ERGÄNZUNG

Dieses mehrstufige Prozedere mag zwar langwierig erscheinen und allen Beteiligten viel Geduld abverlangen. Aber Verhandlungen sind das einzige Mittel, um legitimierte politische Ziele, die von der

breiten Bevölkerung mitgetragen werden, zu erreichen. Referenden mögen zwar eine starke Symbolkraft haben, da die Bürger sich begeistern und mitreißen lassen. Doch wenn die Diskussion zu sehr von Emotionen diktiert wird, wird sie zu einer Gefahr. Langfristige Lösungen erfordern Dialog, die Bereitschaft, extreme Positionen aufzugeben, und einen transparenten Ablauf, damit die Bürger zu keinem Zeitpunkt instrumentalisiert und hinter Licht geführt werden.

In einer Zeit, in der immer mehr Menschen gut informiert und die Beschlüsse komplex sind, werden die Stimmen nach größerer Einbindung in die Entscheidungsprozesse lauter. Die Bürger in den Autonomieregionen – und vielleicht nicht allein dort – sind nicht mehr ohne Weiteres bereit, alle Entscheidungen des Nationalparlaments oder der Zentralregierung zu akzeptieren. Selbst wenn solche Entscheidungen rechtlich legitim sind, ist ihre Wahrnehmung eine andere. Die Menschen wollen teilnehmen, und Partizipation ist der einzige Weg aus der Politikverdrossenheit. Aber wichtig dabei sind die Regeln und die Verfahren der Partizipation. Referenden sind oft Teil populistischer Antworten, weil sie nur ein „Ja“ oder ein „Nein“ kennen.

Mit anderen Worten: Referenden sind dann populistisch, wenn sie als isolierte Methode verwendet werden. Sie können sich jedoch bei Sezessions- und Autonomiebestrebungen als sehr hilfreich erweisen, wenn sie in einen komplexeren Prozess eingebettet sind, der Verhandlungen vorsieht und allen, die dies wünschen, die Möglichkeit bietet, ihre Vorschläge einzubringen.

Heimat lebt

Ein neues Politikfeld als Antwort auf Globalisierung und Digitalisierung

INA SCHARRENBACH

Geboren 1976 in Unna, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Heimat? Heimat! Ein neues Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen: In den ersten Tagen und Wochen haben viele gefragt: „Was soll denn das?“ Aber: Die Entscheidung des

Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Nordrhein-Westfalen Armin Laschet, ein solches Ministerium zu gründen, hat den Nerv unserer Zeit getroffen.

Für die CDU ist „Heimat“ nichts Neues: Seit über sieben Jahrzehnten ist die Union die gestaltende Partei unserer Heimat in der Bundesrepublik Deutschland. In ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2010 in Nordrhein-Westfalen hatte bereits der damalige Bauminister und heutige Minister der Finanzen Lutz Lienenkämper „Heimat“ eng mit Fragen des Städtebaus verknüpft. Vor diesem Hintergrund schließen wir nahtlos an unsere damalige Regierungszeit an.

Für „Heimat“ gibt es keine allgemeingültige Definition: Jede und jeder wird die Frage „Was bedeutet für Sie Heimat?“ anders beantworten – für die einen sind es die Orte der Kindheit, die Familie, Freunde, Stadtviertel, für andere wiederum der Lieblingsfußballverein oder die Gemeinschaften, in denen man sich bewegt, sich aufgehoben und sicher fühlt.

Heimat ist Verwurzelung und Tradition. Heimat ist Beteiligung. Heimat sind Städte und Gemeinden. Heimat ist Stadtentwicklung. Heimat ist Gemeinschaft.

Aber eines eint alle Antworten: Heimat hat mit Traditionen, mit unsichtbaren Wurzeln eines jeden Menschen zu tun, die Halt, Orientierung und Überschaubarkeit in einer unübersichtlich gewordenen Welt bieten. Heimat bedeutet, einen Anker zu haben. Heimat hat mit Vertrautem und dem Bewahren von Orientierung zu tun.

Alltäglich ist die Welt zu Gast bei Ihnen im Wohnzimmer, auf Ihrem Smartphone oder Tablet. Nachrichten kommen aus fernen Teilen der Welt: Amerika, Russland, Syrien, Nordkorea, Afrika. Die Welt ist über die Medien zusammengerückt und scheint derzeit doch so weit auseinanderzuliegen wie lange nicht mehr.

GEFÜHL VON ÜBERFORDERUNG

Es ist, als würden Buchdruck, Uhr, Telefon und Auto in der gleichen Minute erfunden und innerhalb eines Jahres zur technischen Vollendung gebracht. Die Gleichzeitigkeit technologischer und gesellschaftlicher Umwälzungen erzeugt ein ständiges Gefühl von Überforderung. Sie führt dazu, dass wir nur noch einen kleinen Teil von dem wissen können, was sich in der Welt ereignet.

Viele sagen: Es ändert sich alles – nichts ist mehr so, wie es war. Zu viele Menschen haben das Empfinden, dass sich die Welt zu schnell dreht, dass sie nur noch funktionieren müssen.

Ja, zum Teil stimmt das. Sieben Milliarden Menschen leben auf dieser Welt. Sie verändern sich nicht binnen einer Generation. Aber: Facebook, Google und Twitter lassen uns kurzatmiger und abstrakter werden. Insofern verändert sich der Mensch durch den technologischen Wandel mindestens ebenso stark wie durch die Erfindung der Elektrizität, des Autos oder durch die Fortschritte der Medizin.

Und dennoch: Jede Generation wurde und wird mit den Veränderungen ihrer Zeit konfrontiert. Veränderungen zu gestalten, hat viel mit Heimat zu tun. Der Begriff „Heimat“ greift die Gefühle der Menschen auf, das Verlangen nach Überschaubarkeit. Heimat ist die Antwort auf Globalisierung und Digitalisierung. Traditionen zu bewahren und diese gleichzeitig weiterzuentwickeln und an die nächste Generation weiterzugeben, ist eine Herausforderung, der sich die Menschen vor Ort genauso stellen wie wir als Landesregierung und Mitglieder des Landtags. Heimat lebt!

Von Anfang an hat unsere neue Landesregierung Wert darauf gelegt, ländliche Räume und Städte wieder zusammenzuführen – nach sieben Jahren politischer Spaltung durch die Vorgängerregierung: Menschen im ländlichen

Raum sind keine Menschen zweiter Klasse und Menschen im städtischen Raum keine Menschen erster Klasse.

„HEIMAT-GESTALTER“

Ländliche Räume und Städte müssen sich unterschiedlichen Herausforderungen für die Zukunft stellen: Sie haben ein Anrecht darauf, dass die Landespolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten dabei hilft, diese Herausforderungen zu meistern. Unseren Städten und Gemeinden geben wir Handlungsspielräume zurück: Denn hier gestaltet die Bürgerschaftsgesellschaft ihre Zukunft.

Der Mensch stand und steht im Mittelpunkt einer christlich-demokratischen Politik – unabhängig davon, ob sie oder er im ländlichen Raum oder in einer Stadt wohnt. Diese Wertschätzung des Menschen und unserer Regionen – in ihrer Vielfalt und in ihren Unverwechselbarkeiten – wird in dem Ministerium für Heimat zum Ausdruck kommen. Nur eine Politik, die wertschätzt, was Menschen jeden Tag in unserem Land im Großen und vielmehr im Kleinen leisten, wird dazu beitragen, dass Heimat bewahrt und gleichzeitig für die Zukunft gestaltet werden kann.

Nordrhein-Westfalen hat viele „Heimat-Gestalter“: Frauen und Männer, ob jung oder lebenserfahren, setzen sich vor Ort für ihre Heimat ein. Jede Region hat ihren eigenen Charakter, ihre Stärken; dafür engagieren sich jeden Tag Zigtausende Ehrenamtler. Ohne Ehrenamt sei kein Staat zu machen, heißt es immer wieder, und dies ist durchaus wörtlich gemeint. Ehrenamt bedeutet nicht, einzuspringen, wo Staat fehlt. Ehrenamt ist vielmehr Ausdruck von Bürgertum, Ausdruck eines bürgerlichen Selbstverständnisses als starkes und solidarisches Mitglied der Gemeinschaft. Ehrenamt ist somit letztlich die Wahrnehmung und Ausübung von Freiheit für ein Ziel, das einem selbst wichtig ist und das man mit der Gemeinschaft teilt.

Bürgerengagement ist kein Opfer, keine Wohltätigkeit. Es ist eine logische Ableitung aus dem bürgerlichen Verständnis von Solidarität der Starken mit den Schwachen.

„ENTDECKE, WAS UNS VERBINDET!“

Es ist keine Solidarität *gegen* etwas, sondern *für* etwas, auch für ein soziales Miteinander. Es ist die Freiheit jeder Bürgerin und jeden Bürgers, sich eigenverantwortlich einzubringen, sich zu engagieren. Diese Freiheit ist unverzichtbar. Sich diese Freiheit aber auch zu nehmen, ist nicht selbstverständlich.

„Entdecke, was uns verbindet!“ – ein treffenderes Motto zum Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018 hätte man nicht finden können. Bei „Heimat“

geht es um das Verbindende, um die Gemeinschaft und den Zusammenhalt. Heimat schenkt uns Halt, ist überschaubar, ist sicher. Aber Heimat sperrt niemanden aus. Heimat muss offen sein. Heimat heißt auch neue Heimat. Wir respektieren die Geschichte jedes Menschen, jeder bringt etwas mit. Heimat hat offene Arme, sie grenzt nicht aus, sie schließt ein. Heimat entwickelt sich weiter. Um Menschen bei diesen Veränderungen mitzunehmen, müssen wir Traditionen bewahren. Nehmen wir das Beispiel Denkmalschutz: Jugendliche entdecken durch den Besuch eines Denkmals nicht nur einen Ort, sondern auch Geschichte und Werte. Das schafft Heimat für jeden.

Das Jahr 2018 stellen wir daher unter das Stichwort „Heimat.Europa“. Viele wiederkehrende Ereignisse erinnern an unser historisch-kulturelles Erbe, an unsere Traditionen, unsere Geschichte und an das Zusammenwachsen auf unserem Kontinent nach zwei Weltkriegen: 370 Jahre Westfälischer Friede, 200 Jahre Aachener Kongress, 170 Jahre Deutsche Revolution, 100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 50 Jahre UNESCO-Weltkulturerbe „Aachener Dom“ und vieles mehr.

2018 wird ebenso der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen beendet. Das bedeutet das Ende einer jahrhundertalten Industrie, die viel mit Tradition zu tun hat. Bergleute, die mit Stolz jeden Tag einfahren und eingefahren sind. Ein Zusammenhalt, ohne den es unter Tage nicht geht, weil man sich aufeinander verlassen muss. Ein Ende, das mit viel Wehmut und Tränen einhergehen und das mit neuen Anfängen verbunden sein wird. Auch das gehört zur vielfältigen Heimat in Nordrhein-Westfalen.

„Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen“: Es ist unser Land, es ist unser Anspruch. Heimat zu gestalten heißt, Traditionen zu bewahren und diese weiterzuentwickeln. Für eine Heimat, die alle einschließt.

Eine Zäsur?

Das „Jamaika-Aus“ im November 2017

HANS JÖRG HENNECKE

Geboren 1971 in Zülpich, außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft, Universität Rostock. Der Autor ist Mitherausgeber des jüngst erschienenen Sammelbandes „Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel“ (Verlag Ferdinand Schöningh).

Noch stinkt und qualmt, um ein Bild der amerikanischen Historikerin Barbara Tuchman zu bemühen, der Schutthaufen der Geschichte. Noch sind die politischen Deutungskämpfe um das „Jamaika-Aus“ im Gange: Wer oder was war schuld am Scheitern der Sondierungsverhandlungen zwischen Union, FDP und Grünen? Wie nah war man dem Ziel einer Koalition?

War „Jamaika“ eine verpasste Gelegenheit oder doch nur der Kelch, der gottlob am Lande vorübergegangen ist?

Diese Fragen werden Memoirenschreiber und Zeithistoriker künftig beschäftigen. Keine Frage: Die gescheiterte Regierungsbildung ist eine der nicht so seltenen Weggabelungen, an denen die Geschichte der Bundesrepublik leicht anders hätte verlaufen können. Doch auch so haben die Bundestagswahl 2017 und die nachfolgenden Bemühungen um eine Regierungsbildung eine besondere historische Qualität. Jahrzehntelang war die unter schwierigsten Bedingungen entstandene Bundesrepublik ein Hort der ökonomischen und politischen Stabilität, der auch deshalb mehr und mehr eine Führungsrolle in der Europäischen Union

zugewachsen ist, ohne dass sie sich danach wirklich gedrängt hätte. Dieses Selbstverständnis gerät nun ins Wanken. Die Regierungsbildungskrise 2017/18 ist wahrscheinlich kein politischer Betriebsunfall. Sie gibt einen Vorgeschmack darauf, dass der Bundesrepublik schwierige Zeiten bevorstehen könnten.

Es ist eher ein nebensächliches Ergebnis der „Jamaika“-Verhandlungen, dass sich das Verhältnis von Union und Grünen entkrampft hat. Ohne Zweifel haben CDU, CSU und Grüne während der Verhandlungen einen weiten Weg der Verständigung und der Annäherung bewältigt, und das dürfte bei künftigen Gelegenheiten auf Bundes- und Landesebene die Bildung von Koalitionen erleichtern. Doch ob es dazu kommt, hängt wesentlich davon ab, ob die realpolitische und pragmatische Haltung, die die Grünen – angetrieben von ihren Landesverbänden Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein – mehrheitlich eingenommen haben, sich stabilisiert. Ausgemacht ist das nicht.

RISSE IM BILD

Die historische Qualität der aktuellen Situation liegt in etwas anderem. Man muss sich noch einmal vor Augen halten, was die politische Praxis der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg geprägt hat: eine starke Konzentration des Parteiensystems mit zwei großen Volksparteien, die einigermaßen auf Augenhöhe miteinander im Wettbewerb um die politische Verantwortung standen, eine äußerst begrenzte Zahl der politisch denkbaren Koalitionsoptionen, daraus folgend die Bildung von politisch gewollten Koalitionen und eine hohe

Transparenz der Koalitionsoptionen für den Wähler. All dies ermöglichte langlebige Koalitionen und führte zu einer geringen Zahl von Regierungskrisen, Macht- oder Koalitionswechsellern.

Erste Risse bekam dieses Bild im Jahre 2005, als nur unter großen Mühen eine „Koalition der Unwilligen“ gebildet werden konnte. Die Prozesse der Regierungsbildung verliefen bis dahin ausgesprochen berechenbar. Seit der komplizierten Regierungsbildung 1961 hatten sich die Rituale der Koalitionsverhandlungen allmählich als politische Praxis verfestigt. Dazu gehörten die variable Formalisierung der Verhandlungsprozesse und die Verschriftlichung und Veröffentlichung der Ergebnisse in Koalitionsverträgen.

Zwei weitere Elemente kamen hinzu: einerseits eine zunehmende Inszenierung der Koalitionsverhandlungen für die Öffentlichkeit, andererseits mit Blick auf die unterschiedlichen Debattenkulturen der beteiligten Parteien der Ausbau von weitreichenden Partizipationsmöglichkeiten in großen Verhandlungsdelegationen oder durch Einbindung von Parteigremien und Mitgliederentscheiden. Noch 2013, als die widerstrebende SPD von ihrer Parteiführung zielstrebig in eine Koalition manövriert wurde, wirkte diese langfristige Ausdifferenzierung der Koalitionsbildung zweckdienlich und adäquat. Im Jahre 2017 wurde die Komplexität der Verhandlungen jedoch überdehnt und bis zu einem Punkt geführt, an dem sie nicht konsens- und vertrauensstiftend, sondern kontraproduktiv geriet. Das gilt sowohl für die große Zahl der Beteiligten als auch für die mangelnde Kommunikationsdisziplin und das fehlende Erwartungsmanagement über Verhandlungsthemen und Zwischenergebnisse. So kam es zu

der ersten wirklich gescheiterten Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik.

KOALITIONSPOLITISCHE EXPERIMENTE

Durch das Scheitern der „Jamaika“-Verhandlungen steht der Bundesrepublik voraussichtlich eine Ära der koalitionspolitischen Experimente bevor. Die Bundesrepublik könnte künftig häufiger von komplizierten Patchwork-Koalitionen regiert werden, die nur sehr eingeschränkt zu gemeinsamer Sinnstiftung fähig sind und politische Anliegen der einzelnen Partner additiv und inkohärent umsetzen. Solche Koalitionen werden nur unter großen Mühen das Licht der Welt erblicken und unter strategischer Unsicherheit und Schwäche der beteiligten Parteiführungen leiden. Die Komplexität der Verhandlungsformate zur Bildung und zum Management solcher Koalitionen wird vermutlich weiter zunehmen.

Selbst wenn Union und SPD im Frühjahr 2018 doch noch einmal zu einer fragilen Koalition zusammenfinden sollten, wird das Modell der „Großen Koalition“ nicht mehr der verlässliche Ausweg aus Regierungsbildungskrisen sein. Schon bei der Bundestagswahl 2013 haben die drei Parteien CDU, CSU und SPD nur noch gut 53 Prozent der Stimmen erreicht. Es ist also gut vorstellbar, dass sie ihre gemeinsame Mehrheitsfähigkeit – wie bereits in Berlin und Sachsen-Anhalt – auf Bundesebene einbüßen. Ohnehin dürften systemkritische und radikale Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder die Linkspartei (Die Linke) noch über

weiteres Mobilisierungspotenzial verfügen, wenn die Parteien der Mitte durch Kooperationsunfähigkeit Angriffsflächen bieten. Die CDU gerät derzeit in die undankbare Rolle einer zentralen Hegemonialpartei, die sich mit tief verunsicherten und auseinanderstrebenden Parteien arrangieren muss, um stabile Regierungen zu bilden.

NUR PROBLEMATISCHE AUSWEGE

Wenn aber die Parteien der Mitte in einem fragmentierten und polarisierten Parteiensystem zu zweit, zu dritt oder zu viert nicht mehr mehrheitsfähig oder koalitionswillig sein sollten, gibt es – abgesehen von einer Wahlrechtsreform mit mehrheitsbildenden Effekten – nur zwei heikle Auswege, die beide der historischen Erfahrung der Bundesrepublik zuwiderlaufen: Entweder wird die Vorstellung salonfähig, dass man eine der radikalen Parteien durch Koalitionsbildung oder durch Tolerierungsabsprachen zum relevanten Faktor in der Regierungsbildung machen sollte, oder die Idee einer Minderheitsregierung gewinnt an Attraktivität. Beide Optionen sind auf Ebene der Bundesländer von der SPD ohne große Skrupel erprobt worden: So hat sie 2014 in Thüringen einem Ministerpräsidenten der Linken ins Amt verholfen, und 2010 führte sie über eine von der Linken tolerierte Minderheitsregierung einen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen herbei.

Durch das Scheitern der „Jamaika“-Verhandlungen wurden neue Optionen eröffnet, die jenseits des routinierten Zusammenspiels der politischen Institutionen liegen. Der Bundespräsident ist aus

seinem verfassungspolitischen Dornröschenschlaf erwacht. Man wird ihn künftig bei Regierungsbildungen mit auf der Rechnung haben müssen, weil er allein zwischen den Alternativen Minderheitsregierung oder Neuwahl zu entscheiden hat und auch das bisher ungenutzte Instrument des Gesetzgebungsnotstandes nach Artikel 81 des Grundgesetzes ins Spiel bringen könnte, um eine negative Mehrheit des Bundestages zu umspielen.

NEUARTIGE VORSTELLUNGEN

Es ist verständlich, dass die Vorstellung einer Minderheitsregierung auf große Bedenken stößt. Aber wenn sich Situationen wiederholen, in denen es keine handlungsfähige Parlamentsmehrheit gibt, dürfte sie ihren Schrecken notgedrungen allmählich verlieren. Sceptiker könnten registrieren, dass seit Langem die allermeisten Bundesregierungen faktisch Minderheitsregierungen waren, weil sie Mehrheiten im Bundesrat suchen mussten.

Ebenso neuartig sind – gemessen an der bisherigen politischen Praxis – Vorstellungen von Koalitionen, deren Partner

nicht in allen Fragen gemeinsam agieren, sondern sich auf die Koordination von Kernthemen beschränken und ansonsten ohne Rücksicht aufeinander für politische Fragen punktuelle Mehrheiten außerhalb der Koalitionsdisziplin suchen. Die Durchsetzung der „Ehe für alle“ im Sommer 2017 gab auf solche Verhältnisse einen Vorgeschmack.

FRAGILE FÜHRUNG?

Man muss „Jamaika“ nicht nachtrauern. Aber die Aussichten sind nicht verlockend. Die Bundesrepublik könnte auf absehbare Zeit von Regierungen mit schwachem Zusammenhalt geführt werden. Vorausschauende Reformstrategien im Inneren dürften dann nur schwer durchsetzbar sein. Nach außen könnte die Bundesrepublik an politischer Führungskraft einbüßen und müsste deshalb fadenscheinige Kompromisse die Hand reichen, die das Subsidiaritätsprinzip und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union tendenziell schwächen. Mehr denn je wird es in Zukunft auf die persönliche Führung aus dem Kanzleramt heraus ankommen.

Viel Lärm, wenig Politik

Donald Trump im Weißen Haus – Staffel 1

NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, 2017 bis Februar 2018 Leiter des Auslandsbüros Washington der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bevollmächtigter des Saarlandes für Innovation und Strategie.

Ein Jahr Trump. Ein Jahr Hysterie. Ein Jahr Twitter-Stürme. Ein Jahr Überraschungen. Ein Jahr Peinlichkeiten. Ein Jahr Spekulationen. Ein Jahr Unsicherheit. Vor allem aber war dieses erste Jahr der Amtszeit von Donald Trump als Präsident der USA eines, das klare Analysen und nüchterne Bewertungen extrem schwierig macht. Zu laut war das mediale Rauschen, zu lang ist die Liste der Skandale, zu groß waren die offensichtlichen Lügen, zu heftig die Provokationen und zu irritierend die Geschmacklosigkeiten. Die Wahl Donald Trumps und sein erstes Jahr im Amt führten auch in Deutschland dazu, dass die USA in den Medien so viel Raum einnahm-

men wie vermutlich selten zuvor. Noch immer vergeht kaum ein Tag ohne Trump-Schlagzeilen. „Trump“ verkauft sich. „Trump“ wird geklickt. Die mediale Aufmerksamkeit richtet sich dabei vorrangig auf Donald Trumps Persönlichkeit. Es geht um Stil, um verbale Entgleisungen, um seine unorthodoxe Ästhetik, um Impulsivität, Pannen und Fehlgriffe. Donald Trump bleibt bei alledem mit der Instinktsicherheit des erfahrenen und überaus erfolgreichen Fernsehers in der Offensive. Er kennt sein Publikum und sorgt für hohe Quoten. Trumps proaktiver Strom aus immer neuen präsidentiellen Erlassen, vollmundigen Ankündigungen und dem bewussten Anzetteln öffentlicher Konfrontation bestimmte in diesem ersten Amtsjahr die Agenda medialer Diskurse auf der ganzen Welt. Donald Trump ist der Meister des Themenwechsels. Ob er sich mit der „National Football League“ anlegt,

prominente Journalisten provoziert, abwertende Kommentare über andere Länder macht oder Skandalbücher verbieten lassen will: Die Trump-Titelgeschichte von heute ist mit Sicherheit morgen schon nicht mehr relevant. Kaum jemand erinnert sich noch daran, was der jeweils konkrete Anlass für die Aufregungen vergangener Wochen und Monate war. Mit immer neuen Eskapaden verhindert Trump erfolgreich, dass Debatten zu politischen Konsequenzen führen. Ein Jahr lang ist die Medienöffentlichkeit Donald Trump zuverlässig hinterhergelaufen. Doch was ist abgesehen vom Medienphänomen und von fortwährender Aufregung politisch passiert?

VERZERRUNG POLITISCHER PRIORITÄTEN

Lange Zeit sah es so aus, als wäre das einzige handfeste politische Ergebnis der Trump-Präsidentschaft die Ernennung von Neil Gorsuch zum Richter am Obersten Gerichtshof. Dass Trump Gorsuch installieren konnte, ist als wichtiger Erfolg zu werten. Für sehr viele Anhänger der Republikaner in den USA war die Ernennung eines konservativen obersten Richters auf Lebenszeit ein hinreichender Grund, Trump zu wählen und ihn trotz erheblicher Abneigung gegen seine Persönlichkeit weiterhin zu unterstützen. Gorsuch erfüllt eine lang gehegte Sehnsucht der amerikanischen Konservativen nach einer Gegenwehr gegen die empfundene Bevormundung durch linksliberale Wertvorstellungen und politische Korrektheit. Einer in den Augen vieler, auch moderater, Republikaner mittlerweile unerträglichen Verzerrung politischer Prioritäten

durch den übermäßigen politischen Fokus auf Randgruppen und Minderheiten sowie einer insbesondere in der Obama-Zeit als ausufernd empfundenen staatlichen Regulierung wollen sie klassische Familienbilder, Unternehmerfreundlichkeit, Vorstellungen eines minimalistischen Staates und Bindung an christliche Werte entgegengesetzt sehen. Hier wird ein viel-sagendes Paradox deutlich: Donald Trump kann mit seiner Persönlichkeit diese Werte kaum glaubhaft repräsentieren, erfreut sich aber trotzdem der Unterstützung wertkonservativer, wirtschaftsliberaler, christlicher und evangelikaler Kreise.

Mit der Steuerreform zum Jahresende gelang Präsident Trump im ersten Jahr doch noch ein großes Gesetzgebungsvorhaben. Die Reaktionen vonseiten der Wirtschaft sind in den USA positiv. Mit dem Gelingen der Steuerreform hat der Dow Jones einen weiteren Schub erfahren. Trumps Veränderungen der Steuergesetzgebung könnten sich für die US-Unternehmen als genauso bedeutsam erweisen, wie seinerzeit Reagans Reformen für die Bürger. Der Paradigmenwechsel von der globalen Besteuerung der Gewinne amerikanischer Unternehmen im Ausland hin zum Territorialprinzip und die gleichzeitige Senkung der Unternehmenssteuern stärken die globale Wettbewerbsfähigkeit der USA. Die mächtigen US-Konzerne in der Digitalwirtschaft, der Pharmaindustrie und der Energiewirtschaft werden spürbar profitieren und die Wettbewerber aus Europa und China unter Druck setzen. Ob messbare Wirkungen in Bezug auf höhere ausländische Direktinvestitionen in den USA und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze eintreten werden, kann man noch nicht seriös einschätzen. Auch ist schwer zu sagen, welchen inhaltlichen

Anteil Donald Trump an dieser Steuerreform hatte. Die oben erwähnten medialen Eskapaden haben den Dialog mit dem Kongress eher belastet und den Gesetzgebungsprozess behindert. Dennoch ist das Gelingen der Steuerreform ein signifikanter Erfolg, der über seine Amtszeit hinaus Bestand haben wird.

NEUE DYNAMIK DURCH DIE ENERGIEPOLITIK

Die beeindruckend gute Stimmung der US-Unternehmen konnte Trump neben der Steuerpolitik seit seinem Amtsantritt vor allem mit energiepolitischen Entscheidungen befeuern. Nicht nur hat er dem von Energieunternehmen lange geforderten Bau neuer Pipelines zugestimmt und zahlreiche Regulierungen aufgehoben, die aus umwelt- und klimapolitischen Gründen die Förderung von Öl und Gas in einigen Regionen stark einschränkten, sondern Trump wandelte Energiepolitik in einer neuen Qualität zum Instrument der US-Außenpolitik. Der bereits seit einigen Jahren beschrittene Weg des Wandels der USA vom Importeur zum Exporteur fossiler Energieträger hat in Trumps erstem Jahr eine neue Dynamik entfaltet. Die Ergebnisse sind niedrige Energiepreise, eine geringere Abhängigkeit von Venezuela, den Golfstaaten oder Russland und in der Perspektive womöglich sogar ein geringeres außenpolitisches Interesse der USA an bestimmten Weltregionen, weil die Amerikaner auf dortige Öl- und Gasvorkommen nicht mehr angewiesen sind.

Ein nüchterner Blick auf diese drei Erfolge des US-Präsidenten Trump im ersten Amtsjahr zeigt, dass er trotz seines

unkonventionellen Stils durchaus Politik eines konventionellen Republikaners gemacht hat. Unternehmensfreundliche Steuerreformen, weitgehende Deregulierungen im Energiesektor und die Ernennung gesellschaftspolitisch konservativ eingestellter Richter waren zentrale Langzeitforderungen der Republikaner. Dennoch wünschen sich viele republikanische Wähler, dass Trump im vergangenen Jahr die Rassisten in Charlottesville wesentlich deutlicher kritisiert hätte, dass er sich vom Alabama-Senatskandidaten Roy Moore nach den Vorwürfen sexueller Verhältnisse mit Minderjährigen sofort klar distanziert hätte oder dass er sich auf Twitter zurückhalten würde.

Das republikanische Leitprojekt jedoch, die Abschaffung und Ersetzung von „Obamacare“ durch eine eigene Gesundheitsreform, ist in Trumps erstem Amtsjahr spektakulär gescheitert. Das war Trumps größte Niederlage. Schon lange vor seiner Wahl mobilisierten die Republikaner mit Erfolg gegen das von Obama eingeführte System der Krankenversicherungen. Selbst wenn man zugestehen muss, dass auch jeder andere Präsident aufgrund der äußerst knappen Mehrheiten, vor allem im Senat, mit einer Gesundheitsreform Schwierigkeiten gehabt hätte, muss Trump sich ankreiden lassen, dass er in dieser zentralen Frage keine Führung gezeigt hat. Er hat nicht einmal versucht, die in Gesundheitsfragen hohe Komplexität unterschiedlicher Positionen im konservativen Lager zusammenzuführen und konstruktiv an der Bildung einer Mehrheit im Kongress zu arbeiten. An keiner Stelle der Gesundheitsdebatte hat Trump sich inhaltlich eingebracht oder für bestimmte Positionen geworben. Seine Aussage war lediglich: „Gebt mir irgendwas zum

Unterschreiben!“ Trump und die Republikaner haben damit eine einmalige Chance verspielt, die eigenen Mehrheiten nach der Wahl 2016 zur politischen Gestaltung zu nutzen. Durch das lange und letztlich erfolglose Gezerre um die Gesundheitsreform haben die Republikaner sehr wahrscheinlich auch Möglichkeiten zur Umsetzung anderer konservativer Projekte vertan. Ob es 2018 vor dem Hintergrund der *midterm elections* weiterhin republikanische Mehrheiten in beiden Häusern geben wird, ist unsicher. Für die Republikaner könnte das insgesamt bedeuten, dass sie mit der Trump-Präsidentschaft letztlich nur wenige politische Ergebnisse erzielen konnten, für die aber der hohe Preis einer Rufschädigung zu zahlen ist, von der sie sich möglicherweise nur schwer erholen werden.

UNTERSCHÄTZTE EMOTIONALITÄT IN DER MIGRATIONSDEBATTE

Neben Steuern und Gesundheit war Migrationspolitik das dritte zentrale Element der „America first“-Plattform von Donald Trump. Schon eine Woche nach der Amtseinführung scheiterte Trump mit einem Erlass zu Einreisebeschränkungen für Bürger aus Staaten mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten vor amerikanischen Gerichten. Seitdem ist seine Migrationspolitik eine Geschichte von Niederlagen. Die von Trump provozierten Bilder gestrandeter Familien auf Flughäfen lösten im Einwanderungsland USA eine Emotionalität aus, die Trump und seine Berater offenbar völlig unterschätzt hatten. Selbst wenn sich für einige Elemente von Trumps

Migrationspolitik sicherheitspolitische Argumente ins Feld führen lassen und auch wenn es stimmt, dass Präsident Obama eine Reihe von Migrationsfragen mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Konstruktionen beantwortet hat, die der Nachbesserung bedürfen, hat Trump diese Debatte in seinem ersten Amtsjahr klar verloren. Die historischen und kulturellen Kontexte der USA, innerhalb derer in Gesellschaft, Medien und Politik sowie selbst in der republikanischen Partei fast jeder ein Enkel oder ein Kind von Einwanderern ist, wo in praktisch allen amerikanischen Familien persönliche Erfahrungen mit Flucht und Migration überliefert sind, wurden von Trump und seinen Beratern aus Unwissenheit oder Ignoranz missachtet. Zudem brachten seine Aussagen dem Präsidenten immer wieder den Vorwurf des Rassismus ein und richteten damit für ihn und für die Republikaner erheblichen Schaden an. Die Gouverneurswahlen in Virginia und die Wahlen zum Senat in Alabama gingen aus der Sicht der Republikaner auch deswegen verloren.

Donald Trump ist ein klar innenpolitisch orientierter Präsident. Interesse an außenpolitischen Fragen hat er nur im Zusammenhang mit seiner innenpolitischen Agenda. Sein Leitbild für die internationale Politik scheinen asymmetrische Beziehungen der USA zu anderen Staaten zu sein, in denen die USA als der jeweils überlegene Verhandlungspartner bessere Verhandlungsergebnisse erzielen können. Bisher ist das jedoch vor allem Rhetorik geblieben. Erkennbar ist allerdings, dass Trump Abschreckung und demonstrative Stärke in den Vordergrund der US-Außenpolitik rückt. Auch seine Sprunghaftigkeit ist in der Außenpolitik zum Machtinstrument geworden, da die USA

im vergangenen Jahr unberechenbarer waren als während der Amtszeit Obamas.

Die Fortsetzung der US-Präsenz in Afghanistan, die Stärkung der Rolle des Militärs und erhebliche Erhöhungen der Militärausgaben sowie der Krieg gegen den Islamischen Staat sind für die US-amerikanische Politik keineswegs ungewöhnlich, auch wenn Trump damit andere Akzente als Obama setzte. Dabei zeichnete sich der außenpolitische Fokus auf China bereits seit Längerem ab. Trump brachte eine neue, konfrontative Tonalität ein, setzte bisher jedoch keine der gegenüber China angekündigten harten Maßnahmen um.

SCHLIMMERES VERHINDERT

Drei konkrete außenpolitische Entscheidungen stechen in der Außenpolitik Trumps im ersten Jahr heraus: die Absage an die Pariser Klimaverträge, die Verweigerung der erneuten Zertifizierung des Iran-Abkommens und die offizielle Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels. Bei allen drei Fragen stehen innenpolitische Motive im Vordergrund. Trump stellt keine detaillierten außenpolitischen Analysen an. „America first“ heißt für ihn, dass die Innenpolitik die Außenpolitik bestimmt. Vor diesem Hintergrund muss man nach einem Jahr der Trump-Präsidentschaft für die Außenpolitik das ernüchternde Fazit ziehen, dass Trumps Berater und sein politisches Umfeld offenbar noch Schlimmeres haben verhindern können. Das gilt sowohl für die Russland-Politik und die Politik gegenüber der NATO und der Europäischen Union als auch für die immer wieder von Trump ins

Spiel gebrachte protektionistische Handelspolitik. Trumps auf die innenpolitischen Stimmungslagen ausgerichtete Intuition folgt konfrontativen und wirtschaftsnationalistischen Impulsen und steht häufig im Widerspruch zu den professionellen Akteuren der Außen- und Sicherheitspolitik.

Donald Trump hat in seinem ersten Jahr als US-Präsident politisch mehr Ergebnisse erzielt, als ihm die meisten Beobachter, insbesondere in Deutschland, zuvor zugetraut hätten. Gleichzeitig ist der persönliche Stil des Präsidenten aber destruktiver, als viele es sich vorher ausmalen konnten. Mit einer geradezu lustvollen Unprofessionalität und seiner permanenten Angriffslust brockte Trump sich gewaltige Probleme ein. Der Rauswurf des FBI-Direktors James Comey hatte die Einsetzung des Sonderermittlers Robert Mueller zur Folge, dessen Ermittlungen Trumps Präsidentschaft weiter belasten werden. Trumps völlig unangemessene Reaktionen auf die Gewalt in Charlottesville, wo er „gute Leute auf beiden Seiten“ gesehen haben will, war Gift für die von Fundamentalismen belastete politische Kultur der USA. Die Vereinigten Staaten sind nach einem Jahr Trump in vielen politischen und gesellschaftlichen Fragen gespalten und gleichzeitig durch die Persönlichkeit des Präsidenten in extremer Weise polarisiert. Donald Trump scheint das sehr zu gefallen, denn Polarisierung und negative Emotionen halten im Reality-TV bekanntlich die Einschaltquoten hoch. Fast genau ein Jahr nach seinem Amtsantritt begrüßte der Präsident eine Gruppe von Journalisten im Kabinettssaal mit den Worten „Welcome to the studio!“. Die zweite Staffel Trump ist bereits angelaufen.

Mehr als Händchenhalten für Europa

—
Die Pulse of Europe-Bewegung

PATRICIA ANDREAE

Geboren 1962 in Köln, seit 1991 Redakteurin bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in der Rhein-Main-Redaktion und dort mit unterschiedlichen Themen der städtischen Gesellschaft befasst. Sie begleitet den „Pulse of Europe“ seit der ersten großen Demonstration im Januar 2017.

„Es ist, als habe eine Band einen Überraschungshit gelandet und muss jetzt eine Langspielplatte vorlegen.“ So beschreibt Hansjörg Schmitt ein Jahr nach den ersten Demonstrationen die Situation von *Pulse of Europe* („Europas Puls“). Er gehört zur Kerngruppe der Bewegung, die sich auf Initiative von Sabine und Daniel Röder Ende 2016 gegründet hat, um für Europa auf die Straße zu gehen.

Nach dem Brexit-Votum der Briten und der Wahl von Donald Trump in den USA hatte das Frankfurter Juristenpaar Röder beschlossen, angesichts rechtspopulistischer Strömungen mit Blick auf das „Superwahljahr 2017“ nicht länger auf dem Sofa zu sitzen und Zuschauer zu sein, sondern etwas zu unternehmen. Sie sahen eine akute Gefahr für ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union (EU) nach den Ankündigungen von Geert Wilders in den Niederlanden und Marine Le Pen in Frankreich. Darum wollten sie die positiven Seiten der Union ins Bewusstsein rücken. Statt über die Abschaffung von Glühbirnen und den Krümmungsgrad von Gurken sollte über den Wert des Friedens und der Freiheit in Europa gesprochen werden. Zwischen die immer

zahlreicher und immer größer werdenden Europa-Flaggen mischten sich auch pinkfarbene Mützen der Trump-Gegner, die die *Womens' Marches* und *Marches for Science* organisierten.

An den ersten Sonntagen waren es hauptsächlich ältere Menschen, die daran erinnerten, wie Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche lag, und sie daher für das „Friedensprojekt Europa“ – oft zum ersten Mal in ihrem Leben – auf die Straße gingen. Erst etwas zögerlich, aber zunehmend begeisterter fassten sie sich anschließend an den Händen, um eine Menschenkette um den Frankfurter Goetheplatz oder auf der Kölner Domplatte zu bilden. Als „Händchenhalten für Europa“ wurde das von manchen bespöttelt. Doch es kamen schon bald jüngere Demonstranten hinzu, die skandierten: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man wieder Mauern baut!“

DIE SCHWEIGENDE MEHRHEIT SICHTBAR MACHEN

Das richtete sich gegen Trump, jedoch auch gegen die Zäune an europäischen Grenzen. Solche Demonstranten entsprachen zwar nicht dem Leitbild von *Pulse of Europe*, doch sie sorgten für Aufmerksamkeit. Denn oberstes Prinzip der Bewegung ist es, nicht „Anti-Irgendetwas“, nicht gegen, sondern für etwas zu demonstrieren – für ein vereintes, friedliches und demokratisches Europa. Dennoch schwingt das „Gegen“ immer mit. Zumindest ein Entgegengetreten, wodurch eine sonst oft schweigende, große Gruppe der Zivilgesellschaft sichtbar wird – und das über gesellschaftliche ebenso wie Landesgrenzen

hinweg. So mancher Demonstrant sah die Bewegung als Anti-Pegida oder Anti-AfD.

Das war Teil des Erfolgs. Zudem half, dass die Medien offensichtlich für andere Bilder als die von krakeelenden Nationalisten dankbar waren. Menschen in Azurblau mit dem Sternenbanner, die die Hymne „Ode an die Freude“ singen und Schilder mit dem EU-Motto „United In Diversity“ („In Vielfalt geeint“) tragen oder die Menschenketten von Frankreich nach Deutschland über den Rhein bilden, ließen sich den Berichten über die Rechtspopulisten in den Nachbarländern gut gegenüberstellen. Solche Berichte trugen ebenso wie intensive Aktivitäten in sozialen Netzen dazu bei, die Bewegung schnell auch über die deutschen Grenzen hinwegzutragen.

Im Laufe des Jahres kamen immer mehr Demonstrationssorte hinzu. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung im Frühsommer 2017 mit bis zu 70.000 Demonstranten an 120 Orten in zwanzig Ländern. Doch auch nach den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich dachten das Ehepaar Röder sowie ihre Mitstreiter Hansjörg Schmitt, Jens Pätzold, Stephanie Hartung, Karin und Karl-Burkhard Haus und die Initiatoren vieler anderer Standorte nicht mehr daran, aufzuhören. Schließlich stand die Bundestagswahl im Herbst an, und es war absehbar, dass mit der AfD auch ins deutsche Parlament rechtspopulistische Töne einziehen würden. Mit einem offenen Brief an die Parteien und einem Europa-Wahl-O-Mat versuchte *Pulse of Europe*, Themen der EU auf die Agenda zu setzen. An den Demonstrationssonntagen kamen nun auch Politiker zu Wort.

Daniel Röder macht keinen Hehl daraus, dass er sich mehr Europapolitik im

Wahlkampf gewünscht hätte. Doch auf den Plätzen war immer wieder zu spüren, dass sich die Europa-Freunde politisch keineswegs einig sind. Spätestens bei der Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen kam es zum Dissens. Forderte einer die Sicherung der Grenzen, verließen andere den Platz. Stellte ein anderer die These auf, die EU habe Schuld am Elend und sei verpflichtet zu helfen, gingen andere.

UNEINIGKEIT VERHINDERT KONKRETE ZIELE

Die Begeisterung vieler Anhänger der *Pulse*-Bewegung für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seine flammenden Plädoyers für eine engere Zusammenarbeit der Europäer teilen nicht alle. Auftritte von Ulrike Guérot, deren Einsatz für eine europäische Integration bei den Initiatoren auf viel Sympathie stößt, goutierten auch nicht alle auf den Plätzen. Und Guérot wiederum kritisierte die Bewegung, dass diese die schnell erlangte Popularität viel stärker einsetzen und weitreichende Forderungen an die Politik stellen solle.

Eine europäische Republik, wie Guérot sie propagiert, ist aber offensichtlich vielen Anhängern der Bewegung nicht geheuer. Wurden derartige Modelle im Frühjahr noch intensiv diskutiert, will man sich bei den Initiatoren derzeit nicht auf solch konkrete Ziele festlegen. Allerdings wünscht sich Röder, dass die deutsche und europäische Politik Macron in seinen Bestrebungen stärker unterstützen solle. Denn er ist sich sicher, dass in Frankreich nur ein Etappensieg errungen sei.

Sollte Macron scheitern, sieht er Unheil für Europa heraufziehen.

Das sehen er und seine Mitstreiter aber auch an anderen Stellen, und zwar an solchen, die nicht tagtäglich über die Nachrichten ins allgemeine Bewusstsein dringen. So mache sich kaum jemand bewusst, dass in Italien bei den Parlamentswahlen im Frühjahr eine weitere Stärkung der Fünf-Sterne-Bewegung des EU-Kritikers Beppe Grillo und der *Forza Italia* zu erwarten sei. Gefahr für die Union sieht Röder vor allem im Osten aufziehen. Daher will er besonders den *Pulse of Europe*-Gruppen in den osteuropäischen Nachbarländern, die von ihren Regierungen mit Argwohn betrachtet werden, den Rücken stärken. Ein politisches Programm aber verfolgt *Pulse of Europe* weiterhin nicht.

„YOU SAY GOODBYE, WE SAY HELLO“

Zunächst will man eine Graswurzelbewegung bleiben, die von der Zivilgesellschaft getragen wird. Daher soll zunächst die innere Vernetzung vorangetrieben werden. Aus diesem Grund fand im Herbst 2017 ein Treffen in Luxemburg mit Vertretern der Organisationsteams aller teilnehmenden Länder statt. Im Wesentlichen ging es um das, was die Initiatoren schon zu Beginn in ihren Grundthesen festgehalten hatten: dass Europa nicht scheitern dürfe, weil der Frieden auf dem Spiel stehe; dass die Bürger verantwortlich seien; dass Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit unantastbar und die europäischen Grundfreiheiten nicht verhandelbar, Reformen jedoch notwendig seien. All das über

Landes-, Sprach- und Kulturgrenzen hinweg auf einen Nenner zu bringen, ist nicht leicht. An erster Stelle aber stehe immer eine klare Absage an jede Form von Nationalismus, sagt Röder. Angesichts der Ergebnisse der Wahlen in Österreich und Tschechien oder auch der Entwicklungen in Polen und Ungarn sieht er reichlich Handlungsbedarf für *Pulse of Europe*.

Bestätigt fühlt sich die Bewegung dadurch, dass in Warschau, Prag und Rom den ganzen Winter hindurch demonstriert wird, während die anderen Standorte eine Winterpause einlegen. Aus Frankfurt erhalten sie dafür Unterstützung. Dort will man bis zu den nächsten Demonstrationen Anfang März eine „Task Force Italien“ bilden, gegebenenfalls aber auch spontane Aktionen unterstützen, falls es Anfragen aus anderen Ländern gebe.

So ist aus der kleinen Bürgerinitiative aus Frankfurt eine europaweit agierende Bewegung geworden. Man werde sicher nicht dauerhaft regelmäßig demonstrieren können, sagen die Initiatoren, die sich weiterhin ausschließlich ehrenamtlich für die Sache einsetzen, unterstützt nur von einer kleinen Geschäftsstelle. Es gebe derzeit kein zeitliches Limit, heißt es. Die nächste Etappe sei der Zeitraum bis April 2019, dem Termin des Brexit, dem sie weiterhin den abgewandelten Beatles-Song „You Say Goodbye, We Say Hello“ entgegenhalten.

Lieder wie dieses oder Toto Cutugno's Titel „Insieme“ sind es, die die positive Stimmung der *Pulse of Europe*-Demonstrationen vermutlich stärker geprägt haben als mancher politische Appell. Es ist die Antwort auf Jacques Delors' Aussage „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“ oder vielleicht eine populäre Replik auf die Initiative von Volker Hassemer. Der hatte seinem mit Nele Hertling heraus-

gegebenen Buch *Europa eine Seele geben* den Satz vorangestellt: „Wir brauchen ein Europa der Bürger, die ihre Verantwortung für die europäische Einigungs-Entwicklung annehmen und leben.“

HERZSCHRITTMACHER EUROPAS

In diesem Sinne sagte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Laudatio bei der Verleihung des Marion-Dönhoff-Förderpreises an *Pulse of Europe* im Dezember 2017: „Wenn es Sie nicht schon gäbe, müsste man Sie erfinden!“ Sabine Röder antwortete darauf, *Pulse of Europe* nehme den Preis als Ansporn dafür, weiterzumachen. Es gebe noch viel zu tun.

Die Frankfurter Politikwissenschaftlerin Sandra Eckert, die die Bewegung von Beginn an beobachtet, sieht durchaus ein Potenzial zur politischen Einflussnahme. Das habe die Forschung vielfach aufgezeigt, sagte sie auf Anfrage. Auch wenn der Appell von *Pulse of Europe*, im Bundestagswahlkampf über Europa zu streiten, ohne größeren Widerhall geblieben sei, könne die Bewegung doch im Konzert mit anderen Stimmen aus möglichst vielen Mitgliedstaaten einen Beitrag zur Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft leisten.

Erste Schritte dafür sind gemacht. Und vielleicht liegt es auch an *Pulse of Europe*, dass nicht mehr so oft vom „kranken Mann Europa“ gesprochen wird. Die Bewegung ist zu einem Herzschrittmacher für die europäische Sache geworden – initiiert von Bürgern, deren Herz für das vereinte Europa schlägt.

Die „anderen“ 68er

Junge Christdemokraten, die Studentenbewegung und
Außerparlamentarische Opposition

PHILIPP GASSERT

Geboren 1965 in Wertheim am Main, Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Sein jüngstes Buch „Bewegte Gesellschaft: Protest in Deutschland seit 1945“ (Verlag Kohlhammer) erscheint in diesem Jahr.

„Die unruhigen Studenten testen mit ihren Forderungen und Aktionen unser politisches System.“¹ Mit diesem Satz ließen Anfang 1968 drei Aktivisten aus dem Umfeld des Berliner Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) aufhorchen. Sie hielten eine radikale Verteufelung der studentischen Proteste durch viele „Alt-vordere“ in der CDU für demokratietheoretisch falsch, pragmatisch unklug und politisch kontraproduktiv. Denn die radi-

kale Minderheit der linken „68er“ im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zwingt die gemäßigten Mehrheit eine Diskussion darüber auf, wie es um die „Leistungsfähigkeit und den Bestand [der] politischen Ordnung“ in der Bundesrepublik bestellt sei: „Die studentische Herausforderung muss angenommen werden“, schrieben sie den „etablierten“ Kräften der Bonner Republik ins Stammbuch.

Die studentische „Herausforderung der Demokratie“ anzunehmen, war die intellektuelle Leitlinie einer Publikation des RCDS-Bundesvorsitzenden im kritischen Jahr 1967/68 Wulf Schönbohm, der in den 1970er- und 1980er-Jahren als Vertrauter von Heiner Geißler eine tragende Rolle als Reformier in der Bonner CDU-Geschäftsstelle einnehmen sollte; des Berliner

RCDS-Vorsitzenden Jürgen-Bernd Runge, der ein Jahr später zur FDP wechselte und sich in den 1970er-Jahren von der Staatsicherheit anwerben ließ; sowie des späteren CDU-Bundesgeschäftsführers Peter Radunski, der sich unter Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler einen Namen als Modernisierer der CDU-Wahlkämpfe machen sollte. Mit ihrer Publikation *Die herausgeforderte Demokratie* leisteten sie einen weitgehend vergessenen, rückblickend jedoch bemerkenswert helllichten Beitrag zur zeitgenössischen Einordnung der außerparlamentarischen Revolte von „1968“.

Zwar lehnten Schönbohm, Runge und Radunski die Ziele des SDS einhellig ab. Dessen letztlich „unwissenschaftliche und kenntnislose Argumentation“ (S. 70) sowie rechtsstaatlich bedenkliche Methoden würden berechtigten Forderungen der Studierenden ihre Legitimität und Durchschlagskraft rauben. Dennoch zollten sie dem gleichaltrigen „Rädelsführer“ des antiautoritären Flügels des SDS, Rudi Dutschke, zähneknirschenden Respekt. Zum ersten Mal überhaupt sei es Studenten gelungen, „aus dem Sandkasten der Studentenpolitik in die politische Öffentlichkeit einzudringen“ (S. 14).

PROTEST ALS INDIKATOR DES WANDELS

Die herausgeforderte Demokratie kann fünfzig Jahre nach der Veröffentlichung Anfang 1968 zur Lektüre empfohlen werden, weil der schmale Band einen differenzierten Blick auf „1968 und die Folgen“ ermöglicht. Dieser war lange durch wechselseitig gepflegte Mythen verstellt. Entweder wurde die Studentenbewegung von

deren Verteidigern zur heroischen Vorhut gesellschaftlicher Emanzipation, kultureller Aufbrüche und einer fundamentalen Demokratisierung der Bundesrepublik stilisiert oder sie wurde von ihren Gegnern als Vorstufe des RAF-Terrorismus und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen verteufelt. Beide Sichtweisen sind nicht allein polemisch übertrieben, sondern grundlegend falsch. Sie beruhen auf einem veralteten, mechanistischen Bild der Wirkungen von Protestbewegungen.

Schönbohm, Runge und Radunski hatten intuitiv erfasst, wovon die historische Protestforschung inzwischen durchgängig ausgeht: Protestbewegungen wirken indirekt. Sie können nur in einer Gesellschaft durchdringen, die bereits reif für Reformen ist. Hierbei artikulieren sie Defizite, fordern Politik, Gesellschaft und Kultur mit irritierenden Reden und Handlungen heraus. Sie verfehlen dabei durchgängig ihre intendierten Ziele. Dennoch ist Protest ein zentraler Indikator des Wandels. Er legt in der Zuspitzung der Kritik latente soziale Konflikte offen, macht gesellschaftliche Bruchlinien sichtbar, verweist auf kulturelle Dissonanzen. Protest, so brachte es der Soziologe Niklas Luhmann auf den Punkt, „negiert die Gesamtverantwortung“.² Daher ist es um seine Lösungskompetenz schlecht bestellt. Doch zwingt er uns regelmäßig Diskussionen darüber auf, was uns in unserer Gesellschaft wichtig ist.

Die gesellschaftlichen Wirkungen von Protest lassen sich daher erst abschätzen, wenn wir die Reaktionen der „etablierten Gegenseite“ in die Analyse einbeziehen. Diese wird durch sozialen Protest zu Reaktionen provoziert, womit weniger eine medial verbreitete, theatralische Aufregung des Establishments gemeint ist, die die

eigene Klientel antagonistisch mobilisieren will. Vielmehr zwang die Studentenbewegung der politischen Klasse eine Debatte darüber auf, was sie unter Demokratie verstehen wollte. „Ist unsere Ordnung fähig, sich gegen Extremisten zu verteidigen?“, wie Schönbohm, Runge und Radunski fragten. Zugleich wirkte 1968 in die etablierten Parteien hinein, wenn in den 1970er-Jahren die CDU zunächst unter Rainer Barzel und dann unter Helmut Kohl große Anstrengungen unternahm, sich zu modernisieren. Die akademischen 68er des RCDS hatten konzeptionell wichtigen Anteil daran.³

UNBEHAGEN AN DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

Schönbohm, Runge und Radunski stehen stellvertretend für eine Kohorte akademischer 68er in der CDU, deren Grunderfahrung der Aufstieg der Neuen Linken war, denen die Verteidiger der liberalen Demokratie im studentischen Umfeld oft hilflos gegenüber standen, weil es gerade im universitären Bereich tatsächlich Reformbedarf gab. Da die politischen Institutionen nicht in der Lage seien, diese Missstände an den Universitäten zu beseitigen, würde die Kritik an den Verhältnissen an den Universitäten auf das parlamentarische Regierungssystem insgesamt übertragen (S. 96). In diese Lücke stöße der SDS.

Schönbohm, Runge und Radunski wie auch der in Bonn promovierende Politikwissenschaftler Gerd Langguth, ab 1970 Bundesvorsitzender des RCDS, wollten erklären, warum viele Studierende „den großen öffentlichen Erfolg der Führer

der gegenwärtigen Protestbewegung“ mit Sympathie betrachteten, obwohl sie die radikalen Thesen Dutschkes eigentlich nicht teilten. „Das studentische Unbehagen an der Entwicklung der Bundesrepublik“ könne man nicht einfach mit kommunistischer Unterwanderung abtun. Adenauers Rezepte und alte Feindbilder hätten sich überlebt. Die Studenten kritisierten zu Recht eine fehlende Transparenz des politischen Betriebes. Und sie sahen neben einem allgemeinen Unbehagen an der repräsentativen Demokratie und der Wohlstandsgesellschaft eine gravierende Unfähigkeit der Universitäten, sich selbst zu reformieren.

Der RCDS machte sich mit der Verflachung der Hierarchien in den Hochschulen letztlich Forderungen der Bildungsreformer der 1960er-Jahre zu eigen, die sowohl in SPD- als auch CDU-geführten Bundesländern den „Feind“ eher unter den etablierten Ordinarien als unter den Studenten vermuteten. Nicht zuletzt der amtierende Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende, Kurt Georg Kiesinger, als Stuttgarter Ministerpräsident einer der großen Hochschulgründer der 1960er-Jahre, hatte die Studentenproteste ausdrücklich begrüßt, weil diese der reformfreudigen Landesregierung bei ihrem Kampf mit den Beharrungskräften an den Universitäten halfen. Direkt nach den „Osterunruhen“ 1968 gab der Kanzler in einem Interview zu Protokoll, dass er durchaus mit der studentischen „Gegenwehr gegen das unmenschliche Element in dieser modernen, technologischen Welt“ sympathisiere, wenn er auch deren bilderstürmerische Haltung ablehne.⁴

Anfang 1968 gründete der RCDS mit seinem Anspruch, produktiv auf die Herausforderung von „1968“ zu reagieren,

unter Schönbohms Ägide die Zeitschrift *Die Sonde*. Indes richteten sich die Energien der „anderen 68er“ zunehmend auf die CDU selbst. Sie sahen die etablierten Parteien in der Pflicht, über mehr als Kandidatenaufstellungen für Wahlen zu diskutieren. „Innerparteilicher Streit“, entgegneten sie den Altvorderen, sei gut für die CDU, weil er ihr helfe, ihre Programmatik und ihr Profil zu entwickeln. Da die Union seit 1969 im Bund in der Opposition war, bot sich besser als in Zeiten der Regierungsverantwortung die Chance wie auch die Notwendigkeit, ihre Strukturen zu modernisieren und sich innenpolitisch auf die Reform und Konsolidierung der Sozialen Marktwirtschaft zu konzentrieren.

INNERPARTEILICHER REFORMIMPULS

Anders als die gleichaltrigen Aktivisten im SDS forderten die akademischen 68er des RCDS keine Revolution, sondern Reformen. Sie arbeiteten sich mit ihrer Kritik der fehlenden Transparenz an den politischen Strukturen der Bundesrepublik auch am inneren Zustand der CDU ab: „Hausbackene Selbstzufriedenheit, Honoratiorendenken und sachpolitische Kurzsichtigkeit müssen für die CDU Nebenerscheinungen werden.“⁵ Was als Kritik an der relativen Sprachlosigkeit der Union zum Thema „1968“ begonnen hatte, setzte sich als innerparteilicher Reformimpuls fort. Dieser hatte schon 1967/68 unter Kiesinger mit den auf Partizipation angelegten Beratungen für das Berliner Programm 1968 begonnen, war dann aber unter Barzel und vor allem von Kohl mit Biedenkopf und Geißler

als Generalsekretären vorangetrieben worden.

Wie sich der Ursprungsimpuls der „anderen 68er“ des RCDS, auf die „Herausforderung der Demokratie“ durch „1968“ produktiv Antworten zu finden, auf die etablierten Strukturen der CDU ausgewirkt hat, unterstreicht die indirekten Wirkungen von Protestbewegungen: Protest mobilisiert Politik und Gesellschaft weniger aufgrund eigener Ziele als durch die Reaktionen der Etablierten. In den 1970er-Jahren standen Politiker an der Spitze der CDU, die den Radikalismus der linken 68er vehement ablehnten, aber Verständnis für den Unmut der Studierenden hatten und für die Rückkehr zur Macht in Bonn strukturelle Modernisierungen der CDU für unabdingbar hielten. Hierfür gaben die 68er im RCDS Stichworte und Ideen. Es bleibt ihr Verdienst, 1968 die essenzielle Frage gestellt zu haben, wie eine Demokratie mit radikalen Herausforderungen produktiv umgehen kann. Diese Frage ist heute aktueller denn je.

¹ Wulf Schönbohm / Jürgen Bernd Runge / Peter Radunski: Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968, S. 99; Seitenzahlen im Text beziehen sich hierauf.

² Niklas Luhmann: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen, hrsg. und eingeleitet von Kai-Uwe Hellman, Frankfurt am Main 1996, S. 205.

³ So auch Schönbohms eigene Sicht als „Partei-historiker“. Vgl. Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985, S. 99 f.; vgl. hierzu vor allem Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002, S. 97 f.; 101 ff.

⁴ Zit. nach Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, Stuttgart 2006, S. 622.

⁵ Zit. nach Peter J. Grafe: Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 14.

Andauernde Deutungskämpfe

Auswahlbibliographie „1968“

JUDITH MICHEL

Geboren 1979 in Tübingen, Wissenschaftliche Referentin, Abteilung Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Anlässlich von vierzig Jahren 68er-Bewegung bemerkte Norbert Frei, das deutsche „1968“ sei „überkommentiert und untererforscht“¹. Tatsächlich melden sich zu den Ereignissen weiterhin ehemalige Akteure zu Wort, denen es weniger um eine wissenschaftliche Aufarbeitung als um die Deutungshoheit geht.² Andererseits stellte Philipp Gassert 2010 in einer eindrucksvollen Sammelrezension fest, dass der 40. Jahrestag einen „weiteren Historisierungsschub“ gebracht habe.³ Zahlreiche wissenschaftliche Monographien und Sammelbände betrachteten „1968“ im Kontext der kulturellen und sozialen Umbrüche

der 1960er- und 1970er-Jahre. Die Forschung habe zudem verstärkt globale wie auch regionale Aspekte in den Blick genommen. Auch die Auseinandersetzung mit dem „Establishment“ sowie kulturgeschichtliche Perspektiven hätten Eingang in die Forschung gefunden.

Dennoch kam es damals zu keiner Gesamtdarstellung zu „1968“, die eine Synthese der neuen Forschungsergebnisse vornahm. Erst 2013 publizierte Timothy S. Brown die reich bebilderte Überblicksdarstellung *West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt*. Brown nimmt die Forschungstendenz auf, „1968“ breit zu definieren. So konzentriert er sich nicht nur auf die Studentenbewegung, sondern untersucht die Verbindung zwischen regionaler und globaler Ebene. Sein Blick ist gleichermaßen auf den revolutionären Moment wie auf die langfristigen

soziokulturellen Zusammenhänge von den frühen 1960er- bis zu den späten 1970er-Jahren gerichtet. Brown betont die künstlerisch-kreativen Elemente für die Bewusstseinsbildung der Bewegung und folgt der weit verbreiteten Interpretation, die antiautoritäre Revolte habe maßgeblich zur Ausweitung der partizipativen Demokratie beigetragen. Weniger ausführlich behandelt er hingegen die Theoretiker der Bewegung sowie die Auseinandersetzung mit dem „Establishment“.

Zeitlich noch breiter angelegt ist die im Frühjahr 2018 erscheinende Studie von Philipp Gassert zur deutschen Protestgeschichte seit 1945. Mit dieser Untersuchung wird erstmals die Entwicklung des Protests in beiden Teilen Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht und somit die 68er-Bewegung in einen größeren zeitlichen Zusammenhang gestellt.

ZÄSUR ODER KONTINUITÄT?

Inzwischen besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass man „1968“ nicht ohne die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der 1960er-Jahre verstehen kann. In den letzten Jahren blieb jedoch weiterhin ein Spannungsfeld bestehen zwischen Forschern, die annehmen, „1968“ habe einen Liberalisierungsschub ermöglicht beziehungsweise eine „Wahrnehmungsrevolution“ (Ingrid Gilcher-Holtey) ausgelöst, und Wissenschaftlern, die von der Wirkungslosigkeit der 68er-Bewegung ausgehen. Zwei überaus interessante Publikationen sind vor diesem Hintergrund die von Gilcher-Holtey beziehungsweise Udo Wengst in der Reihe „Zeitgeschichte im Ge-

spräch“ herausgegebenen Sammelbände. Wengst präsentiert in *Reform und Revolte* die Ergebnisse des gleichnamigen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte. In weite Zeiträume umspannenden Beiträgen zum Zivildienst (Patrick Bernhard), zur Entwicklungshilfe (Bastian Hein), zur Hochschulpolitik in Bayern und Hessen (Anne Rohstock), zur kommunalen Kulturpolitik in Frankfurt am Main (Manfred Kittel) und zur Frauenbewegung in München (Elisabeth Zellmer) wird der Frage nach dem Zäsurcharakter von „1968“ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nachgegangen. Mit Ausnahme von Zellmer kommen die überwiegend auf Qualifikationsarbeiten basierenden Beiträge zu dem Schluss, dass die Bedeutung der 68er-Bewegung für den gesellschaftlichen Wandel relativiert werden muss. Axel Schildt und Ingrid Gilcher-Holtey wenden sich bei der Kommentierung der Beiträge gegen eine systematische Minimierung der 68er-Bewegung, die als „Chiffre für die Hochphase“ des Reformprozesses betrachtet werden könne, und fordern eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Bewegungsforschung.

In dem von Gilcher-Holtey herausgegebenen Sammelband „1968“ – *Eine Wahrnehmungsrevolution?* werden die Forschungsergebnisse verschiedener Studien präsentiert, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ innerhalb des Teilprojekts „1968 – Ein Kommunikationsereignis“ an der Universität Bielefeld entstanden sind. Die Beiträge zum „Kursbuch“ (Henning Marmulla), zum Theater (Dorothea Kraus), zur Auseinandersetzung um journalistische Selbstbestimmung in Zeitungsredaktionen (Björn Lück), zum Fernsehen (Meike

Vogel), zum Verlagswesen (Claus Kröger) und zur Erinnerungskultur aus deutsch-französischer Perspektive (Silja Behre) gehen der Frage nach, inwieweit die 68er-Bewegung zu einer Wahrnehmungsveränderung führte.

Die Beiträge dieses Bandes werden nun wiederum von Udo Wengst und von Philipp Gassert kommentiert. Beide Kommentatoren bemängeln, dass die Beiträge nicht hinreichend belegen könnten, dass in den untersuchten Bereichen tatsächlich eine „Wahrnehmungsrevolution“ stattgefunden habe, was auch daran liege, dass die Studien zeitlich teils zu kurz griffen. Sie hinterfragen, ob die Anwendung der theoretischen Modelle den empirischen Analysen tatsächlich etwas hinzufüge. Gassert würdigt jedoch, dass mit den Studien zum Theater, zu journalistischen Verbänden und zum Fernsehen die Erforschung der Wechselwirkung der Bewegung mit dem „Establishment“ vorangetrieben werde.

Globale, nationale und regionale Dimension

Die Forschung der letzten Jahre hat sich zudem weiter mit den globalen und transnationalen Zusammenhängen der Revolte befasst, wobei jedoch häufig die nationalen und auch regionalen Besonderheiten offensichtlich wurden. Obwohl die Ende der 1960er-Jahre an verschiedensten Orten der Welt stattfindenden Revolten teils personell und von den Aktionsformen her verflochten waren, hatten die Unruhen vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Kontexte und politischer Systeme individuelle Ursprünge, Träger und

Ziele. Martin Klimke stellt daher in einem Sammelbandbeitrag zu „1968 als transnationalem Ereignis“ (in: Oliver Rathkolb/Friedrich Stadler (Hrsg.): *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*, Göttingen 2010) zu Recht die Frage, ob es überhaupt eine internationale Perspektive gebe oder diese nicht ein „Erinnerungskonstrukt“ sei.

In dem von Robert Gildea, James Mark und Anette Warring herausgegebenen Sammelband *Europe's 1968. Voices of Revolt* wird hingegen der Versuch unternommen, anhand von knapp 500 lebensgeschichtlichen Interviews mit Aktivisten aus vierzehn europäischen Ländern eine kollektive europäische Protestbiographie zu erstellen. Auf Grundlage dieser Interviews wird der Herkunft, der Beteiligung an der Revolte und der rückblickenden Bewertung der Aktivisten nachgespürt, deren subjektive Einschätzungen leider zu wenig in den historischen Kontext eingebettet werden.

Kristof Niese arbeitet in seinem Werk „*Vademekum*“ der *Protestbewegung? Transnationale Vermittlungen durch das Kursbuch von 1965 bis 1975* nicht nur die dynamisierende Rolle der Zeitschrift für die Reste der studentischen Protestbewegung in den 1970er-Jahren heraus, sondern zeichnet den Einfluss des „Kursbuchs“ als Vermittler von Utopien über Lateinamerika und China sowie die transnationale Vernetzung der Zeitschrift und ihrer Herausgeber in den 1960er-Jahren nach.

Mit seiner Monographie *Schahbesuch 1967* bereichert Eckard Michels unser Verständnis von einem bislang überwiegend national wahrgenommenen Ereignis um den deutsch-deutschen und den internationalen Kontext des Kalten Krieges. So geht Michels zwar auf die vielfach erörterte mobilisierende Wirkung der Ermordung

von Benno Ohnesorg für die Studentenbewegung ein, analysiert aber erstmals die Interessen der verschiedenen Akteure: So umwarb die Bundesregierung den Iran unter anderem, um einer iranischen Anerkennung der DDR entgegenzuwirken und eine weitere Hinwendung zum Ostblock zu verhindern. Die im westdeutschen Exil lebenden iranischen Studenten waren zunächst Hauptmotor der Demonstrationen gegen den Schahbesuch, während die westdeutschen Studenten sich anfangs nicht so sehr dafür interessierten.

Thomas Großbölting wählt mit seinem Band über *1968 in Westfalen* die regionale Perspektive. Schrittmacher für die moderate 68er-Bewegung in Westfalen seien nicht westfälische, sondern nationale und internationale Ereignisse und Entwicklungen gewesen. In der Provinz liefen viele Prozesse zeitversetzt und langsamer, dafür aber nachhaltiger ab. Großbölting kommt zu dem Schluss, dass „1968“ in Westfalen zwar keinen grundlegenden Machtwechsel bewirkt, jedoch zu mentalen Veränderungen geführt habe.

„1968“ IN DER ERINNERUNGSKULTUR

Ein vor zehn Jahren neu einsetzender Forschungstrend hat sich inzwischen intensiviert: die Historisierung der Erinnerungskultur von „1968“. Martin Stallmann befasst sich mit der Frage, wie das bundesdeutsche Fernsehen von den späten 1970er- bis zu den späten 1990er-Jahren an der Konstruktion von „1968“ beteiligt war. Erst in den 1980er-Jahren habe sich nachträglich die Erzählung von „1968“ als Generationenkonflikt etabliert. Das

Fernsehen konzentrierte sich zudem sehr auf „1968“ als Zäsur sowie auf die Personen- und Gewaltgeschichte der Revolte.

Silja Behres Studie befasst sich mit den Deutungskämpfen um „1968“ in Deutschland und Frankreich. Die Interpretationskämpfe seien auf drei Ebenen ausgefochten worden: *erstens* der Ebene der Zeitwahrnehmung, auf der sich die Aktivist*innen im Zuge der Historisierung der Bewegung die Frage stellen mussten, ob sich die Utopie von „1968“ bereits erledigt habe oder nicht; *zweitens* der Ebene der kognitiven Orientierung, auf der sich der Kampf um die Aktions- und Organisationsstrategie sowie um das Politische der Proteste nach dem Zerfall der Bewegung fortsetzte und schließlich ab den 1980er-Jahren in der Interpretation gipfelte, die Bewegung sei zwar politisch gescheitert, aber kulturell erfolgreich gewesen; *drittens* der Ebene der Sprecherrollen, auf der gefragt wird, wer legitimiert sei, die Erinnerungskämpfe auszuzufechten.

Auch rund um fünfzig Jahre „1968“ werden die Deutungskämpfe andauern. Die Fülle an fundierten, quellengestützten Studien zur 68er-Bewegung der letzten Jahre zeigt jedoch, dass die Historisierung von „1968“ – bei allen weiterhin offenen und kontrovers zu diskutierenden Fragen – voranschreitet.

¹ Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 273.

² Für das Frühjahr 2018 sind beispielsweise die Publikationen zweier Beteiligter angekündigt: Gretchen Dutschke: 1968. Worauf wir stolz sein dürfen, Hamburg 2018, und Claus Koch: 1968. Drei Generationen, eine Geschichte, Gütersloh 2018.

³ Philipp Gassert: „Das kurze ‚1968‘ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur. Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre“, in: H-Soz-Kult, 30. April 2010, www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1131 [18.12.2017].

Behre, Silja: *Bewegte Erinnerung. Deutungskämpfe um „1968“ in deutsch-französischer Perspektive*, Tübingen 2016.

Brown, Timothy S.: *West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt, 1962–1978*, Cambridge 2013.

Fahlenbrach, Kathrin, u. a. (Hrsg.): *The Establishment Responds. Power, Politics, and Protest since 1945*, London 2011.

Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft. Protest in Deutschland seit 1945*, Stuttgart 2018.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): *„1968“ – eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren*, München 2013.

Gildea, Robert (Hrsg.): *Europe's 1968. Voices of Revolt*, Oxford 2013.

Goltz, Anna von der (Hrsg.): *„Talkin' 'bout My Generation“*. Conflicts of Generation Building and Europe's 1968, Göttingen 2011.

Großbölting, Thomas: *1968 in Westfalen. Akteure, Formen und Nachwirkungen einer Protestbewegung*, Münster 2017.

Hampel, Benedikt: *Geist des Konzils oder Geist von 1968? Katholische Studentengemeinden im geteilten Deutschland der 1960er Jahre*, Berlin u. a. 2017.

Hodenberg, Christina von: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*, München 2018.

Jung, Dae Sung: *Der Kampf gegen das Presse-Imperium. Die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung*, Bielefeld 2016.

Knaut, Till: *Von Revolution zu Befreiung. Studentenbewegung, Antiimperialismus und Terrorismus in Japan (1968–1975)*, Frankfurt a. M. 2016.

Michels, Eckard: *Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung*, Berlin 2017.

Niese, Kristof: *„Vademekum“ der Protestbewegung? Transnationale Vermittlungen durch das Kursbuch von 1965 bis 1975*, Baden-Baden 2017.

Philipps, Robert: *Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969*, Baden-Baden 2012.

Pilzweiger, Stefanie: *Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung*, Bielefeld 2015.

Rathkolb, Oliver / Stadler, Friedrich (Hrsg.): *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*, Göttingen 2010.

Rinner, Susanne: *The German Student Movement and the Literary Imagination. Transnational Memories of Protest and Dissent*, New York / Oxford 2013.

Scharloth, Joachim: *1968. Eine Kommunikationsgeschichte*, München 2011.

Seitenbecher, Manuel: *Mahler, Maschke & Co.: Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?*, Paderborn 2013.

Soukup, Uwe: *Der 2. Juni 1967. Ein Schuss, der die Republik veränderte*, Berlin 2017.

Stallmann, Martin: *Die Erfindung von „1968“. Der Studentenprotest im bundesdeutschen Fernsehen 1977–1998*, Göttingen 2017.

Stangel, Matthias: *Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO)*, Baden-Baden 2013.

Wagner, Thomas: *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin 2017.

Weitbrecht, Dorothee: *Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2012.

Wengst, Udo (Hrsg.): *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968*. München 2011.

Äpfel und Birnen?

68er-Bewegung und aktueller Rechtspopulismus:
erste Thesen zu Ähnlichkeiten und Unterschieden

SVEN FELIX KELLERHOFF

Geboren 1971 in Stuttgart, Historiker und Sachbuchautor, Leitender Redakteur der „WELT“ für Zeit- und Kulturgeschichte. Sein jüngstes Buch behandelt „Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder“ (Verlag Klett-Cotta).

Kritik gehört zur Demokratie und damit auch ein gewisses Maß an Misstrauen. Aufgeklärte Bürger sollen nicht unbesehen alles glauben, was Politik und Medien verkünden. Das wussten auch die „68er“.

Sie sahen sich sogar im ständigen Kampf gegen die meinungsbildenden Blätter der Bundesrepublik – besonders gegen die „Springer-Presse“, wie sie die sehr unterschiedlichen Zeitungen des Verlages von Axel Springer polemisch nannten.

Deshalb entwickelte der linksextreme Aktivist und Stasi-Spitzel Walter Barthel 1967 eine eigene Zeitung für ein potenziell breites Publikum, das *Berliner Extra-Blatt*. Es sollte ein „Sturmgeschütz der Revolution“ werden, das zum Kampfpfeils von einem Groschen auf den Markt

geworfen und von Freiwilligen auf der Straße verkauft wurde. Der Inhalt bestand aus einer Mischung typischer Boulevardgeschichten und harter politischer Propaganda, bevorzugt gegen die Lieblingsfeinde der Linken wie Franz-Josef Strauß, die West-Berliner SPD und Axel Springer. In praktisch jeder Ausgabe kamen diese drei Bösewichte in der einen oder anderen Form vor. Ein erfahrener Journalist und ausgewiesener Strauß- wie Springer-Gegner, der *Spiegel*-Mann Hans Detlev Becker, attestierte dem *Extra-Blatt* daher schlicht Unprofessionalität: „Durchweg wird ziemlich bedenkenlos ins Blaue hinein polemisiert, statt Fakten sauber herauszuarbeiten.“ Der Versuch der links-extremen „68er“, der vermeintlichen „Kampfpresse“ des Axel Springer Verlages etwas entgegenzusetzen, endete schon nach wenigen Ausgaben mit einem Informationsfiasko, wurde jedoch mit geheimer Unterstützung aus Ost-Berlin als *Berliner Extra-Dienst* verstetigt, der sich nun ausschließlich an die eigenen Anhänger richtete.

Die Parallelen zwischen dieser heute längst vergessenen Episode der „68er“-Bewegung und der Gegenwart drängen sich geradezu auf: In beiden Fällen führten teilweise berechtigte Kritik und teilweise übertriebenes fundamentales Misstrauen gegenüber den Medien zum Gefühl, den etablierten Verlagen und Sendern etwas entgegensetzen zu müssen. Es entstanden, teilweise mit heimlicher Hilfe aus dem Ausland, neue Informationskanäle, die sich jedoch rasch als derartig einseitig erwiesen, dass sie nur noch von ohnehin Überzeugten ernst genommen wurden. In dieser Hinsicht glich, bei allen Differenzen, Barthels *Berliner Extra-Blatt* dem Magazin *Compact* des Verschwö-

rungstheoretikers Jürgen Elsässer, das seit 2013 zum Zentralorgan des Rechtspopulismus aufgestiegen ist.

UNTERSCHIEDE UND ÄHNLICHKEITEN

Aber ist eine parallele Betrachtung der linken „68er“-Bewegung und der heutigen Herausforderungen für die deutsche Demokratie durch rechte Populisten überhaupt sinnvoll? Die in solchen Fällen gern zitierte Redewendung, man könne Äpfel nicht mit Birnen vergleichen, führt in die Irre – handelt es sich doch unzweifelhaft jeweils um Obst. Auch wenn man die dahinterstehende erkenntnistheoretische Frage weniger flapsig angeht, zeigt sich rasch, dass der Vergleich die wichtigste, oft sogar die einzige Möglichkeit ist, reale Phänomene einzuordnen. Denn nur diese Methode erlaubt es, Unterschiede ebenso wie Ähnlichkeiten festzustellen. Was also hat die legendenumwobene „68er“-Bewegung mit den heutigen rechtspopulistischen Aufwallungen gemeinsam? Und was unterscheidet sie voneinander?

Über offensichtliche Differenzen wie die sozialistisch-marxistische Ausrichtung der „68er“ im Gegensatz zur nationalistisch-fremdenfeindlichen und wenigstens zu Teilen offen rechtsextremen Haltung der Pegida oder AfD braucht man kein Wort zu verlieren. Es wäre jedoch falsch, wegen solcher Banalitäten auf einen tiefergehenden Vergleich zu verzichten.

Eine bedeutende Ähnlichkeit ist zum Beispiel die Wirkung, die beide Bewegungen auf die politische Meinungsbildung haben: Sie wirbeln das bestehende Koordinatensystem durcheinander. 1967/68

entstand zwar nicht gleich eine neue Partei, die wie die AfD reihenweise in Parlamente einzog; die künstlich geschaffene, völlig von der DDR abhängige Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kann man mangels nennenswerter Erfolge getrost ignorieren. Aber Gruppierungen wie der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) oder die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) entfalteten 1967/68 von West-Berlin und Frankfurt am Main aus in der Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen und verschoben den Diskurs nach links. In entgegengesetzter Richtung erreichte die Dresdner Pegida seit 2014 ungefähr das Gleiche: Mit ähnlich wenigen und ebenso fragwürdigen Aktivisten veränderte sie in kurzer Zeit das Meinungsklima in Deutschland radikal und eindeutig zum Negativen – weg von konstruktiven Diskussionen hin zu vorwiegend ideologisch motivierten Vorwürfen.

AGITATION MIT POLITISCHEN FOLGEN

Die Folgen lassen sich an für die jeweiligen Bewegungen besonders wichtigen Politikfeldern ablesen, zum Beispiel an der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die entsprechend ihrer dominierenden Selbstdarstellung immer noch als Leistung der „68er“ gilt. In Wirklichkeit wurde die seit Anfang der 1960er-Jahre stetig zunehmende Aufarbeitung der braunen Vergangenheit durch die Radikalität der Vorwürfe von links geradezu abgewürgt. Man kann das an den jeweils jährlich neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Kriegs- und NS-Verbrecher nachvollziehen. Nachdem deren Zahl sich

von 1958 auf 1959 verdoppelt und 1960 mit 1.326 Verfahren den höchsten Stand überhaupt erreicht hatte, brach sie 1967/68 geradezu ein und lag 1970 wieder auf der Höhe der späten 1950er-Jahre, vor Gründung der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die alle Vorermittlungen wegen NS-Verbrechen koordinierte. Nach Erinnerung von Beteiligten wie der langjährigen Hamburger Staatsanwältin und Expertin für die Verfolgung von NS-Verbrechen Helge Grabitz war dieser Rückgang nicht zuletzt eine Folge der Aggressivität, mit der sich linke Ideologen das Thema zunutze machten: Die Konfrontation mit einer scharf antidemokratischen Ideologie erstickte den ohnehin nicht besonders stark entwickelten Aufklärungswillen in der Mehrheitsgesellschaft.

Ähnlich verhält es sich bei einem ganz anderen, aber für die Gegenwart mindestens genauso wichtigen Problem. Denn Europa und vor allem Deutschland brauchen eine offene Diskussion darüber, welche Konsequenzen aus der weltweit zunehmenden Migration für unser Rechtssystem gezogen werden müssen, so zum Beispiel, ob etwa moralisch wünschenswerte Regelungen wie ein allgemeines Asylrecht noch durchzuhalten sind. Solange aber aggressive und von zahlreichen Wählern unterstützte, radikale Positionen eine konstruktive Meinungsbildung unmöglich machen, solange wird es keine Neuausrichtung geben können.

So wie die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit unter der Radikalität linker Forderungen gelitten hat und letztlich gute Ansätze gestoppt oder verzögert wurden, so sorgt heute rechtspopulistische Agitation dafür, dass die Frage künftiger Zuwanderung unbeantwortet bleibt.

Eine weitere Parallele zwischen „68“ und dem aktuellen Rechtspopulismus betrifft die Außenpolitik: Beide Bewegungen lehnten und lehnen in ihren ideologisch gefestigten Kernen die Einbindung Deutschlands in supranationale Institutionen ab. Der wichtigste Schluss aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt und gilt ihnen wenig bis nichts. Dass die heutige Bundesrepublik ebenso wenig wie das frühere Deutsche Reich allein und ohne verlässliche Partner die Sicherheit der deutschen Bürger gewährleisten kann, ist zwar 1968 genauso unübersehbar gewesen wie 2018, wurde und wird aber einfach ignoriert. Wer jedoch die Axt an Bündnisse wie die NATO oder Gemeinschaften wie die Europäische Union legt, gefährdet Fundamente, die über lange Zeit gewachsen sind, aber in kurzer Zeit ruiniert werden können.

VERGLEICHBARE GESAMTLAGE

Hinzu kommt die schon fast tragische Faszination, die viele, allerdings nicht alle Linken der späten 1960er-Jahre für den russischen Imperialismus empfanden und die Rechtspopulisten heute empfinden. Dass die europäisch-asiatische Supermacht stets ausschließlich, ob nun einst unter zaristischer, dann unter sowjetischer und heute unter oligarchisch-kleptokratischer Herrschaft die eigenen Interessen verfolgt, kann nur übersehen, wer völlig verblendet ist. Zwar machen es einem die USA unter ihrem gegenwärtigen Präsidenten nicht leicht, die gemeinsame Wertegrundlage der westlich-rechtsstaatlich-demokratischen Staaten zu verteidigen.

Doch dass eine Anlehnung ausgerechnet an Russland für Deutschland vorteilhaft wäre, kann wirklich niemand nachvollziehbar begründen.

Die Demokratie kann die Grundlagen ihrer eigenen Existenz nicht garantieren – diese Einsicht des langjährigen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde muss als Warnung dienen. Genauso wie Mitte der 1960er-Jahre stand die Bundesrepublik auch Mitte der 2010er-Jahre herausragend da. Seinerzeit brummte das Wirtschaftswunder, und die erste (kleine) Delle des Aufschwungs stand noch bevor; gegenwärtig geht es vielen Deutschen so gut wie noch nie zuvor in der Geschichte, auch wenn es selbstverständlich erhebliche Herausforderungen gibt. Trotz der in beiden Fällen guten Gesamtlage haben sich damals wie heute grundlegende Zweifel am deutschen Staatswesen verbreitet.

Langfristig bedenklich sind dabei weniger die extremen Gegner, damals Kommunisten und heute die selbsternannten „Reichsbürger“, als vielmehr jene viel zahlreicheren Bürger, die im Staat an sich eine Gängelung sehen. Daraus entstand in den 1970er-Jahren die breite Bewegung linker Bürgerinitiativen, die manches Positive erreichten, aber zugleich in der Bundesrepublik eine technik- und investitionsfeindliche Stimmung erzeugten, unter der die Wirtschaft bis heute leidet. Schließlich etablierte sich diese Bewegung in den frühen 1980er-Jahren in Form der „Grünen“ als Partei, die erst nach mehreren Jahren und einigen Richtungswechseln politikfähig wurde.

Schon früh spalteten sich die radikalsten Aktivisten der „68er“ ab und bildeten die winzige, aber hochgefährliche Rote Armee Fraktion (RAF) und einige andere Terrorgruppen, die mehr als anderthalb

Jahrzehnte lang die bundesdeutsche Gesellschaft herausforderten. Ob aus dem Umfeld rechtspopulistischer Bewegungen, etwa aus dem Kreis der „Reichsbürger“, ebenfalls eine Terrorgruppe entstehen könnte, ist völlig offen. Der ganz anders gelagerte, spezielle Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wie auch historische Beispiele aus den 1920er- und den 1970er-Jahren belegen, dass auch Rechtsradikale zu terroristischen Methoden greifen.

GEFÄHRLICHE FUNDAMENTALOPPOSITION

Noch kann niemand sagen, ob sich die Pegida- und AfD-Bewegung in eine ähnliche Richtung wie die Grünen entwickeln, also in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit schrittweise der politischen Realität den Vorzug vor radikaler Ideologie geben wird. Ebenso denkbar erscheint, dass sie sich dauerhaft als kleineres Sammelbecken rechtsextremer und enttäuschter

nationalkonservativer Kräfte etabliert. Dann könnte es richtig gefährlich werden; das ist eine weitere Lehre aus der deutschen Geschichte. Eine kompromissunwillige und damit politikunfähige Partei mit zahlenmäßig starker Vertretung in den Landesparlamenten und im Bundestag kann das politische System destabilisieren. Denn ständige radikale Forderungen einer Partei erschweren die Einigung der konstruktiven Kräfte auf eine zukunftsträchtige Politik. Die Entwicklung in der Weimarer Republik ist ein warnendes Beispiel.

Der Vergleich zwischen den „68ern“ und dem Rechtspopulismus zeigt viele Unterschiede auf. Doch es gibt auch eine Reihe von Ähnlichkeiten, bei den potenziellen Auswirkungen auf die freie und demokratische Gesellschaft ebenso wie bei bestimmten außenpolitischen Fragen. In dieser Hinsicht ist es sinnvoll, beide Phänomene auch parallel zu betrachten. Nur wer die Augen vor tatsächlich drohenden Gefahren nicht verschließt, kann die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft meistern.

Weit links

Die Momentum-Bewegung in der britischen Labourpartei

SASCHA ZASTIRAL

Geboren 1977 in der Schillerstadt Marbach am Neckar, Journalist und Autor. Von 2010 bis Anfang 2016 war er für die Weltreporter in Bangkok. Seit Februar 2016 schreibt er aus London.

Großbritanniens Premierministerin Theresa May befand sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Ihre *Conservative Party* erreichte im Frühjahr 2017 in Umfragen zwanzig Prozentpunkte mehr als die Labourpartei, die größte Oppositionspartei des Landes. May selbst war bei den Briten beliebt. Ihre Zustimmungswerte lagen weit über denen von Labour-Chef Jeremy Corbyn, ihres direkten Widersachers.

May erschien derart unangreifbar, dass einige Kritiker von einem „Staats-

streich“ sprachen, als die Premierministerin im April 2017 überraschend vorgezogene Neuwahlen ausrief. Dabei hatte sie diese zuvor mehrfach kategorisch ausgeschlossen. Das Kalkül war nicht zu übersehen: Die Tories würden einen Erdrutschsieg einfahren und May eine gewaltige Mehrheit im Unterhaus erhalten. Labour würde an den Rand der Bedeutungslosigkeit gedrängt werden. Eine effektive Opposition, die May bei ihren Plänen für den Brexit im Weg stehen könnte, würde es nicht mehr geben. Nicht wenige Beobachter warfen May Autoritarismus vor.

Der Wahltag kam – und mit ihm ein politisches Erdbeben: Innerhalb von nur sechs Wochen war es Labour gelungen, die Lücke zu den Tories zu schließen. Jeremy Corbyns Partei gewann dreißig

Sitze hinzu. May verlor ihre absolute Mehrheit im Unterhaus. Ihre Autorität als Partei- und Regierungschefin ist seitdem dahin, ihre angeschlagene Regierung hangelt sich von einer Krise zur nächsten. In Umfragen liegt Labour derzeit acht Prozentpunkte vor den Tories. Ein Regierungswechsel erscheint perspektivisch immer wahrscheinlicher.

„OH, JEREMY ...“

Zwar hat Labour von den zahllosen Patzern profitiert, die sich May in den Wochen vor der Wahl geleistet hat. Doch Jeremy Corbyn ist auch ein beinahe perfekter Wahlkampf gelungen. Labours traditionell sozialdemokratisches Wahlprogramm, das zahlreiche Eingaben aus der Parteibasis beinhaltete, kam bei den Wählern gut an. Corbyn verstand es, bei seinen Wahlkampfauftritten Menschenmassen für sich zu begeistern. Immer wieder musste er seine Reden unterbrechen, weil die Menge in „Oh, Jeremy Corbyn“-Sprechchöre ausbrach – ein Trend, der sich während des gesamten Sommers unter jungen Briten fortsetzte. May wirkte dagegen reserviert und kühl. Sie schien den Kontakt zu den Wählern zu meiden.

Ein Schlüssel zu dem überraschenden Wahlerfolg waren auch die unbezahlten Wahlhelfer, die zu Hunderttausenden im gesamten Land von Tür zu Tür gegangen waren, um für Labour zu werben. Viele von ihnen stammten aus der linken Basisorganisation *Momentum*.

Die Bewegung war 2015 aus der Kampagne hervorgegangen, die den Partei-linken Corbyn bei seiner erfolgreichen Kandidatur für den Labour-Parteivorsitz

unterstützt hatte. Heute gibt es 170 lokale *Momentum*-Gruppen in ganz Großbritannien. Die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft ist der Besitz eines Labour-Partei-buchs, die Bewegung ist jedoch nicht Teil der Parteistruktur.

Kritiker warfen der Bewegung schon früh vor, sie sei ein Sammelbecken für Linksextreme, die versuchten, Labour nach links zu drängen. *Momentum* unterstütze „Entrismus“, also den Versuch von Mitgliedern linksextremer Gruppen, Labour ideologisch zu unterwandern. Rachel Godfrey Wood, die Kampagnenchefin von *Momentum*, weist diesen Vorwurf zurück. „Man muss sich nur einmal die Zahlen innerhalb dieser Organisationen anschauen: Die haben verschwindend wenige Mitglieder. Wir haben 31.000 Mitglieder und 200.000 Unterstützer“, sagt Wood. *Momentum*-Aktivisten unterschieden sich von gewöhnlichen Labour-Unterstützern dadurch, dass sie stärker hinter den Ideen von Jeremy Corbyn stünden, glaubt Wood. „Sie unterstützten seine Vision, mit der er die Wahl zum Labour-Parteichef gewonnen hat.“

VOM LINKSRUCK ANGEZOGEN

Die Wahl des heute 68-Jährigen zum Labour-Vorsitzenden vor zwei Jahren erlebten viele Mitglieder des damaligen Labour-Establishments als Schock. Die Partei hatte unter Tony Blairs *New Labour*-Projekt Mitte der 1990er-Jahre viele ihrer sozialdemokratischen Positionen zugunsten einer marktfreundlicheren Ausrichtung aufgegeben und war in die politische Mitte gerückt. Die Wahlschlappe Gordon

Browns bei den Wahlen 2010 beendete zwar das *New Labour*-Experiment. Als Corbyn im September 2015 die Führung der Partei übernahm, hatten jedoch noch immer zahlreiche Funktionäre aus der *New Labour*-Zeit Schlüsselpositionen inne, die befürchteten, dass Corbyn – der während seiner gesamten politischen Laufbahn weit links innerhalb der Partei gestanden hatte – Labour „unwählbar“ machen würde. Sie setzten eine Reihe von Initiativen in Gang, mit denen sie versuchten, Corbyn zu stürzen – ohne Erfolg.

Viele dieser „Blairites“ blickten mit wachsender Sorge auf die große Zahl von Corbyn-Sympathisanten, die nach dessen Wahl zum Parteichef begannen, Labour beizutreten. Die Zahl der Mitglieder hat sich seitdem verdreifacht: Hatte Labour 2015 noch 200.000 Mitglieder, geht deren Zahl heute auf die 600.000 zu. Offenbar fühlen sich vor allem viele junge Briten von dem Linksruck angezogen, den die Partei in den vergangenen zwei Jahren vollzogen hat.

So auch Nabila Ahmed aus Watford nordwestlich von London. Sie sei vor rund einem Jahr Labour-Mitglied geworden, „um Jeremy Corbyn zu unterstützen“, räumt die 25-Jährige, die einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften hat, unumwunden ein. Ein halbes Jahr später schloss sie sich auch *Momentum* an. Labour habe sich in den 1990er-Jahren „von seinen sozialdemokratischen Werten wegbewegt“, glaubt Ahmed, und kehre unter Corbyn wieder zu diesen zurück.

Die jungen Menschen in Großbritannien seien „reingelegt“ worden, sagt sie. „Wir sind die erste Generation, der es schlechter gehen wird als den Eltern. Alle unsere Hoffnungen sind zerstört worden. Alles, was uns erzählt wurde, als wir jung

waren, tritt nicht ein: dass uns ein guter Universitätsabschluss einen guten Job sichern werde und wir ein glückliches, gesichertes Leben im eigenen Haus führen würden.“ Im Neoliberalismus wandere immer mehr Geld nach oben, während die Möglichkeiten für einfache Menschen zurückgingen, kritisiert die junge Aktivistin.

Mit ihrer *New Labour*-Politik habe sich die Partei ein Stück weit obsolet gemacht, meint Nabila Ahmed. Das Erstarren rechtsextremer Parteien und der Brexit seien direkte Folgen dieser Entwicklungen. Jeremy Corbyn werde versuchen, das umzukehren, falls er Premierminister werden sollte, glaubt Ahmed. „Das hat mich zu Labour gezogen.“ *Momentum* sei „zu hundert Prozent“ eine Basis-Bewegung, die von den Mitgliedern getragen werde, erklärt Ahmed. Ihre Gruppe in Watford etwa treffe sich einmal im Monat; alle Entscheidungen würden gemeinsam getroffen. Die *Momentum*-Zentrale in London unterstütze die lokalen Gruppen.

UNTERSTÜTZUNG DURCH SANDERS-LEUTE

„*Momentum* funktioniert ganz gut als Eingangstor zur Labourpartei für junge Leute“, sagt Joe Todd, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation. „Wir sind, denke ich, offener, interessanter und mehr auf die Jugend ausgerichtet, als Labour es allein ist.“ Jeremy Corbyn habe es zudem geschafft, viele junge Briten zu mobilisieren, und sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren, fügt er hinzu. Dabei betont Todd, dass *Momentum* von seinen Mitgliedern finanziell getragen

werde: „Wir finanzieren uns beinahe ausschließlich aus kleinen Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Unsere Mitglieder zahlen im Schnitt siebzehn Pfund im Jahr. Wir haben keine großen Spender.“ Die Gewerkschaften, die sich *Momentum* angeschlossen hätten, kämen nur für einen geringen Teil der Kosten auf. „Wir haben wenige Mitarbeiter“, erklärt Joe Todd weiter. „Das, was wir machen, geht nur, weil die Mitglieder viel übernehmen.“

So seien einige der technischen Hilfsmittel, die *Momentum* während des Wahlkampfes im Sommer erfolgreich eingesetzt habe, von Mitgliedern entwickelt worden. „Etwa unsere Telefon-App: Die hat die Gruppe in Bristol entwickelt. Die kam gar nicht aus der Zentrale.“ Diese App habe es Labour-Aktivistinnen ermöglicht, sich während des Wahlkampfes zu koordinieren, erklärt Todd. Zehntausende Labour-Aktivistinnen haben laut *Momentum* während des Wahlkampfes auch auf die *Momentum*-Website *mynearestmarginal.com* zugegriffen. Über diese hätten Wahlhelfer schnell sehen können, wo sich in ihrer Nähe Wahlkreise befinden, in denen es zu einem besonders knappen Rennen kommen würde.

Dabei habe *Momentum* viel von der Kampagne von Bernie Sanders in den USA übernommen, erzählen Mitarbeiter der Organisation. Auch dort hätten Aktivistinnen technische Neuerungen genutzt, um effektiver politisch arbeiten zu können. Und tatsächlich hat es zwischen beiden Wahlkämpfen Berührungspunkte gegeben: Einige Mitarbeiter der Bernie Sanders-Kampagne haben im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juni 2017 *Momentum*-Aktivistinnen in Wahlkampfstrategien geschult.

In der *Momentum*-Zentrale in London gehen die Überlegungen unterdessen einige Schritte weiter. „Im Moment fühlt es sich ja danach an, dass gar nicht mehr die Frage besteht, ob Labour an die Regierung kommen wird, sondern wann“, sagt Joe Todd. Dabei wäre es „beispiellos in einem großen westeuropäischen Land“, dass eine sozialdemokratische Partei mit einem so weit links ausgerichteten Programm die Regierung übernehme, fügt er hinzu. „Das wird definitiv schwierig werden“, sagt Todd über den Widerstand, der einer Corbyn-Regierung aus vielen Richtungen entgegenschlagen dürfte. „Über solche Sachen denken wir gerade nach.“

MITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT NORBERT LAMMERT ZUM VORSITZENDEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Prof. Dr. Norbert Lammert, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, wurde in der Mitgliederversammlung am 1. Dezember 2017 einstimmig zum Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung gewählt. *Lammert*, seit 2001 stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, hat sein neues Amt zum 1. Januar 2018 angetreten. Er folgt auf *Dr. Hans-Gert Pöttering*, der dieses Ehrenamt seit dem 1. Januar 2010 ausgeübt und *Norbert Lammert* als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte.

Als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurden die Inhaberin des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz, *Prof. Dr. Beate Neuss*, sowie die ehemalige Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, *Hildigund Neubert*. Neu zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde der geschäftsführende Bundesminister für Gesundheit, *Hermann Gröhe*. Als Schatzmeister bestätigt wurde *Dr. Franz Schoser*.

Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden Ministerpräsident a. D. *Dieter Althaus*, bisher kooptiertes Vorstandsmitglied, die Vorstandssprecherin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, *Tanja Gönner*, der Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, *Prof. Dr. Hans Walter Hütter*, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg*, der Generalsekretär des Europäischen Parlaments, *Klaus Welle*, sowie die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main, *Prof. Dr. Birgitta Wolff*.

Dr. Hans-Gert Pöttering wird der Konrad-Adenauer-Stiftung eng verbunden bleiben und sich verstärkt der europapolitischen Arbeit der Stiftung widmen.

Prof. Dr. Joachim von Braun, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, wurde am 21. Juni 2017 zum Präsidenten der Päpstlichen Akademie in Rom berufen.

PUBLIKATIONEN (AUSWAHL)

Anbuhl, Matthias/Born, Volker/Bosch, Gerhard (u. a.): Höhere Berufsbildung in Deutschland. Grundlagen. Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2017, broschiert, 35 Seiten.

Diese Publikation betritt Neuland, indem sie verdeutlicht, inwieweit die höhere Berufsbildung einen Schlüssel zur Bewältigung des digitalen Wandels darstellt.

Beckmann, Christopher: Klares Ziel und langer Atem. Bernhard Vogel – Brückenbauer zwischen Ost und West. Mit einem Gespräch zwischen Bernhard Vogel und Michael Rutz, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien 2017, gebunden, 336 Seiten, 24,00 Euro.

Die monographische Darstellung untersucht die deutschland- und ostpolitischen Positionen Bernhard Vogels, die vom Festhalten an der deutschen Einheit geprägt waren und zugleich insbesondere auch die Aussöhnung mit Polen im Blick hatten. Die Publikation erschien kurz vor dem 85. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Faath, Sigrid (Hrsg.): Politische Parteien in Nordafrika. Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss. Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2017, 545 Seiten. *Die Studie bietet eine breite Zusammenschau der Parteienentwicklung in einer Weltregion, die unter anderem mit Sicht auf die Bewältigung von Migrationsbewegungen und Klimawandel sowie mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung in den Fokus*

europäischer Interessen gerückt ist. Wer wissen will, wer im nördlichen Afrika die aktuell wie mittelfristig gestaltenden Parteien sind, wird fundierte Antworten finden.

Hwang, Tim: Digitale Desinformation. Grundlagen. Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2017, 24 Seiten.

Bots, Falschmeldungen und Hacks haben die US-Präsidentenwahl 2016 und die französischen Wahlen 2017 beeinflusst. Die Publikation gibt eine Einführung in das Phänomen der digitalen Desinformation und bietet Hilfestellung zur kritischen Auseinandersetzung mit Problemfeldern wie „Fake News“ und der Manipulation der sozialen Medien.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Iran-Reader 2017. Beiträge zum deutsch-iranischen Kulturdialog, Sankt Augustin/Berlin, September 2017, 203 Seiten. *Seit 2010 ist der Hafis-Dialog Weimar der Konrad-Adenauer-Stiftung das einzige deutschsprachige kulturelle und politische Forum, das die deutsche und die iranische Zivilgesellschaft jährlich zusammenführt. Die Breite des Themenspektrums reicht von den Chancen und Grenzen geisteswissenschaftlicher Kooperationen bis hin zur Interpretation wirtschaftlicher Grunddaten. Politisch höchst relevante Fragen wie die Situation religiöser Minderheiten kommen ebenso zur Sprache wie die Veränderungen der außenpolitischen Lage des Iran nach Antritt der neuen US-Administration.*

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Klimareport 2017. Privatsektor und Klimafinanzierung in den G20-Staaten, Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2017, 94 Seiten.

Mit Ende der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 und anlässlich der Diskussionen um die Finanzierung des Klimasektors im Rahmen des Pariser Abkommens legt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren vierten Klimareport vor. Die Studie widmet sich der Frage, welche Bedeutung dem Privatsektor für die Klimafinanzierung zukommt.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): „Was uns prägt, was uns eint“. Comic-Booklet. Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2017, 44 Seiten.

In zwei Themenheften werden die Begriffe „Menschenwürde“ und „Gleichberechtigung“ anschaulich erklärt und phantasievoll illustriert.

Köster, Thomas (Hrsg.): Arbeit 4.1. Ordnungspolitische Kommentierungen der Weißbuch-Empfehlungen. Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2017, Ringbuch, 47 Seiten.

In diesem anschaulich gestalteten Ringbuch werden die Weißbuch-Empfehlungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Arbeitswelt von morgen wirtschaftspolitisch bewertet. Die acht Autoren beziehen aus einer fachlich-institutionellen Sicht Stellung zu den Fragen rund um die Arbeit 4.0.

Molt, Peter: Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer.

Herausgegeben von Günter Buchstab, Hanns Jürgen Küsters, Rudolf Morsey, Günther Schulz und Hans-Peter Schwarz (†), im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 69, Droste Verlag, Düsseldorf 2017, gebunden, 374 Seiten, 49,00 Euro. *Die Studie untersucht den Beginn der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Prozess, der zum subsidiären deutschen Modell der Entwicklungszusammenarbeit führte, ist wesentlich deutlicher als bisher angenommen von Konrad Adenauer beeinflusst worden.*

Pöttering, Hans-Gert: Mut zur Gestaltung. Impulse für eine starke und zukunftsfähige Europäische Union, Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2017, broschiert, 22 Seiten. *Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und bis Ende 2017 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt in diesem Debattenpapier konkrete Vorschläge zur Stärkung der Europäischen Union.*

Roose, Jochen: Aufstieg heute – mehr als Arbeit und Einkommen. Studie zur Selbstwahrnehmung der sozialen Mobilität im Vergleich der Generationen. Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2017, broschiert, 62 Seiten.

Die Studie geht der Frage nach, was heute die Bedingungen und Kriterien für sozialen Auf- und Abstieg sind.

Zusammengestellt von Marianne Graumann, Teamleiterin Publikationen, Print und Qualitätssicherung

PERSONALIA (AUSWAHL)

Seit dem 1. September 2017 ist *Susanna Vogt* – zuvor Auslandsmitarbeiterin in Athen – Leiterin der Stabsstelle Strategische Entwicklung und Planung. Am 1. Dezember 2017 hat *Frauke Gottwald* die Leitung des Teams Marketing und Zielgruppenmanagement übernommen.

Alexander Brakel, bisher stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik und Abteilungsleiter Zeitgeschichte, leitet seit dem 1. Oktober 2017 das Auslandsbüro in Israel. *Michael Borchard*, bisheriger Auslandsmitarbeiter in Israel, hat die Funktionen von *Alexander Brakel* im Inland zum 1. Oktober 2017 übernommen.

Wolfgang Maier, stellvertretender Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ), wurde zum 31. Oktober 2017 in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist *Peter Fischer-Bollin*. Ihm folgte in seinen Funktionen Leiter Bereich Standortverlagerung und Abteilung Personal Inland zum 1. Oktober 2017 *Markus Rosenberger* nach, der bisher das Team Lateinamerika im EIZ leitete. *Stefan Reith* übernahm am 1. Oktober 2017 die Leitung des Teams Lateinamerika.

Felix Dane, Leiter der Abteilung Personal Ausland, wechselte zum 1. Januar 2018 in die Vorbereitung für seinen Auslandseinsatz als Leiter des Büros in London. *Susanne Käss* trat zum 1. Januar 2018 seine Nachfolge als Leiterin Personal Ausland an.

Henri Bohnet leitet seit 1. Januar 2018 das Auslandsbüro in Griechenland. Die Nachfolge von Herrn Bohnet als Leiter des Teams Inlandsprogramme im EIZ hat *Katja Plate* zum 1. Oktober 2017 übernommen. *Fabian Blumberg* übernimmt ab 1. März 2018 die Leitung des Auslandsbüros in Pakistan.

Peter Rimmel leitet seit dem 1. August 2017 das Auslandsbüro Indien.

Nico Lange, langjähriger Stiftungsmitarbeiter, unter anderem als stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung (2012–2016) und seit Januar 2017 als Leiter des Auslandsbüros Washington, widmet sich künftig einer neuen Aufgabe: Zum 1. Februar 2018 wird er Bevollmächtigter des Saarlandes für Innovation und Strategie.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2018 anlässlich der bevorstehenden Weltmeisterschaft in Russland zum Thema

Fußball

Die gesellschaftspolitische Dimension

Mit Beiträgen unter anderen von *Reinhard Grindel*, *Silke Kassner*, *Moritz Küpper* und *John Carlin*.

IMPRESSUM

Nr. 548, Januar/Februar 2018, 63. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Marcel Serr (Redaktionsmitarbeiter)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeichnis 2017 bei.

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



© Barbara Kinney / Hillary for America

GENERATION „SELFIE“?

Eine Gruppe junger Menschen wendet der winkenden Hillary Clinton den Rücken zu, um ein Selfie zu ergattern. Das Foto gilt manchen als emblematisch für eine Generation, der bisweilen narzisstische Züge nachgesagt werden. Dabei war es die damalige Präsidentschaftskandidatin selbst, die zu einem „Gruppen-Selfie“ aufgefordert hatte. Dennoch wirft das Foto Fragen zum Selbstverständnis der Menschen und zu modernen Wahlkämpfen auf. Die Sphären von Politik und Ich wollen offenbar stärker denn je „geteilt“ sein.

